



Politische Berichte

Nummer 22 / 12. Jahrgang

25. Oktober 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Vatikan fördert Krise in Jugoslawien * Wahlen 1991 in Polen * Niedersachsen: Kommunalmandate für linke Listen * Fremdenhaß in den neuen Bundesländern * Christian Fr. D. Schubert — ein standfester Journalist im 18. Jh.

BRD drängt gen Osten

Vertragswerk mit Polen stoppt Bestrebungen einer neuen deutschen Ostkolonisation nicht

Der Bundestag hat am 17. 10. mit 13 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen den Grenzvertrag und mit drei Gegenstimmen den Nachbarschaftsvertrag mit Polen gebilligt. Gegenstimmen und Enthaltungen kamen aus den Revanchistenverbänden. Als „totale Preisgabe Ostdeutschlands“

Der Fraktionsführer der Bauernpartei kritisierte, daß der Nachbarschaftsvertrag für die BRD viel vorteilhafter sei als für Polen. Die den Opfern des Faschismus nahestehende Christlich-Soziale Union erinnerte warnend an die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, die ein „ununterbrochener, blutiger und verbrecherischer Drang nach Osten“ gewesen sei. (2) Bei fast allen politischen Kräften Polens stößt der Beschuß der Bundesregierung, die polnischen Opfer des Faschismus mit einem Almosen von 500 Mio. DM — ein paar Mark für die bisher Überlebenden — abzuspeisen, auf Kritik.

Die Befürchtungen der polnischen Kritiker des Vertragswerkes sind berechtigt. Zwar hat die BRD endlich die polnische Westgrenze völkerrechtlich anerkannt. Aber zu welchem Preis! Mit dem Nachbarschaftsvertrag hat die BRD erreicht, daß die Minderheit von Menschen deutscher Sprachzugehörigkeit in Polen weitreichende Rechte erhält, die die BRD garantiert, so z. B. das Recht auf freien Kontakt mit Menschen und Institutionen aus der BRD oder das Recht auf Finanzmittel aus der BRD. Nicht in allen Fragen hat sich die BRD durchsetzen können. Die „Lücken“ im Nachbarschaftsvertrag füllt eine mit der Mehrheit der Regierungsparteien verabschiedete Bundestagsentschließung, die die

nächsten Ziele bei der deutschen Durchdringung Polens festhält: In den „traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit“ sollen Ortsbezeichnungen wieder in deutscher Sprache zugelassen werden; Deutsche sollen sich in Polen frei niederlassen können, „einschließlich derer, die ihre Heimat verlassen mußten“. (3) Darüber hinaus hat Bundesaußenminister Genscher in einem Begleitbrief festgehalten, daß sich der Nachbarschaftsvertrag weder mit Vermögensfragen noch mit der Frage der Staatsbürgerschaft befasse, diese Fragen also noch zu klären seien.

Hier schafft die Bundesregierung längst Fakten. Gemäß Artikel 116 GG hat sie weit über 100000 polnischen Staatsbürgern deutscher Sprachzugehörigkeit zwischen einen deutschen Paß ausgestellt. Der Spiegel schätzt, daß es 1992 insgesamt eine halbe Million sein werden (4) — mit anderen Worten werden in Polen dann eine halbe Million deutscher Staatsbürger leben, deren „Schutz“ gegenüber Polen sich die BRD nicht nehmen lassen wird.

Über 220000 Menschen hatten sich zu Jahresbeginn in den 1990 zugelassenen „Deutschen Freundschaftskreisen“ organisiert. Diese stehen weitgehend unter Kontrolle der bundesdeutschen Revanchistenverbänden. Über Czaja, Koschyk und Konsorten werden auch die 16 Mio.

bezeichnete BdV-Präsident Czaja die Verträge im *Deutschen Ostdienst* (1) und drohte: „Polen wird mit den Verträgen nicht glücklich werden.“ Das polnische Parlament billigte den Grenzvertrag gegen eine, den Nachbarschaftsvertrag mit 182 gegen 26 Stimmen und 60 Enthaltungen.

DM weitergeleitet, die das Bundesinnenministerium (!) jährlich für die „Deutschen in Polen“ bereitstellt. Gestützt auf die „Freundschaftskreise“ geben sie im westlichen Polen in hoher Auflage deutschsprachige Zeitungen heraus, organisieren kulturelle, politische und wirtschaftliche Aktivitäten der „Volksgruppe“. Ihr erklärtes Ziel ist, die „deutschen Gebiete“ aus dem polnischen Staatsgebiet herauszulösen und als „autonomes Gebiet“ europäischer Oberhoheit zu unterstellen. (5)

Diese politischen Absichten der Schaffung autonomer deutscher Siedlungsgebiete verbinden sich mit den Plänen der Konzerne, „deutsche Wirtschaftsgebiete ... auf polnischem Territorium“ (6) zu schaffen. Entlang der Oder-Neiße-Grenze soll eine Sonderzone entstehen, die sich 100 km nach Osten und 50 km nach Westen erstreckt. Der Hafen Szczecin soll zum Freihafen für die expandierende Wirtschaft Berlins werden, der Distrikt Gorzow zum Nahrgeschäftsmittelieferanten für den Raum Berlin entwickelt werden, Konzerne verschiedener Branchen sollen, die Vorteile polnischer Niedriglöhne nutzend, Niederlassungen gründen ... (7) Quellenhinweis: (1) dod, 18.10.91; (2) FR, 19.10.; (3) FAZ, 16.10.; (4) 10.6.; (5) Zeit, 7.6.; (6) Handelsblatt, 30.7.; (7) Financial Times, 1.8.91 — (sec)

Keine Pogrome, keine Sammellager, keine Abschiebungen!



Für den 9. November werden in vielen Städten Demonstrationen und Kundgebungen anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht vorbereitet. 1938 hatten die Faschisten

Synagogen angezündet und Juden überfallen. Die heutigen Überfälle auf Asylbewerber erwecken Erinnerungen mit Grauen und Schrecken an diese Zeit. — (jöd; Bild: af/mz)



In Sachen „Gesundheitsreform“ rechnet der DGB vor: Das Defizit im Krankenkassenbudget beläuft sich 1991 und 1992 auf 12 bis 13 Milliarden DM. Erhielten die Kassen keine eigenen Instrumente, um gegen die Absahner Ärzte und Pharmaindustrie vorzugehen, würden die Beitragssätze der Krankenkassen 1994 die 13-Prozent-Marke überschreiten, was ein zusätzliches Element des Lohnraubs wäre. Derzeit liegen sie in Westdeutschland im Durchschnitt bei 12,2%.

Mehr Finanz-Zentralismus

Bundesbank: Druck auf kommunale und Länderhaushalte

Während in den Bundesländern und Kommunen noch die Beratungen über die Haushalte für 1992 laufen, sind an anderer Stelle wesentliche Daten für diese Beratungen gesetzt: Die Deutsche Bundesbank hat ihren Druck auf die kommunalen und Länderhaushalte erheblich verschärft.

Sowieso sind deren Haushalte durch die Zinstreiberei der Konzerne, der Zentralregierung und der Bundesbank bereits erheblich unter Druck: Seit Anfang 1989 stieg der Diskontsatz — das ist der Zins, den die Bundesbank anderen Banken in Rechnung stellt, wenn diese gegen Hinterlegung von Schulscheinen bei ihr Geld leihen — von 3,5 auf 7,5 %. Der Lombardsatz — der Zins, den dieselben Banken der Bundesbank zahlen müssen, wenn sie festverzinsliche Wertpapiere als Sicherheit für Kredite hinterlegen — stieg im gleichen Zeitraum sogar von 5,5 auf 9,25 %. Da zu den „festverzinslichen“ Papieren in beträchtlichem Umfang kommunale Schuldpapiere röhren, hat die Bundesbank über ihre Anhebungen des Lombardsatzes schon in der letzten Zeit die kommunalen Zinslasten erheblich erhöht.

Zu diesem Zinsdruck kommen jetzt auch direkte öffentliche Pressionen. „Es wird nun vor allem darauf ankommen, daß auch die westdeutschen Länder und Gemeinden den Anstieg ihrer Ausgaben eindämmen ... Um die erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Gang zu bringen, sollten die Länder im weiteren Planungsprozeß alle Möglichkeiten für Einsparungen nutzen“, fordert die Bundesbank (1). Insbesondere die „konsumtiven Ausgaben“ der Gemeinden und Länder, also Lohnzahlungen, Sozialausgaben u.ä., sollen eingeschränkt werden. Damit sollen Mittel freiwerden für die Förderung von Konzerninvestitionen im Annexionsgebiet DDR: „In der Tat wäre es angemessen, daß auch die westdeutschen Länder und Gemeinden ... einen Beitrag zur notwendigen Verbesserung der Finanzausstattung im Osten leisten. Im Laufe des Herbstes wird hier gemeinsam mit den Ländern eine Lösung gefunden werden müssen. Sie müßte letztlich dazu beitragen, daß durch Einsparungen konsumtiv verbesselter Mittel hinreichend finanzieller Spielraum für die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in Ostdeutschland geschaffen wird ...“ (2)

Verglichen mit solch schroffen Vorgaben für die kommunalen und Länderhaushalte sei die Kritik der Bank am Bundeshaushalt ausgesprochen milde, findet selbst *Die Welt* (3). Tatsächlich kommt die Haushaltspolitik Waigels ausgesprochen gut in den Berichten und Kommentaren der Bank weg. Die Bundesbank leistet so auch einen Beitrag zur weiteren Zentralisierung des Steueraufkommens und der staatlichen Ausgaben beim Bund und zur weiteren Untergrubung von Haushaltstrechten und Haushaltmitteln von Kommunen und Ländern.

Quellenhinweis: (1) Monatsbericht September der Deutschen Bundesbank, Seite 27; (2) ebenda, Seite 28; (3) *Die Welt*, 24.9.1991 — (rül)

men hinauslaufen, von denen nicht nur der Stahlbereich, sondern auch der Maschinenbau betroffen sein werden. Bei Hoesch fanden große Protestaktionen gegen die Übernahme statt. — (wof)

BRD-Frankreich: Aufbau von WEU-Truppe wird angestrebt

Bundeskanzler Kohl und der französische Präsident Mitterand unternahmen mit einem gemeinsamen Schreiben an den EG-Ratspräsidenten einen weiteren Vorstoß zum Ausbau der WEU zu einem EG-Militärpakt, der auch praktisch agiert. Der Ausbau der deutsch-französischen Brigade von jetzt 4200 Mann zu einem 50000 Soldaten umfassendem Armeekorps soll Teil davon sein. Die beiden schlagen vor, die WEU schrittweise zum Militärbündnis der Europäischen Union auszubauen, nicht als Ersatz, sondern als Zusatz zur NATO. Das Generalsekretariat soll von London nach Brüssel verlegt werden, die WEU solle künftig auch in der Zusammenarbeit mit der UN und anderen internationalen Vereinigungen die EG vertreten. Die Bundesregierung arbeitet stetig daran, Fakten zu schaffen für einen Einsatz der Bundeswehr im Ausland entgegen den Grundgesetzbestimmungen. — (uld)

Demonstration Kurdenprozeß Gewerkschafter besuchen Prozeß

Wie bereits berichtet, finden am 26. Oktober drei regionale Demonstrationen gegen den schon zwei Jahre andauernden Prozeß gegen Mitglieder und Anhänger der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Düsseldorf statt:

Die Demonstrationen beginnen jeweils um 10 Uhr, in Düsseldorf in der Ceciliengasse (vor dem OLG), in Celle in der Triftanlage und in Karlsruhe auf dem Marktplatz.

Am 5. November 1991 wollen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erneut den Kurdenprozeß in Düsseldorf besuchen, um ihre Sorge und ihren Protest gegen den Gesinnungsprozeß nach § 129a zum Ausdruck zu bringen und ihre Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes für Unabhängigkeit und gegen koloniale Unterdrückung zum Ausdruck zu bringen. In der Mittagspause soll Gelegenheit bestehen, mit den Angeklagten und Verteidigern zu sprechen, für den frühen Abend ist eine Pressekonferenz geplant. Um Anmeldungen bis zum 28. Oktober wird gebeten an: Freunde des kurdischen Volkes, Bergiusstraße 12, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/3902128 bzw. 396386. — (alk)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

PDS: Bundesversammlung westlicher Landesverbände

Im *Pressedienst* der PDS wird mitgeteilt: „Am 13. Oktober fand in Frankfurt am Main eine Bundesversammlung der westlichen Landesverbände — besucht von 80 GenossInnen und FreundInnen statt zur Diskussion der weiteren Perspektive der PDS/Linke Liste im Westen ...“

Die Versammlung einigte sich darauf, zur Parteivorstandstagung am 2./3. November zu beantragen, daß die westlichen Landesverbände erhalten bleiben sollen und daß sie weiter eine finanzielle Unterstützung aus dem Osten erfahren.“ — (alk)

Neue Richtlinie für Ärzte über Arbeitsunfähigkeit

Anfang September hat der Bundesauschuß der Ärzte und Krankenkassen eine neue „Richtlinie über die Beurteilung von Arbeitsunfähigkeit“ verabschiedet, die vorsieht, daß eine Arbeitsunfähigkeit grundsätzlich nicht für eine vor dem ersten Arztbesuch liegende Zeit rückwirkend bescheinigt werden soll. Des Weiteren enthält die Richtlinie erstmals Regelungen zur Teilarbeitsfähigkeit („stufenweise Wiedereingliederung“).

Aktuell in Bonn**Kein Verfassungsschutzaamt?**

Der CSU-Generalsekretär war der erste, der die Auflösung des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorschlug, andere aus der FDP folgten, dritte wiederum, darunter Bayerns Innenminister Stoiber, hielten das für ausgeschlossen. Der Vorschlag, das Bundesamt durch eine „Koordinierungsstelle für die Landesämter“ zu ersetzen und für eine Strafung der Geheimdienste zu sorgen, deutet die geplante Richtung an: Eine Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz in dieser Form schafft parlamentarische Kontrollen ab und führt zur Zentralisierung aufsichtsloser Geheimdienste.

Bonner Diäten

Die Sparappelle sind noch in aller Ohr. Auch, daß wir die „nationale Einheit“ nicht zum Nulltarif erhielten. Jetzt läßt Bundestagspräsidentin Frau Süssmuth vorrechnen, Bonns Abgeordnete lägen im internationalen Durchschnitt weit hinten; erforderlich sei eine Anhebung von Diäten (auf 10.128 DM) und steuerfreier Kostenpauschale (auf 5.765 DM). Auch ohne Tarifverhandlungen wird hier ein sattes Plus „erkämpft“. Insgesamt beträgt dieses 765 DM in Monat — immerhin die Hälfte dessen, was derzeit in den neuen Bundesländern im Durchschnitt verdient wird. Die Dynamik der Diäten ist auch rekordverdächtig: 1960 wurden 1.590 DM steuerfrei und 2.380 DM als Pauschale bezahlt. Damals gab es eine Altersversorgung erst nach 25 Jahren, heute erwirbt ein Bonner Parlamentarier bereits nach acht Jahren eine monatlichen Pensionsanspruch von 3.383 DM, nach 16 Jahren von 7.248 DM.

Parteienfinanzierung im Aufwind

Eine Untersuchung des Verwaltungswissenschaftlers Hans Herbert von Arnim ergab: Die staatlichen Zuwendungen an die Parteien stiegen im Zeitraum 1966 bis heute insgesamt um mehr als das Neunfache. Die Fraktionen im Bundestag kassierten 1966 3,4 Millionen, heute sind es 104 Millionen Mark, das Dreißigfache. Die Zuschüsse an die parteinahen Stiftungen kletterten im gleichen Zeitraum von 14 auf 544 Millionen Mark — um fast das Vierzigfache.

Bundestag und Stasi-Überprüfung

Die Unionsparteien, die FDP und die SPD haben sich auf eine Änderung des Abgeordnetengesetzes geeignet, nach der ein Abgeordneter auf eigenen Antrag oder auf Antrag des Immunitätsausschusses auch gegen den Willen des Abgeordneten einer sogenannten Stasi-Überprüfung unterzogen werden kann. Dabei soll auch der Stasi-Sonderbeauftragte der Bundesregierung zunächst ein Verfahren einleiten können, dem der Immunitätsausschuß später zustimmen muß, umstritten ist, ob mit Zweidrittelmehrheit. Der Geschäftsordnungsaus-

schuß des Bundestags, der die Gesetzesänderung vorschlägt, sieht dadurch zwar Artikel 38 des Grundgesetzes (freies Mandat des Abgeordneten) berührt, aber nicht verletzt.

Selbstbeteiligung verschoben

Die sogenannte Selbstbeteiligung der Patienten bei Arzneimitteln ohne Festbetrag wird um ein dreiviertel Jahr auf den 1. Oktober 1992 verschoben. Danach soll für jedes Medikament, das nicht in einer Festbetragsliste steht, 15 % des Preises, höchstens aber zehn Mark vom Patienten zugezahlt werden. Die Verschiebung wird von Gesundheitsministerin Hasselfeldt (CSU) damit begründet, daß die Zahl der zuzahlungsfreien Medikamente mit derzeit 32 % noch zu gering sei, bis Oktober 1992 sollen rund 40 % der Medikamente ohne Zuzahlung sein, d.h. also 60 % mit.

EG-Ausländer als Beamte

Nachdem die EG-Kommission mehrmals die berufliche Diskriminierung von Ausländern im Staatsdienst der BRD beanstandet hatte, hat jetzt der Innenausschuß des Bundestages eine Gesetzesinitiative vorgelegt, wonach „in das Beamtenverhältnis berufen werden kann, wer Deutscher im Sinne des Grundgesetzes sei oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft“ besitze. Verschiedene Hindernisse für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind aber weiterhin vorgesehen. Erstens die Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, zweitens die „übliche Vorbildung“ und drittens schließlich als Generalvorbehalt: „wenn die Aufgaben es erfordern, darf nur ein Deutscher in ein Beamtenverhältnis übernommen werden“.

Angriffe auf Polen

Das polnische Außenministerium verlangt von der Bundesregierung, wirksame Maßnahmen zum Schutz polnischer Touristen in der BRD zu treffen. In der Umgebung von Görlitz sollen Pkws aus Polen absichtlich mit schwerem Räumfahrzeug beschädigt worden sein. In Trzebiez sind ein Zollbeamter und Grenzschatzer von jugendlichen Motorradfahrern tödlich angegriffen worden. Die Bundesregierung sagte Prüfung zu.

Was kommt demnächst?

Bundeskanzler Kohl und Arbeitsminister Blüm noch bis 25. Oktober zu Besuch in Brasilien und Chile. Ab 21. Oktober tagt der EG-Agrarministerrat, zeit- und ortgleich tagt der Ministerrat von EG und EFTA über die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Am 23. Oktober veröffentlicht der Zentralverband der Hausbesitzer seine Vorstellungen zur Wohnungsbaupolitik in den neuen Ländern. 24. Oktober: Der DGB führt eine Fachtagung über ungeschützte Arbeitsverhältnisse in der EG durch.

Zum Abbruch des Hungerstreik in Celle**Auszüge aus der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts**

Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts waren vom 23.9. bis zum 4.10. im Hungerstreik gegen die verhindrende Isolationshaft. Sie protestieren gegen den Plan,

die Gefangenen aus der RAF in der Haft eingehen zu lassen. Im folgenden Auszüge aus der Erklärung der Drei zum Ende der Aktion. — (uld, Quelle: Angehörigen-Info Nr. 77)

Wir brechen unseren gefristeten Hungerstreik heute ab. Es ging uns an erster Stelle darum, den Zustand des Nichtstuns und Blockierens all unserer politischen Versuche der letzten drei Jahre durch den Staat öffentlich wirksam anzugehen.

Demnächst sind drei Jahre seit unserem letzten Hungerstreik vergangen. Mit ihm wollten wir ein überholtes Bewegungsmuster durchbrechen, stießen aber auf die Tatsache, daß die Endkampf-Vertreter im Staatsapparat weiterhin das Verhältnis zu uns bestimmen.

An unserer Zusammenlegung hat sich bis heute nichts wesentliches getan. Stattdessen Propaganda-Kampagnen des Staatschutzes, um den politischen Inhalt der Hungerstreikmobilisierung '89 zurückzudrücken und umzudrehen...

Fast alle spielen auf Zeit und kleben an dem alten Kalkül: Daß wir irgendwann innerlich absterben und ihnen einzeln zufallen. Man fragt sich, ob sie überhaupt noch etwas begreifen können: Seit

21 Jahren ist die Gesamtheit der Gefangenengruppe eine Realität, an der es kein Vorbei geht.

Mit unserem Hungerstreik ging es uns auch darum, daß wir ihnen nicht die Verfügung über die Zeit lassen. Wir werden keine passiven Objekte sein.

Irmgard Möller ist jetzt im 20. Haftjahr. Keine andere politische Gefangene in Westeuropa sitzt so lange. Diese Maßlosigkeit gegenüber dem politischen Gefangen teilt die Bundesregierung mit dem südafrikanischen Rassistenregime. Wir hier haben bis 16 ½ Jahre hinter uns. Andere sind zum zweiten oder dritten Mal im Knast dafür, aus dem 68er-Aufbruch eine neue Lebens-

und Gesellschaftsperspektive durchzukämpfen. Bernd Rössner haben sie in eine so tiefe Lebenserschöpfung gebracht, für die sie, wäre das unter DDR-Verantwortung gelaufen, heute selber im Knast sitzen würden. Statt ihn und die anderen Haftunfähigen rauszulassen, spielen sie weiterhin die ganze Zeit mit seinem Leben. Unterwerfung oder Tod ist das unausgesprochene Diktum der Bundesanwaltschaft dazu.

Deneden geht es nur um das Ende jedes systemoppositionellen Widerstands, um die Verhinderung, daß Menschen anfan-

gen, zum Subjekt ihrer Geschichte zu werden. Letztlich um den Ausschluß der Gesellschaft von jeder konkreten sozialen und politischen Bestimmung ...

Von „jährzehntelang Prozesse gegen SED-Mitglieder und DDR-Funktionäre“ sprach Kinkel vor Tagen auf einer Anwaltstagung in Hannover. Kriminalisierung und aus der Geschichte tilgen, damit nichts bleibt und aus den gemachten oder auch erlittenen Erfahrungen neu entwickelt werden kann ...

Wir haben mit der Justizministerin gesprochen. Wir fanden das Gespräch gut (nicht dagegen die spätere Presseerklärung ...). Wirklichen Sinn und Bedeutung bekommen solche Gespräche, wenn sie zu materiellen Ergebnissen führen ... Eine produktive Perspektive gibt es nur, wenn die alten Bewegungsmuster in Inhalt und Formen umgewälzt werden. Bedingung dafür ist die Zusammenlegung und die freie Kommunikation untereinander und nach draußen. Alles andere wird Illusion bleiben.

Und natürlich wollen wir mit allem unsere Freiheit erreichen. Die Gefangen müßten schon längst draußen sein.

Vatikan fördert Krise in Jugoslawien**Papst ruft zur „Wiedergeburt von Kirche und Nation“ auf**

Anfang Oktober war der kroatische Präsident Franjo Tuđman im Vatikan vorstellig, um neue Instruktionen der klerikalen Reaktion einzuholen. Zurück in Zagreb erläuterte Tuđman auf einer Pressekonferenz die Politik des Vatikan. Der Papst habe ihn gebeten, weiterhin eine Verhandlungs-

lösung zu suchen, ihn aber auch ermutigt, den „kroatischen Widerstand fortzuführen“. Der italienische Kommentator befürchtete daraufhin, daß die Ausführung Tuđmans mißverständlich seien. Könne man doch meinen, der Papst rufe zu einem Widerstandskampf mit Waffen auf.

ge Anerkennung von Kroatien und Slowenien gefordert. In den christlichen Gazetten läuft dazu parallel eine Propagandakampagne, die an alte Kreuzzugsbrandreden erinnert. So schreibt ein Carl Gustav Ströhlm im *Rheinischen Merkur*, daß die Verteidigung Dubrovniks gleichzeitig eine Verteidigung der christlich westlichen zivilisatorischen Werte gegen die orientalische serbische Orthodoxie bedeutet. Das korrespondiert mit einer Meldung, wonach bei kroatischen Gottesdiensten in Hamburg Lektüre verteilt wird, die rassistisch die Überlegenheit der Kroaten über die Serben belegen soll. Es heißt dort, daß die Serben ethnisch völlig anderer Herkunft seien und erbbedingt niedrig Eigenarten wie Faulheit, Verschlagenheit und die Neigung zum Diebstahl aufweisen. Das käme von dem „negroiden Einschlag in der serbischen Rasse.“²

In den folgenden Monaten ließ die klerikale Reaktion keine Gelegenheit verstreichen, an der Spaltung des Jugoslawischen Staates mitzuwirken. Es war ja auch die offizielle Strategie des „slawischen Papstes“ Wojtyla, nach seiner Inthronisation einen Kreuzzug gegen den Kommunismus zu entfachen. Bei seiner Reise nach Ungarn im August trat er dann auch mit dem Anspruch auf, dieses Ziel erreicht zu haben, und formulierte als zukünftige Strategie, die „Wiedergeburt von Kirche und Nation“ anzustreben. Das war als ein deutlicher Hinweis nicht nur für die Entwicklung in Ungarn gedacht, sondern sollte vor allem die kroatische Reaktion unterstützen.

Auch der BRD-Katholizismus greift jetzt unterstützend ein. In einer Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 6.9.91 wird die soforti-

schon geschehen, eine gewichtige politische Rolle in der kroatischen Gesellschaft zuzuweisen. Auf propagandistischen Großveranstaltungen, wie dem 1984 abgehaltenen „Nationalen Eucharistischen Kongreß“, wurden Kroaten und Kirche als Richtschnur des politischen Handelns ausgegeben.

Höhepunkt war dann die Feier zum 21. Todestag des ehemaligen Erzbischofs von Zagreb, Alois Stepinac. Das war eine offene Kampfansage an das sozialistische Jugoslawien. Denn Stepinac war tatkräftig an der Installierung des klerikal-faschistischen Ustascha-Staates in Kroatien (1941–1945) beteiligt. Wie eng die Beziehungen zwischen Kirche und Ustascha waren, führte z.B. der Minister für Erziehung und Kultur, Dr. Mile Budak am 22.7.1941 folgendermaßen aus: „Grundlage für die Bewegung der Ustaschen ist die Religion. Für Minderheiten wie Serben, Juden und Zigeuner haben wir drei Millionen Kugeln. Wir werden einen Teil der Serben umbringen, den anderen werden wir abtransportieren und den Rest werden wir zwingen, die römisch-katholische Religion anzunehmen. So wird das neue Kroatien alle Serben in seiner Mitte loswerden, um innerhalb von 10 Jahren zu hundert Prozent katholisch zu werden.“³

Zur Organisierung dieses Terrors wurde das berüchtigte KZ Jasenovac unter Leitung des Franziskanerpaters und Ustascha-Kapitän Miroslav Filipovic eingerichtet, in dem nach offiziellen jugoslawischen Angaben bis zu 600.000 Menschen ermordet wurden. Stepinac duldet dies Vorgehen. Weiter haben er und der Vatikan, wie aus amerikanischen Dokumenten ersichtlich, die in den 80er Jahren veröffentlicht wurden, die Flucht der führenden Ustascha-Leute unterstützt, indem sie mit falschen Pässen und Franziskanerketten ausgetreten. Dieser Stepinac wurde dafür 1946 zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der Vatikan reagierte auf den Prozeß mit der Exkommunizierung der jugoslawischen Ankläger und der Seligsprechung Stepinacs. Mit diesem Vorbild an der Spitze führte dann Kuharic seinen Feldzug gegen das sozialistische Jugoslawien, der den Bürgerkrieg förderte und anheizte mit dem Ziel, einen zweiten katholischen Staat auf kroatischen Boden zu schaffen, der in der Tradition des Ustascha-Staates steht.

¹ La Repubblica, 10.10.91; ² Aufruf kroatischer Bischöfe v. 11.2.91; ³ L'Osservatore Romano 6.9.91; ⁴ Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 4.10.91; ⁵ Vladimir Dedijer: Jasenovac — das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan — (hav)



Der Schwur der Ustascha ging auf Kreuz, Pistole und Dolch (1941).

„Wut allein genügt nicht“**§218-Demonstration in Karlsruhe**

Mit dieser Parole und den Forderungen

- Ersatzlose Streichung des § 218
- Weder Fristen noch Zwangsberatung
- Aufhebung des Memminger Urteils gegen Dr. Theissen durch den BGH

— Freispruch für Dr. Theissen demonstrierten am 19.10. ca. 2.500 Menschen in Karlsruhe. Anlaß für die recht kurzfristig geplante Demonstration, zu der die Bundesweite § 218-Koordination, das Bündnis „Frauen begehren Selbstbestimmung“, der Unabhängige Frauenverband (UFW) und die § 218-Initiative Karlsruhe aufgerufen hatten, ist — neben der angelaufenen parlamentarischen Debatte um den § 218 — die Revisionsverhandlung am 22.10. im

„Fall Dr. Theissen“ vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Aus dem Aufruf: „Zur Erinnerung: In Memmingen fand 1988/89 der bisher größte Abtreibungsprozeß in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte statt. Wegen Verstoßes gegen den § 218 wurden mehr als 300 Ermittlungsverfahren eingeleitet; fast 200 Frauen wurden deshalb, angeblich „im Namen des Volkes“, verurteilt. Wegen Beihilfe zum Abbruch einer Schwangerschaft wurden außerdem zahlreiche Ehemänner und Bekannte, die den Abbruch finanziert oder den verurteilten Frauen die Adresse des

Gynäkologen vermittelten hatten, verurteilt. Der Memminger Frauenarzt Dr. Theissen, der die Beratung und Indikationsausstellung in fast all diesen Fällen selbst vorgenommen und Abbrüche in seiner Praxis durchgeführt hat, wurde zu einer Freiheitsstrafe von 2 1/2 Jahren verurteilt und zunächst auch mit einem dreijährigen Berufsverbot belegt. (...) In der Urteilsbegründung wertete es das Gericht als besonders schwerwiegend, daß er aus Überzeugung handelte. Das Gericht wollte außerdem ein Signal geben, eine falsch verstandene Vorstellung der Emanzipation der Frau setzen.“

Zu Beginn der Abschlußkundgebung kam es zu kleineren Auseinandersetzungen mit Leuten vom „Bündnis gegen Anpassung“, die schon während der Demonstration zwei Transparente für Friedenslösungen mitgetragen und entsprechende Flugblätter verteilt hatten. Nachdem eine Rednerin den taschistoiden Charakter dieser Organisation gekennzeichnet hatte (z.B. fordert der „Bündnis“ die Tötung von HIV-positiven Menschen und die Kasernierung von AIDS-Kranken) zogen die Bündnis-Leute mit ihrem Transparent ab.

Die sogenannten „Lebensschützer“ demonstrierten am gleichen Tag in Karlsruhe. — (kab)

Statt Arbeitsschutzrechten Freiheit des Kapitals?

Deregulierungspraxis und -diskussion greifen Raum

Massenarbeitslosigkeit, Deregulierung und Gegenwehr war ein Thema des Roten Tisches in Leverkusen am 12. Oktober. Vorträge und Diskussion zeigten: Der Druck auf dem großdeutschen Arbeitsmarkt nimmt in vielerlei Form weiter zu. Deregulierung sorgt dafür, daß er sich in verstärkter Konkurrenz und Druck auf die Löhne austoben kann. Aus-

Beim letzten zentralen Roten Tisch haben wir über das Thema „Deregulierung“ gesprochen und festgestellt, daß alle Beteiligten dem Widerstand gegen die Deregulierungskampagne eine große Bedeutung beimessen. Die PDS hatte eine Anhörung im Bundestag zu diesem Thema angekündigt und den Vorschlag dezentraler Veranstaltungen dazu aufgenommen. Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Überlegungen bestätigt: Die Deregulierungspraxis und -diskussion nimmt rasant zu.

Aus den östlichen Bundesländern kommen Meldungen, daß Unternehmen sich in großem Umfang über Gesetze und Tarifverträge hinwegsetzen, z.B. Kündigungsschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz, Betriebsverfassungsgesetz usw.

In den westlichen Bundesländern nimmt die Beschäftigung in flexibilisierten, deregulierten Verhältnissen zu, in 490-DM-Arbeitsverhältnissen, in Leiharbeit, befristet usw. Zuwanderer aus dem Osten werden zu niedrigeren Löhnen eingestellt. Asylbewerber und andere ausländische Beschäftigte werden in Saisonarbeiten und andere miete, schlecht bezahlte Arbeiten gedrängt. Hier wirken obendrein die politischen Rechtlosigkeit und die terroristischen Übergriffe einschüchternd und erleichtern die Durchsetzung neuer Niedrigstandards.

Zunächst die aktuellen, offiziellen Arbeitsmarktdaten für September 1991:

Arbeitslose West:

1,61 Millionen (5,4 %), davon 48 % Frauen; 62000 weniger als im Vormonat.

Arbeitslose Ost:

1,03 Millionen (11,7 %), davon 58,8 % Frauen; starke Tendenz zur Dauermassenarbeitslosigkeit — bereits jeder Dritte ist länger als acht Monate arbeitslos. 34000 weniger als im Vormonat. Die Entlassungswelle von Ende September — 200000 Menschen — ist noch nicht mitgerechnet ...

Erwerbslose aus Ost und West, Kurzarbeiter, Umschüler, Weiterlernende, ABM-Schaffende, Vorrueständler und Altersübergangsgeldbezieher zusammengekommen ergeben knapp sechs Millionen Menschen in Deutschland, die arbeiten wollen — aber nicht dürfen

Zu betonen ist, daß die eben erwähnten sechs Millionen lediglich auf Grundlage der offiziellen Zahlen genannt werden können. Die verdeckte Arbeitslosigkeit, die stille Reserve in Ost und West, die mittlerweile auch von offiziellen Stellen zugegeben wird, läßt nichts Gutes ahnen. (Vorrueständler etc. oder Menschen ohne Leistungsbezug, die sich gar nicht mehr arbeitslos melden.)

Aufmerksam machen möchte ich auch darauf, daß man zu diesen sechs Millionen Menschen, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, die Familienangehörigen als Mitbetroffene einer allzu oft ausweglosen Situation mit einbeziehen muß, wenn man ein einigermaßen realistisches Bild über das Ausmaß von Massenarbeitslosigkeit bekommen will.

Wie schon immer im Westen, so jetzt auch im Osten Deutschlands, sind von Arbeitslosigkeit am meisten Frauen, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ausländische Kolleginnen und Kollegen betroffen.

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Anmerkung, gerade auf dem Hintergrund der widerwärtigen Diskussion um das Asylrecht und der brutalen Angriffe auf die ausländischen Menschen in diesem Land machen: Auffallend ist, daß trotz der offiziell sinkenden Arbeitslosenzahlen die Zahl der erwerbslosen Ausländer mittlerweile um mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

— Lediglich 15000 Asylbewerber haben einen Job.

— Seit 1988 sind über 1,2 Millionen

reichende Mindestnormen für alle gewinnen an Bedeutung. Die Konferenz unterstützte die Forderung der Arbeitslosengruppen u.a. nach Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe. — Im folgenden aus dieser Debatte Diskussionsbeiträge zur Deregulierung und zum Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig drücken Unternehmerverbände, Regierung und politische Kräfte aus der Regierungskoalition die Deregulierung in die öffentliche Diskussion und auf die parlamentarischen Schienen. Die Kampagne gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für die Einführung unbezahpter Karenztage, dauert an. Die Regierung und die Regierungsparteien haben in der Haushaltssession des Bundestags die letzten Lohntarifabschlüsse angegriffen und die Ersetzung der heutigen gewerkschaftlichen Lohntarifpolitik durch Investivlöhne gefordert, bei denen ein Teil des Lohns im Unternehmen bleiben soll.

Das Blüm-Ministerium hat angekündigt, daß die Regierung schnell die Nachtarbeit für die Arbeiterinnen in der Industrie einführen will. Das wiederum ist ein massiver Einstieg in die weiterreichende Deregulierung der gesetzlichen Arbeitszeit.

Eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung unter Führung des liberalen Wirtschaftsministers bearbeitet derzeit die zwölf Vorschläge der „Deregulierungskommission“. Sie soll daraus praktikable Regierungspolitik machen. Welche Vorhaben dabei im einzelnen herauskommen, ist noch nicht klar, aber die Regierungskoalition hat sich in ihrem Regierungsprogramm verpflichtet, die Deregulierung in dieser Legislaturperiode substantiell voranzubringen.

Die Deregulierungskommission hat mit ihren Vorschlägen ernstzunehmende Vorgaben gemacht. Einige Stichpunkte zur Erinnerung. Drei ihrer zwölf Vorschläge betreffen die Möglichkeit, Tarifverträge zu unterlaufen: Bei Betriebskrisen und im Fall von längere Zeit Arbeitslosen soll untertariflich gearbeitet werden können. Die Möglichkeit, Tarifverträge staatlich für allgemeinverbindlich zu erklären und damit auch in gewerkschaftlich schwach organisierten Branchen durchzusetzen, soll eingeschränkt werden.

Sieben Vorschläge sollen das einzelne Arbeitsverhältnis deregulieren. Sie betreffen die Ausdehnung der Befristung von Arbeitsverhältnissen, die Erleichterung betriebsbedingter Kündigungen, die Schlechterstellung von Schwerbehinderten, die Einschränkung der Sozialplanpflichten aus dem Betriebsverfassungsgesetz, die Ermöglichung der Übernahme von Betrieben ohne Pflicht zur Übernahme der Belegschaften, die Ausdehnung der Leiharbeit. Weitere Vorschläge verlangen die offizielle Zulassung privater Arbeitsvermittlung und die durchgreifende Flexibilisierung der gesetzlichen Arbeitszeit.

Schließlich sei noch kurz darauf hingewiesen, daß der Bericht der Deregulierungskommission auch in der arbeitsrechtlichen Diskussion die Forderungen nach einer grundsätzlichen Kehrtwende

befördert. So hat z.B. der berüchtigte Arbeitsrechtler Adomeit über ein „Arbeitsrecht für die 90er Jahre“ publiziert. (1) Die Umbrüche im Arbeitsmarkt, erst die Angliederung der DDR, dann der EG-Binnenmarkt verlangten, „luxuriösen Arbeitnehmerschutz zu überdenken“. Das Arbeitsrecht müsse von übertriebenen Schutzdenken für Beschäftigte wegkommen und dem „Wunsch des Unternehmers, mit dem zusammenzuarbeiten, den er mag und mit dem er kann“, Rechnung tragen. Er verlangt ein „Arbeitsrecht der Notzeit“, das „den konkreten Lösungen der Praxis weitestmöglichen Gestaltungsspielraum geben“ soll. Was unter dem Druck des Arbeitsmarktes praktisch durchgesetzt werden kann, soll auch zulässig sein.

Wie die Deregulierungskommission verlangt er die Aufhebung bestehender Rechte. Insbesondere will er das Günstigkeitsprinzip ändern. Was günstig ist, soll in Zukunft jeder einzelne selber entscheiden. Damit wäre praktisch jede gesetzliche oder tarifliche Regelung individuell zu unterlaufen.

Gewerkschaftliche Körperschaften, Vertrauensleutekörper, Konferenzen usw. befassen sich mit dem Thema. Auch der Vorstand der IG Metall nimmt Stellung.

Dort ist — das kann man zwischen den Zeilen lesen — überlegt worden, ob eine Kritik der Deregulierungsvorschläge diese nur unnötig aufwertet; oder ob sich hier nicht vielmehr schwere gesellschaftliche Auseinandersetzungen anbahnen. (2) Die Vorstandsäußerungen zeigen nun, daß mit dem zweiten gerechnet wird. Die IG Metall sieht schon die Lohntarifpolitik des nächsten Jahres, im Osten wie im Westen, sowie ihre „Tarifreform 2000“ von der Deregulierungspolitik (Investivlohn u.a.) bedroht. Sie sieht überhaupt die Tarifpolitik, die lange Zeit als gewerkschaftliches Bollwerk gegen „Wendepolitik“ galt, von den Kommissionsvorschlägen in Frage gestellt.

Die praktischen Konsequenzen sind bisher vor allem öffentliche Stellungnahmen und Informationen in der Ge-

werkschaftspresse. Gegen die Propaganda vom Mißbrauch der Lohnfortzahlung versucht die IG Metall auch praktisch tätig zu werden und fordert regionale Kommissionen, die den Ursachen von Krankheiten, insbesondere krankmachenden Arbeitsbedingungen, nachgehen sollen.

In der geschilderten Lage wäre zu überlegen, ob nicht ausreichende gesetzliche Mindeststandards für alle, darunter ein ausreichender gesetzlicher Mindestlohn für alle, aufgeworfen werden sollen. Solche gesetzlichen Regelungen werden in dem Maß an Bedeutung gewinnen, wie Leute in ungeschützten, deregulierten Verhältnissen von Tarifen nicht mehr erfaßt werden, bzw. wie Tarife löchriger gemacht werden. Die rechtliche Möglichkeit eines Mindestlohns z.B. besteht in einem Gesetz aus den 50er Jahren, das freilich in der Folgezeit durch die Entwicklung der Lohntarife keine Rolle spielte. In einer Situation ausfeiner Deregulierung und politischer Entretung von Teilen der Lohnabhängigen bekäme eine gesetzliche Mindestnorm für alle aber ein neues Gewicht.

Wir können einen praktischen Beitrag dazu leisten, daß die Information über und der Widerstand gegen die Deregulierungskampagne auf betrieblicher Ebene und in der politischen Diskussion verstärkt werden. Hier ist bestimmt nützlich, was hier und da schon örtlich vorbereitet oder erörtert wird: gemeinsame örtliche Veranstaltungen gegen die Deregulierungskampagne, in denen sowohl die Praxis der ortssässigen Unternehmen wie auch die öffentliche Debatte aufgegriffen werden könnten.

Quellenhinweis: (1) Klaus Adomeit, Die Umbrüche im Arbeitsrecht erfordern Umdenken im Recht. Der Arbeitgeber 17/91; sowie ders., Arbeitsrecht für die 90er Jahre, Verlag C.H. Beck, München, 1991; (2) Franz Steinkühler, Neuordnung des kollektiven Schutzes — Überfällige Reform, in: Der Gewerkschafter 9/91 — (rok/BWK)

Es ist öfter von Zusammenbruch des Arbeitsmarktes die Rede — doch ich denke, daß es die gewollten Marktverhältnisse sind, die die Arbeiterklasse auf deutschem Boden in existenzbedrohende Verhältnisse drängen und den Preis der Ware Arbeitskraft drücken —, denn das ist der Gegenstand der Verhandlungen auf diesem Markt.

Nun abschließende Stichworte zur weiteren Entwicklung:

— Talfahrt in den neuen Bundesländern noch nicht erreicht. Prognosen: 40—50 % Arbeitslosenquote, regional bis zu 70 %. Nächster Schub: 31. Dezember mindestens 300000 Entlassungen.

— Rückgang der Industrieproduktion im Westen; Berichte einzelner Branchen zeigen dies deutlich. Beispiel: Maschinenbau: 8 % Rückgang im Juli, Berichte der drei größten Chemiekonzerne, Automobilindustrie.

— Exportorientierung (jeder 9. Arbeitsplatz hängt daran). Risikopotential, extreme Weltmarktorientierung.

— Wirtschaftskrise in Großbritannien hat sich ständig vertieft. In den USA hält sie unvermindert an. In Italien und Frankreich hat sie gerade erst begonnen.

Zunehmend höhere Verteilungskämpfe auf dem Weltmarkt führen zum Anstieg der Arbeitslosigkeit im Inland — EG-Binnenmarkt. Mit Arbeitsplatzvernichtung ist auch bei Stahl und Kohle zu rechnen — Subventionsabbau — Fusion Krupp-Hoesch (Vorbereitung auf EG-Binnenmarkt). Bedingt durch massive Sozialabbau, aufgrund von Staatsverschuldung und Inflation, Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Durch die imperialistische Ausplündungspolitik gegenüber der sog. 3. Welt und den Zusammenbruch der sozialistischen Länder und deren Rekapitalisierung wird mit Flüchtlingsströmen im Ausmaß von Völkerwanderungen gerechnet, die so dem europäischen Arbeitsmarkt und damit auch dem auf deutschem Boden, als Billigst-Arbeitskräfte zugeführt werden.

Man kann wohl sagen, daß in den neuen Bundesländern die Wirtschaftskatastrophe im vollen Gange ist und in der Alt-BRD die Krise begonnen hat.

Man kann nur hoffen, dagegen kämpfen und Widerstand organisieren, damit die düsteren Aussichten für Deutschland und auch anderswo nicht, wie so oft in der Geschichte, beim Krieg enden — denn am Krieg, dies lehrt uns die Geschichte, wird immer verdient, am Wiederaufbau dann auch. — (Anne Frohnweiler/DKP, leicht gekürzt)

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Unterschiedliche, aber krisenhafte Entwicklungen in allen Bundesländern

sogenannte Deutschstämmige in die BRD gekommen. Davon sind 90 Prozent voll ins Berufsleben integriert.

— Die ausländischen KollegInnen arbeiten vorwiegend in Gießereien, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Bergbau.

Das heißt, höhere körperliche Anstrengung und schlechtere Arbeitsbedingungen. Sie spielen nach wie vor eine Puffer- und Ergänzungsrolle auf dem Arbeitsmarkt.

In der ehemaligen BRD gibt es nun seit mehr als 15 Jahren Dauermassenarbeitslosigkeit. Im Laufe dieser Jahre entwickelte sich ein ständig wachsender Sockel an Langzeitarbeitslosen (40 Prozent aller Erwerbslosen). In den fünf neuen Bundesländern liegt diese Zahl bereits bei 30 Prozent.

Neu ist, daß sich die Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau stabilisiert hat, trotz Hochkonjunktur und Beschäftigungsboom der letzten Jahre und verstärkt seit dem Anschluß der DDR.

Immer mehr nahm die Arbeitslosigkeit bei Akademikern und bei Angestellten zu. In den neuen Bundesländern waren in den ersten Monaten des Jahres 1990 Beschäftigte mit Hoch- und Fachhochschulabschluß überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, was u.a. auf die Abwicklung und massive Berufsverbotspraxis in bestimmten Bereichen des Staatsapparates, gesellschaftlichen Organisationen, von Wissenschaftseinrichtungen, von Leitung und Verwaltung der Kombinate und Betriebe zurückzuführen ist. Im Laufe der Deindustrialisierung durch die Treuhand hat sich das Qualifikationsprofil verschoben. Seit März 1990 erfolgten massive Entlassungen aus der Produktion. Damit hat sowohl der Anteil der Facharbeiter und Meister als auch der An- und Ungelehrten unter den Arbeitslosen sprunghaft zugenommen.

Die Geschlechtsstruktur der Erwerbslosen in den neuen Bundesländern hat sich im Verlauf des Jahres 1990 immer stärker zuungunsten der Frauen verschoben. Waren im Mai 1990 42 Prozent und im Juni 1990 49 Prozent aller erwerbslos gemeldeten Personen Frauen, so waren es Ende April 1991 bereits über 50 Prozent und nun 58,8 Prozent aller Erwerbslosen. Auch diese Tat- sche steht in direktem Zusammenhang

mit der Vernichtung der DDR als Industriestandort. So liegt z.B. in der von Sachsen und Thüringen abzuwickelnden Textilindustrie der Frauenanteil bei über 90 Prozent ...

Nach einer ungeschminkten Untersuchung der McKinsey-Unternehmensberatung wird in den neuen Bundesländern der Beschäftigungsrückgang alle Branchen treffen, aber mit unterschiedlicher Heftigkeit:

Der Staat wird statt wie früher 2,2 Millionen in Zukunft 1,1 bis 1,3 Millionen Menschen beschäftigen.

— Die Landwirtschaft, früher 920000, wird auf max. 400000 Beschäftigte schrumpfen.

— Der Bereich Verkehr/Nachrichten, bisher 640000 Beschäftigte, auf 300000 bis 400000.

— Geradezu dramatisch wird der Zusammenbruch im verarbeitenden Gewerbe. Früher waren dort rund 3,2 Millionen Beschäftigte. Davon werden bei Zugrundelegung eines rein auf Profit und Gewinn orientierten Kalküls weniger als 800000 übrigbleiben.

— Krassestes Beispiel ist das Rückgrat der ehemaligen DDR-Industrie mit insgesamt 1,04 Millionen Beschäftigten, der Maschinen- und Fahrzeugbau. Dieser Industriezweig wird fast vollständig zusammenbrechen, lediglich 200000 Beschäftigte werden übrigbleiben.

Nun einige kurze Bemerkungen zur sozialen Situation der Erwerbslosen in Deutschland, da dies der materielle Hintergrund ist, der immer mehr Menschen in ungeschützte und unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse drängt — sie zwingt, jedwelche Arbeit anzunehmen.

Neue Bundesländer (im Durchschnitt)

AIG: 850 bis 920 DM

AIHi: 750 bis 787 DM

Rentner: 733 (incl. 15 % Erhöhung)

Alleinerziehende: meist unter 465 DM

(wegen Teilzeitbeschäftigung)

Altersruhegeld: wie AIG

Kurzarbeiter: wie AIG, Rest normaler

Lohn auf die Ausfallzeiten

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, vorzeitiger Ruhestand führen bei immer mehr Haushalten zu rasanten Einkommensverlusten. Mitte April 1991 waren schon 47 % aller Haushalte von Erwerbsfähigen davon betroffen. Der DGB geht davon aus, daß 1992 zwei Drittel aller in den neuen Bundesländern lebenden

Internationale Umschau

In einer gemeinsamen Erklärung haben Anfang Oktober 6 antiimperialistische zaireische Parteien gegen die Entsendung westlicher Truppen nach Zaire protestiert. „Die Besetzung unseres Landes durch NATO-Truppen ist nur ein Schritt in dem Plan, der schon lange durch neokolonialistische Strategen ausgearbeitet wurde mit dem Ziel, Zaire scheinbar rechtmäßig zu beherrschen... Die Operationen in Zaire laufen in perfekter Zusammenarbeit zwischen den Amerikanern, den Belgien und den Franzosen“. Die Organisationen (FLNC, FDD, CSEZ, UFPC, MNCL und MARC) fordern u.a. den sofortigen Abzug der imperialistischen Truppen aus Zaire und den sofortigen Rücktritt der Regierung Mobutu. Quelle: Solidair (Zeitung der PvdA Belgien), 16.10. — (rül)

Frankreich: Gewerkschaften kündigen Proteststreiks an

Für Donnerstag, den 24. Oktober, haben die Gewerkschaftsdachverbände CGT und FO zu einem Generalstreik gegen den von der Regierung verhängten Lohnstopp aufgerufen. Am 22. Oktober führten die Krankenschwestern, die sich seit Wochen in einem Streik für mehr Lohn befinden, eine Demonstration gegen die Lohnsenkungspolitik und die Sparmaßnahmen der Regierung durch, die sich gegen die Einkommen der Werktätigen richten. Bauernverbände und Ärzte haben angekündigt, sich an beiden Aktionen zu beteiligen. Bei Einsätzen von Sonderkommandos der Polizei, die mit Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen die streikenden Kranken vorgingen, sind zwei Streikende schwer verletzt worden. — (uld)

Südafrika/Azania: noch viele politische Gefangene

Das rassistische Regime in Südafrika versucht weltweit den Eindruck zu erwecken, als ob es in Südafrika keine politischen Gefangenen mehr gebe. Dieser Falschpropaganda ist jetzt auch die „Kommission für Menschenrechte“ in der Siedlerrepublik entgegengetreten. Nach ihren Kenntnissen werden weiterhin mindestens 300 politische Gefangene von dem Siedlerregime inhaftiert, möglicherweise sogar bis zu 800 politische Gefangene, teilte die Kommission Mitte Oktober der Presse mit.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 12.10.1991 — (rül)

Kambodscha: UN-Abkommen wird unterzeichnet

Am 23. Oktober soll von Vertretern der jetzigen kambodschanischen Regierung und den Vertretern aller drei Gruppierungen, die seit dreizehn Jahren gegen die von Vietnam eingesetzte Regierung kämpfen, darunter die Roten Khmer, ein Vertrag unterzeichnet werden, der den Bürgerkrieg beenden soll. Die Roten Khmer meldeten jedoch am 21. Oktober, die Regierungstruppen hätten erneut das Waffenstillstandsabkommen gebrochen und versucht, in der Nähe der thailändischen Grenze Truppen der Roten Khmer einzukesseln. Mit dem Abkommen wird Kambodscha unter eine provisorische UNO-Verwaltung (UNTAC) gestellt, die bis zur Durchführung von Wahlen und der Verabschiedung einer neuen Verfassung andauern soll. Die UNTAC soll die verschiedenen Truppen auflösen, die Rückführung der Flüchtlinge organisieren und bis 1993 die Durchführung freier Wahlen garantieren.

König Sihanouk, der Sprecher der Verhandlungsgruppe ist, auf die sich die drei Oppositionsgruppen geeinigt haben, wird während der UNTAC-Kontrolle Vorsitzender des kambodschanischen Nationalrats. Der 1978 von Vietnam eingesetzte Regierungschef Heng Samrin ist zurückgetreten, die an Vietnam orientierte Kommunistische Partei hat sich aufgelöst, Teile haben sich in der Kambodschanischen Volkspartei neuorganisiert. — (uld)



15 gefangene arabische Schiiten entließ Israel am 21. Oktober aus dem Gefängnis in den Südlibanon, 14 von ihnen waren in einem israelischen Gefängnis im Südlibanon inhaftiert, einer im Inneren Israels, alle sind seit mehr als zwölf Monaten ohne Prozeß in Haft. Die Freilassung ist Teil der mit dem UN-Generalsekretär vereinbarten Prozedur zur Freilassung der westlichen Geiseln im Libanon. Gleichzeitig mit der Freilassung bombardierten jedoch israelische Kampfflugzeuge erneut schiitische und palästinensische Stellungen im Südlibanon. Israel hält außer Tausenden von Palästinensern noch mindestens 300 Araber in Haft. — (uld)

Türkei: Anhaltende Streiks in mehreren Branchen

In der Türkei gewinnen die gewerkschaftlichen Widerstandsaktionen gegen die Regierung und die Kapitalisten weiter an Kraft. Hier Auszüge aus dem neuen *Kurdistan-Rundbrief*:

„Nachdem die Arbeiter und Arbeitnehmer der *Lederfabrik Kemaller ve Önder Dericilik* in Tuzla Mitglied in der Ledergewerkschaft geworden sind und eine Erhöhung des extrem geringen Lohnes auf das Niveau des Leder-Tarifvertrages forderten, wurden 76 von ihnen entlassen. Seitdem streiken die verbliebenen 25 Arbeitnehmerinnen und acht Arbeiter für die Wiedereinstellung ihrer Kollegen und für Lohnerhöhung. Der Fabrikbesitzer läßt die Streikenden durch Schlägertrupps einschüchtern, was sogar bis zur Bedrohung mit vorgehaltenen Waffen geht... Der Streik wird auch von Kollegen aus anderen Betrieben und von der Gewerkschaft Dericilik unterstützt. Die Streikenden sind fest entschlossen, ihren Kampf bis zum Erfolg weiterzuführen. Sie erklärten: „Wenn wir mit diesem Widerstand Erfolg haben, werden wir auch ein Beispiel für Kazlıçeşme werden...“

Am 195. Tag des Streiks der 130 Arbeiter der *Plastikfabrik Dora im Stadtteil Bakirköy von Istanbul* versuchte der Fabrikbesitzer, die Fabrik ganz zu schließen, was zum erbitterten Widerstand der Familienangehörigen der streikenden Arbeiter führte. Seitdem beteiligen sich auch ihre Kinder und Frauen an den Sitzblockadeaktionen vor dem Fabriktor

Bergarbeiter des *Karakaya-Bergwerks* in dem zu Çorum gehörendem Kreis Bayat wurden von dem Besitzer Hakki Köse entlassen, weil sich sich gewerkschaftlich organisiert hatten. Seit über drei Monaten befinden sich die Bergarbeiter dieses Bergwerks im Streik für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen. 130 Streikende wurden am 9. Oktober von der Gendarmerie unter dem Vorwand, Plakate und Transparente getragen zu haben, verhaftet. Sechs Arbeiter wurden dem Staatsicherheitsgericht in Ankara vorgeführt. Der Besitzer des Bergwerks schreckt auch vor brutalster Gewalt gegen die Streikenden nicht zurück. Er hat einen Streikenden beim Fahren ohne Führerschein totgefahren. Seine Kollegen sprechen von einem gezielten Mord an dem Arbeiter...

Den 1380 städtischen Arbeitern von *Küçükçekmece* wurde innerhalb der letzten 18 Monate nur ein Mal ihr Lohn rechtzeitig ausbezahlt. In den übrigen 17 Monaten konnten sie ihr Geld nur nach Aktionen bekommen. Seitdem arbeitet die Müllabfuhr, deren Arbeiter die größten Probleme haben, nicht mehr. Obwohl dieser Zustand langsam die Gesundheit der Bevölkerung bedroht, ist der kommunale Arbeitgeber völlig gleichgültig... Nachdem die „Geldkette“ vom 24. einen Erfolg brachte, führten die Arbeiter am 26. eine Protestaktion vor der Stadtverwaltung durch, danach Schweigmärsche, später lautstarke Demonstrationen, an denen sich auch die Frauen und Kinder der Arbeiter beteiligen. Für eineinhalb Stunden wurde das Gebäude der Stadtverwaltung besetzt. Es wurden Parolen gerufen, die zum Rücktritt der Regierung aufforderten...

Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* 22/91, Neue Zürcher Zeitung 13./14.10. — (rül)

Reaktionen auf Vertrag BRD-CSFR

Widerstand totgeschwiegen / Slowakei: Nationalisten hetzen

Am 7.10. unterzeichneten Genscher und CSFR-Außenminister Dienstbier den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag (vgl. *Pol. Ber.* 20/91, S. 3). Nach heftigen Auseinandersetzungen im Vorfeld, während derer vor allem der Sudetendeutschenverband die Festschreibung von Entschädigungsansprüchen wegen der Umsiedlungsmaßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie Niederlassungsfreiheit in der CSFR forderte, in der CSFR dagegen aber eine breite Mehrheit existierte, werden diese Punkte im Vertrag nun nicht behandelt. Die Bundesregierung hat damit ihr Ziel durchgesetzt, keinen „Verzicht“ zu unterschreiben. Stattdessen interpretiert sie den Vertrag so, daß Entschädigungswillige nun vor CSFR-Gerichten ihre Ländereien usw. zurück erstreiten können und daß die Niederlassungsfreiheit für Deutsche im Zuge der EG-Assoziiierung erreicht werden könnte. Der „Deutsche Orden“ machte wenige Tage nach der Vertragsunterzeichnung den Anfang und will nun für die Rückgabe des enteigneten Ordensbesitzes prozessieren.

Die bürgerliche Presse ließ über Widerstandpositionen in der CSFR gegen die revanchistischen BRD-Vorhaben nur seicht verlauten, daß es solche gibt, mehr nicht. Bekannt ist, daß vor allem im tschechischen Landesteil starke Angste vor einem bestimmenden Einfluß deutscher Kapitalisten bestehen. Diese

hatten sich nämlich zuletzt bereits als engagierte Hintermänner bei dem Kauf versteigerter Kleinbetriebe erwiesen, und zwar stets mit Hilfe tschechoslowakischer Bürger, denen sie ihre Gebote steckten und die für sie die Verträge unterzeichneten, da der direkte Verkauf der Unternehmen an Ausländer bislang verboten ist. Da diese Regelung aber in einigen Monaten auslaufen soll, ist schon jetzt klar, daß sich deutsche Kapitalisten einen erheblichen Teil der Betriebe, vor allem im tschechischen Landesteil, einverleiben werden.

Slowakische Nationalisten hatten gegen den Vertrag Stellung genommen, weil darin die Anerkennung der ununterbrochenen Existenz der Tschechoslowakei seit 1918 festgestellt wird. Sie forderten dagegen, daß das Bestehen der vom NS-Deutschland abhängigen klerikalfaschistischen slowakischen Republik zwischen 1939 und 1945 anerkannt würde. Dadurch offenbar geschmeichelt, schürt Bundespräsident v. Weizsäcker während seines Staatsbesuches im Rahmen der Unterzeichnung die Widersprüche innerhalb der CSFR, indem er die slowakischen Nationalisten, die bislang nicht recht verankert waren, durch ein gesondertes Treffen aufwertete. Prompt fanden Mitte Oktober nach längerer Pause wieder mehrmals nationalistische Demonstrationen in der Slowakei statt. — (uga)

Kanada: Großfirmen zahlen mehr
Untersuchung zu den Lohnunterschieden

In großen Firmen liegen die Stundenlöhne in Kanada um etwa die Hälfte über denen in Kleinunternehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des kanadischen Statistischen Bundesamts (alle Daten von 1986). Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß die Belegschaft in großen Firmen (über 500 Beschäftigte) älter und besser ausgebildet ist und über längere Berufserfahrung verfügt als in kleinen (unter 20 Beschäftigte).

Es wurden unter anderem folgende Kriterien untersucht: Ausbildung, Alter, Branche, Geschlecht und Gewerkschaftsstatus.

Arbeitskräfte mit Volksschulausbildung erhielten in kleinen Firmen 8,34 \$ Stundenlohn, in großen 12,34 \$. Arbeitskräfte mit abgeschlossenem Studium 12,35 \$ bzw. 18,47 \$. Demnach verdient jemand mit Studium im Kleinbetrieb im Durchschnitt ebensoviel wie der Hauptschüler im Großbetrieb.

Unter dem Gesichtspunkt des Alters erhält die höchsten Stundenlöhne im Kleinbetrieb die Altersgruppe 35—44 Jahre (10,26 \$), im Großbetrieb die Gruppe 45—54 Jahre (16,27 \$).

Nach Branchen betrachtet, gibt es die niedrigsten Stundenlöhne im Dienstle-

stungsbereich (7,23 \$ im Kleinbetrieb, 9,91 \$ im großen); die höchsten im Bereich Forstwirtschaft und Bergbau (11,22 \$ bzw. 15,66 \$).

Erheblich sind die Unterschiede nach Geschlecht. Im kleinen Unternehmen erhält die männliche Arbeitskraft durchschnittlich 10,06 \$, die weibliche 6,75 \$ — das ist ein Drittel weniger. Im Großbetrieb ist das Verhältnis auf höherem Niveau ähnlich mit 14,87 \$ für den Mann und 10,42 \$ für die Frau. So betrachtet, erhält die Frau im Großbetrieb etwas mehr als der Mann in der kleinen Klitsche.

Nach Gewerkschaftsstatus aufgeschlüsselt, sind die Stundenlöhne für Gewerkschaftsmitglieder in Kleinbetrieb deutlich höher als für Nichtmitglieder (12,45 \$ zu 8,46 \$), während in großen Unternehmen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keine so große Rolle zu spielen scheint (13,81 \$ zu 13,34 \$).

Der allerniedrigste Lohnstandard ergibt sich demnach für die nicht gewerkschaftlich organisierte Frau jungen Alters mit geringer Schulbildung in einem Kleinbetrieb des Dienstleistungsbereichs.

Quelle: Canadian Economic Observer, Juli 1991 — (mitf)

Verteidigung der Lohnfortzahlung
Niederlande: Gewerkschaften weiter gegen Regierungspläne

250000 Gewerkschaftsmitglieder demonstrierten am 5. Oktober in der niederländischen Regierungsstadt Den Haag gegen die Pläne der Regierung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Ansprüche von Lohnabhängigen auf Invalidenrente zu beschränken (wir berichteten). Trotzdem will die regierende große Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten an ihren Plänen festhalten. In der Parlamentsdebatte vom 7. bis 12.10. zeigten sie sich zu keinen Konzessionen bereit. Damit bleibt das Regierungsprogramm weiter auf dem Tisch. Es sieht vor:

— Einschränkung der Anspruchsberichtigung auf Invalidenrente und Kürzung der Renten (derzeit bezahlen fast eine Million Lohnabhängige Invalidenrente);

— Einschränkung des Anspruchs auf Lohnfortzahlung: Das Krankengeld soll um 30 Prozent gekürzt werden, für jede Krankmeldung sollen die Lohnabhängigen auf einen Ferientag im Jahr verzichten, lediglich der gesetzliche Jahresurlaub von 20 Tagen im Jahr soll nicht angetastet werden.

In besonderen für die Lohnabhängigen in den schlecht bezahlten, schweren und dementsprechend gesundheitsschädlichen

Arbeiten bedeutet dieses Programm erhebliche Einschränkungen beim Urlaubsanspruch und beim Einkommen, je häufiger sie krank werden, um so härter. Um so bedeutender ist es, daß es den Gewerkschaften bisher gelungen ist, eine einheitliche Front aller Gewerkschaftsverbände gegen diese Pläne zu errichten: Neben dem größten Gewerkschaftsbund FNV beteiligen sich auch der christliche Gewerkschaftsbund CNV und die Gewerkschaft für mittleres und höheres Personal (MHP) an den Protestaktionen.

Die Verabschiedung des Regierungsprogramms wird sich nach Einschätzung der Gewerkschaften bis März, evtl. sogar bis Mai nächsten Jahres hinziehen. Bis dahin wollen die Gewerkschaften in allen Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten Garantien verlangen, daß die Kapitalisten für alle gesetzlichen Verschlechterungen durch tarifliche Zulagen, z.B. zum Krankengeld, notfalls direkt aufkommen. Sollten die Kapitalisten dieser Forderung nicht nachkommen, werde es zu zahlreichen Streikwellen, kündigten Gewerkschaftsvertreter an.

Quellen: FAZ, 7.10.1991; FNV-Vorstand Amsterdam — (rül)

Wahlen in Polen 1991

Ein Mitglied der deutsch-polnischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland über Parteienlandschaft und Wahlrecht in Polen

Am 29.10.1991 finden in der Republik Polen allgemeine Wahlen zu den beiden Kammern der Nationalversammlung, dem Sejm und dem Senat, statt. Das Wahlsystem entspricht den in Westeuropa üblichen Formen. Kandidieren kann jede Organisation, sofern sie bestimmte Formen und Gesetze erfüllt. Diese Wahlen sind dem eigenen Verständnis Polens entsprechend ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftssystem, das sich als kapitalistisch und parlamentarisch-demokratisch versteht. Sie sind aber auch eine Bedingung für die Aufnahme Polens in den Europarat. In Polen entwickelte sich in den letzten drei Jahren ein recht breites politisches Spektrum, das längst nicht aus meist antisemitischen und fremdenfeindlichen Organisationen besteht, wie man manchmal den Eindruck haben muß, wenn man unsere Presse zu Polen liest. Diese tatsächlich existierenden Organisationen haben in Polen bisher keinen größeren Anhang als bei uns. Was die Parteien in Polen selbst beklagen, ist ihre programmatische Schwäche, ihr Hang zum Populismus. Daraus leiten sie ihre Rückständigkeit gegenüber den Parteien (West-)Europas ab, ja sie betrachten sich selbst deswegen oft als minderwertig, als noch nicht demokratisch. Einig sind sie sich fast alle darin, die Marktwirtschaft einzuführen und eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster aufzubauen.

Die Hauptstreitpunkte zwischen den Parteien liegen darin, welche Interventionsmöglichkeiten der Staat haben darf, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen, welche Rolle die Religion in den Staatsgrundlagen spielen soll und wie stark autoritär der Staat ausgerichtet sein soll. Bei letzterem dreht es sich v.a. um die Frage, ob es eine starke Präsidentschaft geben soll, die die Regierung beruft und abberuft, den Sejm, das heißt das polnische Parlament auflösen darf usw. oder ob sie sich auf repräsentative Aufgaben beschränken soll. Die eher sozialdemokratisch ausgerichteten Organisationen wie auch die Mehrheit der sich als in der Mitte stehend betrachtenden „Demokratischen Union“ Mazowieckis sind für Interventionsmöglichkeiten des Staates, für die Trennung von Staat und Kirche wie auch für eine unabhängige Position des Parlaments und der Regierung gegenüber dem Präsidenten. Im Rahmen eines patriarchalischen Staatsverständnisses befürworten die rechten bzw. mitte-rechts stehenden Organisationen eine Interventionsmöglichkeit des Staates in den Wirtschaftsablauf, christliche Grundlagen als Verfassungsrichtlinie sowie eine starke Präsidentschaft. Die wirtschaftsliberalen Organisationen sind sowohl für einen starken Präsidenten, für die Trennung von Staat und Kirche wie auch gegen jede Staatsintervention in den Wirtschaftsablauf.

Der Weg zum Wahlgesetz

Die Auseinandersetzungen um das Wahlsystem begannen bereits im Sommer 1990, als die „Solidarität“ als gesellschaftliche Bewegung noch davon ausging, unangefochten die absolut stärkste politische Kraft zu sein. So legte im Juni 1990 die Sejmfraktion der „Solidarität“, der „Bürgerliche Parlamentsklub“ (OKP), ein Wahlgesetz mit Mehrheitswahlrecht vor. Dieses Gesetz wurde von nahezu allen anderen Parteien abgelehnt. Am 23. Juli 1990 legten dann 23 Abgeordnete aus dem „Parlamentsklub der Demokratischen Linken“ (PKLD), der „Polnischen Bauern (Volks)-Partei“ (PSL), der „Demokratischen Partei“ (SD), der „Christlich-Sozialen Union“ (UChS) und der katholischen Gruppierung PAX einen Gesetzentwurf für ein reines Verhältniswahlrecht vor. Die Antwort vom OKP ließ lange auf sich warten. Selbst Abgeordnete ihrer Fraktion, die Mitglieder kleinerer Parteien oder politischer Organisationen waren, z.B. der rechten „Christlich-Nationalen Vereinigung“ (ZChN), sprachen sich gegen ein reines Mehrheitswahlrecht aus. Der neue Gesetzentwurf des OKP von Ende August 1990 sah ein kombiniertes Mehrheits-Verhältniswahlrecht vor. So sollte die Hälfte der Abgeordneten per Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen und die andere per Verhältniswahlrecht über Wahllisten in Wahlregionen gewählt werden. Die verschiedenen Gesetzentwürfe wurden in den folgenden Monaten Kommissionen von Sejm und Se-

nat beraten. Im Mai 1991 wurde dann ein Wahlgesetz verabschiedet, und der Senat bestätigte es am 22. Mai.

Präsident Walesa kritisierte die neue Wahlordnung u.a. als zu kompliziert, weil die Stimmen nicht landeseinheitlich verrechnet werden, sondern in den jeweiligen Wahlkreisen, sowie als extrem personalistisch, außerdem ignoriere es das Wahlrecht der Emigration. Deshalb verweigerte er die Unterschrift unter das Gesetz. So mußte es nochmals im Sejm behandelt werden, wo es dann in unveränderter Form nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit bekam. Ein neues Wahlgesetz mit einigen vom Präsidenten geforderten Änderungen, die aber die zentralen Forderungen nicht berücksichtigten, wurde bereits am 15. Juni 1991 verabschiedet. Es wurde wiederum vom Präsidenten wie auch vom Senat abgelehnt, weil es die oben geforderten Änderungen nicht enthielt. Diesmal gelang es aber, die Ablehnungen mit einer Zweidrittelmehrheit im Sejm zu überstimmen, so daß Präsident Walesa das Gesetz Anfang Juli 1991 unterschreiben mußte. Sein Versuch, über einen eigenen Gesetzentwurf ein ihm genehmes Wahlgesetz in Kraft treten zu lassen — 230 Abgeordnete direkt, 230 per Listenwahl —, scheiterte am 11. Juli 1991 mit 89 zu 258 Stimmen im Sejm. Unterstützung fand der Präsident nur bei der OKP und bei der ehemaligen volksrepubliktreuen katholischen PAX.

Streit um das Wahlsystem

Die Diskussion um das Wahlsystem war sehr stark von den Veränderungen im politischen Leben Polens geprägt. Beide großen Strömungen aus der „Solidarität“ — die eine um die „Zentrums-Union“ (PC) und Walesa, die andere um Mazowiecki und die „Demokratische Union“ (UD) organisiert — waren noch Mitte 1990 für ein Mehrheitswahlrecht. Die offizielle Begründung dafür war, daß so eine Zersplitterung des Sejm in eine Vielzahl politischer Gruppen verhindert werden könnte. Für Polen sei in der Phase des Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus eine starke Regierung notwendig, die nicht jederzeit durch wechselnde Koalitionen gefährdet werden könnte. Dafür seien eindeutige Mehrheiten im Sejm notwendig. Eindeutige Mehrheiten würden mit Hilfe des Mehrheitswahlrechts ähnlich dem in England erreicht.

Die Gegner und Gegnerinnen des Mehrheitswahlrechtes argumentierten mit der mangelnden Repräsentativität des Sejm. Beim Mehrheitswahlrecht fielen sehr viele Stimmen einfach unter den Tisch. Gerade aber beim Neuaufbau der Demokratie in Polen müsse allen politischen Kräften die Möglichkeit am Mittaufbau im obersten Gremium des Volkes gegeben werden. Als einzige Möglichkeit, die politische Zersplitterung einzuschränken, sahen sie eventuell eine 4-5 % Hürde.

In den folgenden Monaten gab es gravierende Veränderungen in der politischen Landschaft Polens. Bei den Präsidentschaftswahlen im November 1990 erreichte überraschend der parteilose, nicht aus der „Solidarität“ stammende und bis dahin völlig unbekannte Stanislaw Tyminski den zweiten Platz hinter Lech Walesa noch vor dem damaligen Premierminister Tadeusz Mazowiecki. Darüberhinaus bekam der parteilose „Kandidat der Linken“, das ehemalige Mitglied der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PZPR), Cimosiewicz, fast 10 % der Stimmen. Damit war ein wichtiges Element der polnischen Politik in Frage gestellt: nämlich die sicher geglaubte eindeutige Mehrheit der „Solidaritäts“-Bewegung. Direkt nach seiner Niederlage gründete Mazowiecki mit den ihm unterstützenden Wahlkomitees die UD. Die Spaltung der Solidaritätsbewegung und damit ihr Ende wurde dann durch den Austritt der UD und der ihr nahestehenden Abgeordneten aus dem OKP und der folgenden Gründung des „Parlamentarischen Klubs der Demokratischen Union“ (KPUD) besiegt. Im OKP verblieben nun das PC, die ZChN, andere katholische Organisationen wie auch die Mehrheit der Abgeordneten der Gewerkschaft „Solidarität“, dazu einige politisch Unorganisierte. In dieser Zeit gewann der bis dahin als eigenständige politische Kraft nicht sehr bekannte wirtschaftsliberale „Liberal-Demokratische Kongress“ (KLD) durch die Übernahme der Regierungsverant-

wortung ihres Mitglieds Bielecki im Januar 1991 an Profil. Diese Entwicklungen verursachten eine verlängerte Diskussion über das Wahlrecht in den Ausschüssen, was am 9. März 1991 zu einer Verschiebung des ursprünglichen Wahlterms im Mai 1991 führte.

Das im Mai verabschiedete gemischte Wahlrecht — v.a. von der UD favorisiert — wird v.a. wegen der Pflicht, einen Kandidaten oder eine Kandidatin einer Partei ankreuzen zu müssen, was eine starke Personalisierung der Wahlen bedeutet, vom OKP und Präsident Walesa abgelehnt. Das kann die Parteien begünstigen, die mit bekannten Personen kandidieren. Begründet wurde diese Personalisierung damit, daß die Parteien zahlenmäßig, organisatorisch und programmatic schwach seien. Das aber führt, wie Umfragen gezeigt hätten, dazu, daß bei einer reinen Parteienwahl die Menschen nicht zur Wahl gingen. In der Tat gaben bei Umfragen nur gut 40 % der Wahlberechtigten an, daß sie sicher zur Wahl gehen würden. Gegen diese Personalisierung trat v.a. OKP und Walesa auf. Sie führt zur Zersplitterung des Parlaments wie bisher und erschwert die Schaffung von Koalitionen, denn so gewählte Abgeordnete ließen sich vielschwieriger in eine Fraktionsdisziplin einbinden. Durch eine extreme Personalisierung werde auch die Herausbildung politischer Parteien behindert, denn nicht deren Programme seien dann für die Wählenden maßgeblich, sondern die persönliche Meinung eines einzelnen Kandidaten bzw. einer einzelnen Kandidatin. Die Herausbildung eines Parteiensystems sei aber für die Überlebensfähigkeit einer Demokratie notwendig, wie das die funktionierenden Demokratien Westeuropas zeigten. Als Kompromiß schlugen sie vor, die Ankreuzung von Personen auf den Parteilisten als Möglichkeit zuzulassen. Wenn ein Kandidat oder eine Kandidatin dann mehr als 25 % der Stimmen erhält, müsse sie bzw. er bei der Verteilung der Mandate von der Partei berücksichtigt werden.

Der Streit um das Wahlgesetz ist eindeutig von den Wahlchancen bestimmt, also taktisch. Das PC und ihre Wahlkoalition „Bürgerallianz“ „Zentrum“ (POC) muß gegen eine starke Personalisierung auftreten, haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten doch, wie Umfragen zeigen, kein hohes Ansehen in der Bevölkerung oder sind ihr unbekannt. Die andere politische Partei aus der „Solidaritäts“-Bewegung, die UD, zeigt mit ihrer Ablehnung des Kompromißvorschlags, sowohl das Ankreuzen von Personen wie auch das Ankreuzen einer Partei allein als Möglichkeit zuzulassen, ebenfalls, daß es ihr nur um Wahlstimmen geht. Die Begründungen, es geht um die polnische Demokratie, sind unglaublich. Es geht um die Parlamentsmandate. Das ist zwar natürlich, denn bei Wahlen geht es immer um Verteilung von Macht, und mit einem Wahlgesetz werden wichtige Weichen gestellt. Aber dadurch, daß diese Diskussion mit hehren Worten wie Demokratie, Gerechtigkeit usw. geführt wurde, die Bevölkerung aber durchaus den wahren Charakter der Diskussion erkannte, wurde die Ablehnung der Organisationen aus der „Solidaritäts“-Bewegung bei der Bevölkerung eher größer, genauso wie die Gefahr einer niedrigen Wahlbeteiligung.

Das Wahlsystem

Polen hat heute zwei Kammern, den Sejm und den Senat. Der Sejm setzt sich aus 460 Abgeordneten aus 37 Wahlkreisen zusammen. Davon werden 115 in Unterwahlkreisen gewählt, wo nur ein Mandat vergeben wird. Hier gilt das Mehrheitswahlrecht. 276 Abgeordnete werden in Wahlkreisen, wo mehrere Mandate vergeben werden, im Verhältniswahlrecht gewählt — z.B. im Wahlkreis Warschau 17 Mandate — und 69 Abgeordnete über die Landeslisten im Verhältniswahlrecht aller abgegebenen Stimmen. Hier werden nur Organisationen berücksichtigt, die mindestens 5 % der Stimmen im Landesdurchschnitt erhalten haben.

Kandidieren können nicht nur Parteien, sondern auch gesellschaftliche Vereinigungen, z.B. Gewerkschaften, Wahlbündnisse aus Parteien und gesellschaftlichen Organisationen usw. Es ist auch möglich, in einigen Wahlkreisen mit einer gemeinsamen Liste, in anderen gegeneinander zu kandidieren. Wer kan-



Die deutsche Minderheit, von der Bundesregierung und dem „Bundesverband der Vertriebenen“ mit Geld und Sachmitteln massiv gefördert, tritt mit eigenen Listen zu den Parlamentswahlen an. Bild: Transparente beim Kohl-Besuch in Polen 1989.

didieren will, muß ein Wahlkomitee gründen. Diese Komitees stellen dann Wahllisten auf. Ein Wahlkomitee wird zentral registriert, wenn dessen Wahllisten in mindestens zwei Wahlkreisen, für die es jeweils mindestens 5000 Unterschriften von Wahlberechtigten nachweisen muß, von der Kreiswahlkommission bestätigt werden. Weist ein Wahlkomitee die korrekte Aufstellung in fünf Wahlkreisen nach oder sammelt 5000 Unterschriften in den Wahlkreisen, wo es kandidiert — z.B. im ersten 20000, im zweiten 35000 —, kann es in den übrigen Wahlkreisen ohne Unterschriftensammlung von Wahlberechtigten kandidieren. Wahlkomitees von nationalen Minderheiten müssen in diesem Fall in mindestens zwei Wahlkreisen kandidieren oder 20000 Unterschriften sammeln.

Kandidaten bzw. Kandidatinnen können nur Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit sein, die in den letzten fünf Jahren ihren Wohnsitz in Polen hatten. Damit besitzen diejenigen, die in den letzten Jahren aus Polen emigriert sind, kein passives Wahlrecht. Hätte es diesen Passus in der Verfassung bereits vor den Präsidentschaftswahlen im November 1990 gegeben, hätte sich z.B. Tyminski nicht zur Wahl stellen können. Bei der Wahl muß der Name einer Person auf den Wahllisten angekreuzt werden. Wird nur die Liste angekreuzt, ist die Stimmabgabe ungültig.

Der Senat besteht aus 100 Abgeordneten und wird nach dem Mehrheitswahlrecht in Wahlkreisen mit zwei oder drei Mandaten gewählt. Die Wahlkreise hier entsprechen den Wojewodschaften. Für die Kandidatur eines Kandidaten bzw. einer Kandidatin müssen im Wahlkreis 3000 Unterschriften gesammelt werden. Im Ausland lebende polnische Staatsangehörige müssen sich über die polnische Botschaft im jeweiligen Land registrieren lassen. Sie können ihre Stimmen nicht mehr wie bisher über zwei von ihnen Bevollmächtigte abgeben.

Die Finanzierung des Wahlkampfes muß drei Monate nach dem Wahltag vor der Staatlichen Wahlkommission offenlegen werden. Jede Person, die ein Wahlkomitee mit mehr als 5 Mill. Zl unterstützt, ist der Kommission namentlich zu melden. Ebenso müssen dort alle Institutionen unabhängig von der Höhe der Geldsumme gemeldet werden, wenn sie eine Wahlliste unterstützen. Der Aufwand pro Wahlkreis darf für die Sejmwahl nicht mehr als 100 Mil. Zl und für die Wahl zum Senat nicht mehr als 33 Mill. Zl überschreiten.

Im Rundfunk und Fernsehen wird den Wahllisten Zeit zur Vorstellung ihrer Programme eingeräumt, sie können aber auch noch zusätzliche Sendezeit im Fernsehen kaufen.

Die Wahllisten

Anfang September wurden 65 Wahlkomitees in den Wahlkreisen zugelassen, davon 29 Wahlkomitees landesweit. Sie bestehen entweder aus Mitgliedern einer Partei wie die der UD oder aber sind Wahlbündnisse. Zwar kandidieren in keinem Wahlkreis alle 65 Listen, trotzdem aber hat jede Liste eine feste Nummer, die für alle Wahlkreise gilt. Die Nummern bestimmen die Reihenfolge in den Wahlbüchern und wurden ausgetragen.

Aus dem ehemaligen „Solidaritätsländer“ kandidieren in fast allen Wahlkreisen die UD, die mitte-rechts orientierten

Wahlbündnisse „Bauern-Allianz“ (PL) und POC, die ebenso orientierte Gewerkschaft „Solidarität“, der wirtschaftsliberale KLD sowie die sozialdemokratischen Organisationen „Solidarität der Arbeit“ (SP) und „Demokratisch-Soziale Bewegung“ (RDS). Bündnisse oder Absprachen bei der Wahl zum Sejm gibt es unter ihnen eigentlich nur zwischen SP und RDS sowie ab und an zwischen „Solidarität“, PL, POC und der rechten „Katholischen Aktion zur Wahl“ (WAK), bei der Wahl zum Senat auch zwischen UD, KLD und POC.

Von den ehemaligen bereits in der Volksrepublik existierenden Parteien bzw. deren Nachfolgeorganisationen kandidieren landesweit die SD allein, die PSL im Bündnis „PSL-Programmatisches Bündnis“ und die „Sozialdemokratie der Republik Polens“ (SDRP) im „Bündnis der Demokratischen Linken“ (SLD). Diese Parteien ist es nicht gelungen, die Grenzen früherer Bündnisse zu überspringen. Weiter wird ihnen das Etikett „postkomunistische“ Organisationen zu sein, angeheftet.

In mehrere kleinere Wahlbündnisse sind die zahlreichen katholischen christdemokratischen Kräfte zersplittet, darunter gibt es zwei „größere“ Bündnisse. Da ist einmal das konservative Wahlbündnis „Christliche Demokratie“ („ChD“) um Sila-Nowicki, zum anderen die rechte, fundamentalistische „Katholische Aktion zur Wahl“ (WAK) um die ZChN. Während die „ChD“ zwar konservativ und rechts steht, aber diskussionsbereit ist, tritt die WAK kämpferisch mit Kreuzzugsmentalität z.B. bei der Abtreibungsfrage auf und für die Festschreibung katholischer Grundsätze in die zukünftige Verfassung Polens ein. Dieser Zusammenschluß wäre weitgehend bedeutungslos, wenn er nicht durch Teile der Kirchenhierarchie gefördert worden wäre. So sah sich selbst die konservative katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ aus Krakau gezwungen, diese Tatsache aufzugreifen und in ihrer Zeitung zu verurteilen.

Nahezu landesweit kandidieren noch zwei Bündnisse aus ökologischen Organisationen. Wegen Fehlern bzw. Fälschungen bei der Unterschriftensammlung im Wahlkreis Warschau kann die Partei „X“, die Partei Tymiskis, zur Freude der meisten anderen Organisationen nur in vier Wahlkreisen kandidieren. Alle übrigen Zusammenschlüsse kandidieren regional, wie z.B. die Wahlliste der „Frauenkoalition“ (KSK), eine ökumenische Bündnisliste und die rechtsextreme Liste „Bürgerwahlkomitee der Rechten für die Unabhängigkeit“ (OKWP) oder nur in einem Wahlkreis.

Eine gesonderte Rolle spielen die regionalen Wahlkandidaturen der nationalen Minderheiten. Für ihre Kandidatur gelten erleichterte Bedingungen. Hier gibt es einen größeren Zusammenschluß, den „Wahlblock der Minderheiten“ (WBM) aus ukrainischen, litauischen und tschechisch-slowakischen Organisationen. Eigenständig dagegen kandidiert das „Weißrussische Wahlkomitee“ (BKW) und die Deutsche Minderheit (MN). Das „Weißrussische Wahlkomitee“ (BKW) stellt keine eigene Landesliste auf, sondern kandidiert auf der liberalen UD.

— (Wulf Schade, Mitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland)

Stellungnahmen zu Kommunalwahlen in Niedersachsen

Faschisten in Kommunalparlamenten — CDU bleibt stärkste Partei — Linke Bündnisse erhalten Ratsmandate

Mit Mandaten in Oldenburg (2% / 1), Nordenham (4,5% / 2), Braunschweig (1% / 1) und Göttingen (1% / 1) sind linke Bündnisse in den Räten vertreten. Die mit offenen Listen angetretene DKP in Nordhorn hat 2 (bisher 5) Ratsmandate (4,5%) und ein Mandat (bisher 2) im Kreistag (1,8%) erhalten. In Hannover (0,6%), Celle (1,0%) und Delmenhorst (0,8%), wo ebenfalls linke Bündnisse kan-

didierten, wurden Mandate nur knapp verfehlt. Gegen die politische Entrechtung der nichtdeutschen Bevölkerung hatte sich in Göttingen die „Liste Ausländerinnen und Ausländer“ gewendet, die vom Wahlausschuß, u.a. mit Hinweis auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil, abgelehnt wurde. Das fehlende Wahlrecht für die nichtdeutsche Bevölkerung stärkt faschistische und reaktionäre Parteien.

Faschistische, reaktionäre und wirtschaftsliberale Positionen gestärkt

Bei einer rückläufigen Wahlbeteiligung von 68,3% (1986: 72,1%) bleibt die CDU nach dem 6. 10. 91 in den Gemeinden und Kreisen Niedersachsens stärkste Partei. Trotz Verlusten von 2,9%, insbesondere in ihren Hochburgen, erhält 43,1% gleich 7955 Mandate (1986: 8725). Die FDP erhöht ihren Anteil um 1% auf 5,9% und steigert ihre kommunalen Mandate von 480 auf 735. Die Republikaner, die mit rassistisch-völkischen Lösungen gegen Ausländer und Asylbewerber in 2 Städten und 5 Landkreisen kandidierten, konnten überall Mandate erzielen. Mit 21 Mandaten für die Republikaner (u.a. Hannover, Hildesheim, Celle und Delmenhorst) und zweien für die NPD werden Faschisten die Kommunalparlamente für ihre Politik nutzen. Die ÖDP, die in 2 Städten und 5 Landkreisen kandidierte, erhält 5 Mandate. Rechtskonservative Wählergemeinschaften, u.a. in Wolfsburg, Hannover, Hildesheim und Celle, konnten ihre Mandate weiter steigern und sind in Städten und Landkreisen mit Fraktionsstärke vertreten.

Die SPD, mit 40,2% bei Verlust von 0,3%, kann mit 6945 Mandaten ihren Stand von 1986 halten (6906). Sie verliert insbesondere in ihren städtischen Hochburgen. So sind die SPD-Ratsfraktionen in den Städten Hannover (-5,4%), Braunschweig (-2,1%), Salzgitter (-3,0%) und Wolfsburg (-2,6%) verkleinert. Mit 6,3%, bei einem Zuwachs von 0,9%, können die Grünen ihre Mandate in den Stadträten und Kreistagen von bisher 405 auf nun 660 steigern. Hinzu kommen noch Mandate, die die Grünen im Rahmen von Wählergemeinschaften in der Stadt Hannover (GABL) und in den Landkreisen Goslar und Uelzen erzielt haben. Wenngleich die SPD, gestützt auf die Gewinne der Grünen, „rechnerisch“ in der Lage ist,

künftig 22 der 38 Landräte und acht der neun Oberbürgermeister der kreisfreien Städte zu stellen, so wird sich faschistische, reaktionäre und wirtschaftsliberale Politik gestärkt in den Kommunalparlamenten finden. In Braunschweig z.B. wird die SPD, in Abgrenzung zum Mandat der Linken Liste, neben den Grünen der FDP Einfluß auf den Stadtrat einräumen. In Hannover, wo SPD und GABL nur noch 33 von 65 Ratsmandaten haben, wird die Einflußnahme grüner Politik auf den Stadtrat, gerade in Fragen Expo 2000 und „Haushaltssanierung“, eher geschwächt sein. Die linken, antikapitalistisch und antifaschistisch orientierten Wahlbündnisse waren, bei Stimmengewinnen der Grünen, erfolgreich. Die weitere Arbeit, auch dort, wo sie kein Mandat erzielten, ist, auf Grundlage der gemeinsam erarbeiteten programmatischen Positionen möglich und eine Voraussetzung für eine linke Kandidatur zu den Landtagswahlen in 1994.

Das Ziel von SPD und Grünen, über die Wahlen ihre Landespolitik in den Kommunalparlamenten durch stabile Mehrheiten zu untermauern, ist nicht eingetreten. Politische Vorhaben der SPD/Grünen-Landesregierung, die Unterstützung verdienen, werden aus den Kommunalparlamenten weiter unter Druck kommen, und es steht zu befürchten, daß dies seinen Niederschlag in der Landespolitik findet, so z.B. hinsichtlich der Ausländer- und Asylpolitik (z.B. Bleiberecht) der Sozialpolitik (z.B. Sozialhilfe, ambulanter Schwangerschaftsabbruch), der Bildungspolitik (z.B. Gesamtschulen) und der Rechts- und Verfassungspolitik. Die CDU sieht „in dem Ergebnis eine gute Basis für die Landtagswahlen im Jahre 1994“, um neuerlich die Landesregierung zu stellen.

(Quellenhinweis: vorläufiges amtliches Wahlergebnis/Landeswahlleiter; HAZ v. 7. u. 8. 10. 91) — (gec, rec)

Wir freuen uns über unseren Wahlerfolg bei der Kommunalwahl in Braunschweig und auch darüber, daß in anderen Städten Niedersachsens jetzt ebenfalls Kandidatinnen und Kandidaten linker Bündnisse in Stadträten vertreten sind. Uns freut auch, daß die alternativen Kräfte im Braunschweiger Rat mit dem fünften Mandat für die Grünen gestärkt sind. Genugtuung empfinden wir darüber, daß die CDU mit ihrer ausländerfeindlichen, rassistischen Propagande

didierten, wurden Mandate nur knapp verfehlt. Gegen die politische Entrechtung der nichtdeutschen Bevölkerung hatte sich in Göttingen die „Liste Ausländerinnen und Ausländer“ gewendet, die vom Wahlausschuß, u.a. mit Hinweis auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil, abgelehnt wurde. Das fehlende Wahlrecht für die nichtdeutsche Bevölkerung stärkt faschistische und reaktionäre Parteien.

Linke Liste Braunschweig

da keine Mehrheit gefunden hat. Trotz Stimmengewinnen für die FDP gibt es keine Mehrheit für die antisoziale Politik von FDP und CDU.

Daß es erstmals eine gemeinsame Kandidatur linker Kräfte gab, ist in unseren Augen ein wesentlicher Grund für den Wahlerfolg der Linken Liste Braunschweig. Die gemeinsame Kandidatur bot Menschen die Möglichkeit, ihre Ablehnung von rassistischer, unsozialer und undemokratischer Politik mit ihrer

Wahlentscheidung auszudrücken. Wir wollen mit unserem Ratsmandat die außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen für soziale, antirassistische, friedenspolitische Ziele unterstützen. Wir bieten den Initiativen unserer Ratsmandat für eine solche Zusammenarbeit an. Mit Hilfe des Ratsitzes für mehr Offenheit über alles, was in Rat und Verwaltung geschieht, zu sorgen, ist unser Ziel.

Linke Liste Braunschweig 8. 10. 91

Linke Liste Göttingen

Die Kommunalwahl vom 6. Oktober 1991 hat in der Stadt und im Landkreis Göttingen eindeutige SPD-Grüne-Mehrheiten gebracht. Im Göttinger Rat ist diese Mehrheit komfortabel. Die CDU mußte geringere Stimmeneinbußen hinnehmen als noch vor wenigen Wochen erwartet. Ausländerfeindliche Stimmungsmache und die von rechtsextremen Kräften entfachten Überfälle auf Ausländer und Asylbewerber schafften ein öffentliches Klima, das die CDU als „Law and Order-Partei“ begünstigte. Unerfreulich sind die Stimmenergebnisse für die sogenannte Freie Wahlgemeinschaft, die wieder im Stadtrat mit einem Mandat und im Kreistag mit jetzt zwei Mandaten, darüber hinaus in einigen Gemeinde- und Ortsräten vertreten ist. Daß bei dieser Wahl

weder NPD noch Rep in Göttingen kandidierten, läßt nicht den Schluß zu, daß für die Neonazis in Göttingen kein Wählerpotential vorhanden ist. Die LLG protestiert gegen den Ausschluß der ausländischen Bevölkerung von den Kommunalwahlen, der das Wahlergebnis verfälscht. Erstmals hat die LLG zur Ratswahl in Göttingen kandidiert und konnte auf Anhieb ein Ratsmandat erringen. Das Ergebnis für die LLG zeigt, daß sich das Bündnis verschiedener linker Organisationen und Einzelpersonen bewährt hat. Die LLG wird sich entschieden einer finanziellen Ausplünderei der werktätigen Bevölkerung zur Sanierung der kommunalen Finanzen widersetzen. Wir treten ein für ein kommunales Entschuldungsprogramm zu Lasten des Bundes. Für diese Forderung suchen wir innerhalb und außerhalb des Stadtrates Unterstützung. Linke Opposition der LLG im Rat bedeutet, sich als politischer Anwalt außerparlamentarischer Aktionen und Bewegungen zu betätigen, sich der sozialen Interessen der arbeitenden Menschen anzunehmen, der Arroganz und Selbstgefälligkeit aus den Reihen der etablierten Parteien entschieden zu begegnen, den Finger auf die wunden Punkte Göttinger Kommunalpolitik zu legen und nach Kräften Öffentlichkeit und Transparenz herzustellen. In diesen Bemühungen hofft die LLG auf die Unterstützung ihrer Wählerinnen und Wähler, denen wir für ihre Stimmenabgabe herzlich danken, und all der Menschen in Göttingen, denen eine konsequente, unbestechliche und linke Opposition im Stadtrat am Herzen liegt.

Linke Liste Hannover

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis hat die Linke Liste Hannover, ein Bündnis von Mitgliedern aus BWK, DPK, PDS, antifaschistischen Organisationen, verschiedenen Bürgerinitiativen und ehemaligen Grünen, mit 0,6% — gleich 4 038 Stimmen — nur knapp ein Mandat für den Stadtrat verfehlt, was nun der CDU zugefallen ist.

In Hannover geht der rechte Block gestärkt aus den Wahlen hervor. Erstmals sind mit den Republikanern (2) und der ÖDP (1) faschistisch/rassistische Positionen im Rat vertreten. Die FDP konnte sich auf 4 Mandate verbessern und die reaktionäre Wählergemeinschaft „WfH“ bildet mit zwei Ratsmandaten eine Fraktion. Bei Verlusten von 5,4% für die SPD (27) und Gewinnen von 1,3% bei der GABL (6) stellen beide Parteien nur noch 33 von 65 Ratsmandaten.

Die Stärkung faschistischer, reaktionär-konservativer und wirtschaftsliberaler Positionen im Stadtrat wird in den nächsten fünf Jahren dazu genutzt werden, um die Interessen der großen Konzerne und der Geschäftswelt noch stärker zur Geltung zu bringen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der hier lebenden Menschen weiter zu verschlechtern. Die Durchsetzung der Expo mit ihren sozialen und politischen Folgen wie Mietsteigerungen, die „Sanie-

rung des Stadthaushaltes“ über Privatisierung und Gebühren erhöhungen, die Ausgrenzung und Diskriminierung von sozial Schwachen und Andersdenkenden, die Entrechtung der nichtdeutschen Bevölkerung und die rassistische Hetze gegen Asylbewerber haben eine breitere Basis im Stadtrat erhalten. Die Einflußnahme grüner Politik auf die SPD und damit den Stadtrat wird, trotz Gewinnen der GABL, eher geschwächt sein. Die Vertretung linker, antikapitalistischer Politik im Stadtrat wäre schon von Nutzen gewesen.

Wir halten fest, daß die Kandidatur der Linken Liste Hannover einen Fortschritt in der Bündnispolitik der Linken darstellt. Nur gemeinsam waren wir in der Lage, diese Kandidatur durchzuführen. Daß diese Kandidatur nicht dazu geführt hat, linke Politik im Rathaus zu vertreten, liegt nicht an dem fehlenden Widerstand gegen kapitalistische und faschistische Politik sondern an der Tatsache, daß unser Bündnis noch zu eng war und noch zu wenig in Hannover tätig und organisierte Kräfte zusammengeführt hat. Es liegt an der Tatsache, daß mit nur 7 Monaten die Zeit knapp war, um unsere Politik gegen das vorherrschende politische Klima in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Daß diese Art Bündnispolitik erfolgreich sein kann, zeigt sich anderenorts. Die Stärkung faschistischer, reaktionär-konservativer und wirtschaftsliberaler Positionen im Stadtrat wird in den nächsten fünf Jahren dazu genutzt werden, um die Interessen der großen Konzerne und der Geschäftswelt noch stärker zur Geltung zu bringen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der hier lebenden Menschen weiter zu verschlechtern. Die Durchsetzung der Expo mit ihren sozialen und politischen Folgen wie Mietsteigerungen, die „Sanie-

ring des Stadthaushaltes“ über Privatisierung und Gebühren erhöhungen, die Ausgrenzung und Diskriminierung von sozial Schwachen und Andersdenkenden, die Entrechtung der nichtdeutschen Bevölkerung und die rassistische Hetze gegen Asylbewerber haben eine breitere Basis im Stadtrat erhalten. Die Einflußnahme grüner Politik auf die SPD und damit den Stadtrat wird, trotz Gewinnen der GABL, eher geschwächt sein. Die Vertretung linker, antikapitalistischer Politik im Stadtrat wäre schon von Nutzen gewesen.

Wir halten fest, daß die Kandidatur der Linken Liste Hannover einen Fortschritt in der Bündnispolitik der Linken darstellt. Nur gemeinsam waren wir in der Lage, diese Kandidatur durchzuführen. Daß diese Kandidatur nicht dazu geführt hat, linke Politik im Rathaus zu vertreten, liegt nicht an dem fehlenden Widerstand gegen kapitalistische und faschistische Politik sondern an der Tatsache, daß unser Bündnis noch zu eng war und noch zu wenig in Hannover tätig und organisierte Kräfte zusammengeführt hat. Es liegt an der Tatsache, daß mit nur 7 Monaten die Zeit knapp war, um unsere Politik gegen das vorherrschende politische Klima in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Daß diese Art Bündnispolitik erfolgreich sein kann, zeigt sich anderenorts.

Die Stärkung faschistischer, reaktionär-konservativer und wirtschaftsliberaler Positionen im Stadtrat wird in den nächsten fünf Jahren dazu genutzt werden, um die Interessen der großen Konzerne und der Geschäftswelt noch stärker zur Geltung zu bringen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der hier lebenden Menschen weiter zu verschlechtern. Die Durchsetzung der Expo mit ihren sozialen und politischen Folgen wie Mietsteigerungen, die „Sanie-

schaften mit ihren Ideen beteiligen.“ Die Grünen kandidierten in der Stadt Nordenham nicht.

(Quellen: versch. Ausgaben der „Kreiszeitung Wesermarsch“, ANL-Informationsblatt, Nordwest-Zeitung, 7. 10. 91) — (jot)

Alternative Liste Nordenham

Bei den Kommunalwahlen am 6. 10. konnten in Nordenham die „Alternative Nordenhamer Liste“ (ANL) 1819 Stimmen (4,5%) und zwei Sitze gewinnen. Die ANL betrachtet sich als linke Alternative zu CDU, SPD und FDP. Schwerpunkte des Wahlprogramms sind Wohnungsbau, Umwelt- und Frauenpolitik. In einem Interview mit der „Kreiszeitung Wesermarsch“ (13. 9. 91) sagte der ANL-Sprecher und jetzige Ratsherr Thomas Bartsch dazu: „Beim Wohnungsbau sollte der ökologische Aspekt wie die Vermeidung von Ballungssiedlungen Beachtung finden. Insbesondere muß bei Alt- und Neubauten darauf geachtet werden, daß die Mieten nicht überhöht sondern bezahlbar sind ... Nach der Schließung zweier Großbetriebe in den letzten Jahren, muß die Ansiedlung neuer Industrien angestrebt werden. Hierbei sollen sich die Gewerk-

, „Trotz Stimmeneinbruch: Wahlerfolg und klarer Auftrag für die DKP!“ Was niemand — außer uns! — geglaubt hat, ist bei der Kommunalwahl dennoch eingetreten: Die DKP ist mit Hilfe ihres festen Wählerstamms nach wie vor sowohl im Nordhorner Stadtrat als auch im Grafschafter Kreistag vertreten. Klar: Berausend ist das Wahlergebnis nicht; dennoch mit 4,5% im Rat und 1,8% im Kreistag sind wir in den kommunalen Vertretungen des Kreises und der Stadt weiterhin anwesend. Und das lautstark! Zwei Sitze in der Stadt und ein weiterer im Kreistag sind für uns Grund genug, unsere Politik der konsequenten Interessenvertretung und der entschlossenen Arbeit für Arbeitnehmerrechte, gegen

Sozialabbau und Düsenflieger-Lärmtor mit aller Kraft fortzusetzen.“

(Quelle: Die Rote Spindel, Betriebszeitung der DKP Nordhorn, 7. 10. 91)

Linke Liste Oldenburg

Die Oldenburger Linke Liste (OLLI) gewann bei den Kommunalwahlen 3929 Stimmen (2,0%) und erreichte damit einen Sitz. Im Programm bezeichnete sich die OLLI als „linkes Personenbündnis“ und wendet sich „gegen das Patriarchat, Kapitalinteressen (von Banken, Bauunternehmen, Spekulanten und ...), und Bürokratie. OLLI stellt die Menschen, ihre Bedürfnisse und langfristigen Interessen in den Mittelpunkt ihrer Politik, nicht Privilegien, Posten und Profite.“ Das Selbsthilfe-Bündnis in Delmenhorst, ebenfalls ein linkes Wahlbündnis, erhielt 863 Stimmen (0,8%) und kein Ratsmandat. (Quelle: Programm der OLLI Nordwest-Zeitung, 7. 10. 91) — (jot)

DKP-Bezirksvorstand Niedersachsen

Seit über einem Jahr gibt es in Niedersachsen in vielen Städten und Gemeinden die Bemühungen, rote runde Tische, linke Listen und ähnliche Einrichtungen zu organisieren. Viele sind getragen von sehr unterschiedlichen Kräften links von Grünen und SPD: Zum Beispiel vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), ehemaligen Angehörigen der DS („Demokratische Sozialisten“), PDS, DKP, Bürgerinitiativen, Frauenbewegung und unabhängigen Linken.

Die DKP Niedersachsen hat zu der Bezirksdelegiertenkonferenz im März 1991 ihre Thesen zur Kommunalpolitik entwickelt. Darin heißt es unter anderem: „Die bundesdeutschen, so auch die linken Kräfte in Niedersachsen, sind politisch und organisatorisch weitgehend handlungsunfähig. Der politische und staatliche Zusammenbruch in Osteuropa und die Annexion der DDR durch die Bundesrepublik bewirkt unter den linken Kräften offenkundige Orientierungslosigkeit. Die Sammlung linker Kräfte, die Forcierung aktiver politischer Schritte wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.“ Die Praxis hat unsere Einschätzung schneller eingeholt, als wir das zu hoffen wagten.

Die Aktivitäten während des Wahlkampfes und die Ereignisse der Wahlen selbst zeigen, daß die Kandidatur der linken Wahlbündnisse einen Fortschritt in der Zusammenarbeit der Linken darstellt. Die Wahlbündnisse verstanden sich von Anfang an als antikapitalistisch und antifaschistisch. Das beinhaltet eine neue Herangehensweise an kommunalpolitische Themen. Die Bündnisse wollen radikale Opposition sein. Sie wollen Sprachrohr der außerparlamentarischen Initiativen und Gruppierungen auf kommunaler Ebene sein. Daß diese Art von Bündnispolitik erfolgreich sein kann, zeigen die Ergebnisse in Oldenburg, Braunschweig und Göttingen mit einem Ratssitz für linke Bündnisse und in Nordenham mit zwei Mandaten für das dortige Bündnis. Das zeigen auch die in Nordhorn erzielten zwei Sitze für die DKP.

Rechte Aufmärsche verhindern

München: Deutsche Liga plant „Mahnwache“ vor der ZAS

München / Köln. Wenige Wochen vor der Direktwahl des Ausländerbeirats in München (10. November), an der rund 65.000 wahlberechtigte Ausländerinnen und Ausländer teilnehmen werden, kündigte die Deutsche Liga für den 16. November eine „Mahnwache“ vor der Zentralen Aufstelle für Asylsuchende (ZAS) in der Untersbergstraße an. Verantwortlich zeichnet der bayerische Landesbeauftragte der Deutschen Liga, Franz Glasauer. Sprechen sollen auch der Europaabgeordnete Neubauer (ehemaliger Republikaner) und der Münchner Stadtrat Peter Recknagel (Republikaner).

Eine von der „Fraktion Deutsche Liga im Rat der Stadt Köln“ für den 10. Oktober angesetzte „Mahnwache“ vor der ZAS in Köln war auf heftigen Widerstand von kirchlichen bis linken Gruppen gestoßen, die diese Provokation nicht hinnehmen wollten. 6000 Leute demonstrierten gegen die Hetze der Deutschen Liga und gegen die brutalen Überfälle auf Ausländer. Die Kölner Polizei verbot den Faschistenaufzug vor der ZAS. Das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte das Verbot.

„Wir sind für die Aufnahme von politisch Verfolgten, lehnen aber das zur Zeit übliche Sozialschmarotzertum von

über 90 % der Asylbewerber entschieden ab.“

So begründen die Faschisten mit übler Verleumdung das Anliegen ihrer Mahnwache in München: Schnellrichter an den Grenzen und grenznahe Sammelunterkünfte, damit abgelehnte Asylbewerber sofort abgeschoben werden können. In München hat Anfang Oktober eine Demonstration des Bayerischen Flüchtlingsrates gegen jegliche Änderung des Asylgesetzes mit rd. 3.500 Teilnehmern eindrucksvoll die Solidarität großer Teile der Bevölkerung mit dem Schicksal asylsuchender Frauen und Männer aus aller Welt gezeigt. Auch in München formiert sich deshalb der Widerstand gegen diese faschistischen Umrüste. Ein Schülerrat verschiedener Schulen hat bereits eine Demonstration angekündigt. Gruppen aus dem Friedensbündnis, aus der Aktionseinheit „WWG 1992“ und Teile des DGB bereiten zusammen für den 9. November eine Demonstration gegen „staatlichen Rassismus“ vor. Aus dem Büro der 2. Bürgermeisterin Csampai (die Grünen) wurde zugesagt, sich entschieden für das Verbot der faschistischen Belagerung des Asylantenheimes stark zu machen.

Siehe auch Antifaschistische Nachrichten Nr. 22/91 — (ecg)

Aus der Verbotsverfügung der Kölner Polizei

Vor dem aktuellen, emotional aufgeheizten Hintergrund landesweit — auch im Großraum Köln — sich häufender tätlicher Übergriffe auf Asyltenunterkünfte stellt sich der Zweck ihrer Versammlung als Werbung und weitere Emotionalisierung der Bevölkerung dar und regt gleichzeitig an, in der Stadt Köln ebenfalls gegen Asylbewerber bzw. deren Unterkünfte sowie öffentliche Einrichtungen, die mit Asylrechtsangelegenheiten befaßt sind, tätig vorzugehen.

Durch den Inhalt Ihrer Presseerklärung vom 1. 10. 1991 sind bereits Andersdenkende zu Gegenaktivitäten herausgefordert worden, z.B. das Aktionsbündnis gegen Ausländerfeindlichkeit. Dementsprechend muß mit Aktionen in unmittelbarer Nähe der ZAS gegen die von Ihnen angemeldete Mahnwache gerechnet werden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit bei Zusammentreffen Andersdenkender z.B. mit Teilnehmern Ihrer Veranstaltung auf dem Roncalli-Platz am 14. 9. 1991 (Mahnwache zu einem der nunmehr beabsichtigten Mahnwache verwandten Thema) und am 20. 9. 1989 in Köln-Mauenheim zeigen, daß bei diesen Veranstaltungen die öffentliche

Sicherheit trotz eines massiven Aufgebots aller verfügbaren Polizeikräfte erheblich gestört wurde. Nach derzeitiger konkreter Lageeinschätzung wird die von Ihnen geplante Mahnwache zu einer unmittelbaren Gefährdung und Störung der öffentlichen Sicherheit führen, ohne daß an dem konkreten Versammlungsort wegen der örtlichen Gegebenheiten auch starke Polizeikräfte dies verhindern können; es muß mit Körperverletzungsdelenken, Sachbeschädigung und erheblichen Verkehrsstörungen gerechnet werden.

OVG Münster bestätigt das Verbot

Die demnach gebotene Interessenabwägung geht auch nach Ansicht des Senats zu Lasten der Antragsteller aus. Das Interesse der Antragsteller sowie von Versammlungsteilnehmern daran, die Versammlung in der gegenwärtigen, durch zahlreiche Täglichkeiten gekennzeichneten Situation unter einem derartigen, seinerseits auf gewaltsame Lösung hindeutenden und deshalb zu Gewaltanwendung bereite Personen anziehenden Motto durchführen zu können, muß hinter dem öffentlichen Interesse am wirksamen Schutz von Leib und Leben der von Ausschreitungen bedrohten Ausländern zurückstehen.

Ku-Klux-Klan in der BRD gegründet

Bielefeld. Ein Bericht des *Spiegel* über Gründungen des rassistischen US-Geheimbundes wurden vom Polizeipräsidium Bielefeld bestätigt. Am 16. 10 berichtete die *Neue Westfälische Zeitung*: „Der Polizeipräsident sieht in der Gruppe eher eine Randerscheinung. Die Ku-Klux-Klan-Gruppe habe in Ostwestfalen höchstens 20 Mitglieder. Diese Gruppe hat Beziehungen zu Skinheads in der Region, aber auch zu Neonazis in Berlin und Cottbus ... Bereits im April gab es in einem Wald im Kreis Herford ein großes Treffen von Neonazis und Skinheads. Eingeladen hatten die Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland ... In Ostwestfalen versucht die Gruppe, die ausländerfeindliche Stimmung auszunutzen und Skinheads als Hilfsgruppen zu mobilisieren.“ Strafrechtliche Maßnahmen seien bisher nicht eingeleitet worden. — (stb)

Brandanschlag auf Reihenhaus in Seesen

Seesen / Goslar. In der Nacht zum 4. 10. zündeten bisher unbekannte Täter in Seesen ein Reihenhaus an, in dem eine deutsche und zwei türkische Familien leben. Ein Anwohner wurde von lauten Rufen wie „Ausländer raus“ und „Macht die Türken kaputt“ geweckt und rief die Feuerwehr. Von den zwölf Bewohnern wurden zwei wegen Verdacht auf Rauchvergiftung kurzfristig ins Krankenhaus eingeliefert. Nicht nur in Seesen ist dieser Anschlag mit Empörung in der Bevölkerung aufgenommen worden. Am darauffolgenden Montag, dem 7. 10., fand ein Schweigmarsch mit ca. 1.500 Teilnehmern in der Seesener Innenstadt statt. Aufgerufen hatten die katholische und evangelische Kirche sowie der Stadtjugendring. Mit einem Gottesdienst wurde die Veranstaltung geschlossen, was eine Diskriminierung aller Nichtchristen bedeutet. Laut Polizeibericht fanden vom 27. 9. bis zum 4. 10. in Niedersachsen 24 ausländerfeindliche Aktionen statt. — (suo)

BASF-Dioxin-Unfall 1953 noch immer abgeschlossen

Ludwigshafen. 1953 kam es bei der BASF zu einem Unfall mit dem Seveso-Gift TCDD. Eine Todesfallstudie der BASF 1989 untersuchte 247 Personen: 127 waren an Chlorakne erkrankt. 78 waren bis 1987 verstorben, 23 an Krebs. Den Leidensweg der Opfer bis zur Anerkennung ihrer Erwerbsunfähigkeit bei der Berufsgenossenschaft Chemie schildert ein Rechtsanwalt am Fall eines 57-jährigen mit allen Vergiftungserscheinungen wie Kreislaufstörungen, vegetativen Nöten, Chlorakne und Rückgang der Gehirnmasse. Ihm wurden 20 % Unfallrente ab 1955 gezahlt. Er mußte die Petitionsausschuß des Bundestages anrufen, um eine Rente von 50 % (DM 847,80 mtl.) ab 1987 zu erhalten. — (mil)

Demonstrationen gegen Rassismus und Ausländerhass

Konstanz/Ulm. Rund 600 Menschen demonstrierten am 19. Oktober in Konstanz gegen die Pogrome gegen Ausländer. Zu der Demonstration hatte ein vor wenigen Monaten gegründeter Arbeitskreis Asyl aufgerufen, in dem neben Gewerkschaften, Kirchen, Grünen auch die ALL und verschiedene Einzelpersonen mitarbeiten. In den Kundgebungsreden wurde zur Unterstützung von Ausländern und Flüchtlingen aufgerufen. Die DGB-Vorsitzende Gisela Reitzammer führte aus, seit dem „Sommerloch“ werde „Haß geschürt und dadurch Gewalt geerntet“. Der Redner der Kirchen wollte den Kundgebungsteilnehmern Mitleid an der Situation einreden und forderte zur verstärkten Kontaktaufnahme mit Flüchtlingen auf. Die ALL war mit einem Flugblatt präsent, in dem auf den Zusammenhang von Regierungspolitik und faschistischer Gewalt hingewiesen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge gefordert wurde.

„Flüchtlinge schützen gegen Ausländerhetze, Pogromstimmung und Rassismus“ — diesem Aufruf von Flüchtlingsrat Ulm/Alb-Donau und über 100 Einzelpersonen folgten am 19. Oktober fast 3000 Menschen zu Kundgebung und Demonstration in der Ulmer Innenstadt. Das Bündnis umfaßte bürgerliche Kräfte, Grüne, Christen, Linke, Gewerkschaften. Im letzten Moment hatte auch die CDU zur Teilnahme aufgerufen. Autonome Antifaschisten, Devrimci Isci und MLPD folgten jeweils eigenen Aufrufen und bildeten eine eigene Gruppe bei der Kundgebung. Der Flüchtlingsrat will seine Arbeit fortsetzen und Kontakte zwischen Ulmer Einwohnern und Flüchtlingen im Durchgangslager organisieren. — (elr, jug)



Essen. „Asylrecht ist Menschenrecht“, unter dieser Losung beteiligten sich am 12. 10. 2500 bis 3000 Leute an einer der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Es redeten Vertreter von Flüchtlingsinitiativen, ÖTV, evangelischen Kirche und die Oberbürgermeisterin. In der Folge sahen sich immerhin die Initiativen gegen Flüchtlingsheime genötigt, gewaltsame Übergriffe zu verurteilen. — (syb; Bild: M.Sch.)

Neun Thesen der Arbeiterwohlfahrt

„Die Asyldiskussion gefährdet den Rechtsstaat“

Weinheim. Der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt hat im Oktober die folgenden Thesen zur derzeitigen Asylpolitik und -hetze veröffentlicht: — (bef) I. Aggression, Halbwahrheiten und Rassismus beherrschen die Diskussion über Asylbewerber, Flüchtlinge und Aussiedler. Die verbale Aggression verstärkt die bereits alltäglichen Pogrome. II. Vergiftete Sprache dringt in das Denken ein und entlädt sich in krimineller Energie. Die Parteien müssen verantworten, daß ihre Sprache in Gewalt umschlägt. Asylbewerber, Flüchtlinge und auch Aussiedler werden als Asylbetrüger vorverurteilt. Ihnen wird Mißbrauch des Asylrechts vorgeworfen, schon deshalb, weil sie eingereist sind. Ihre Einreise wird in Bildern einer Naturkatastrophe dargestellt, als Überflutungen, Strome, Überschwemmungen, denen ein Dammbruch vorausgegangen ist. III. Bei fortwährender Vergiftung der Sprache erscheint es Pogromtätern als legitime Notwehrhaltung, diese Katastrophe abzuwehren. Ihnen erscheint Terror gerechtfertigt — vor allem dann, wenn sie auf Beifall oder schweigende Sympathie in der Bevölkerung rechnen. Diese Entwicklung ist politisch verdeckt worden. Diese Schuld muß abgrenzen statt einander zugeschoben. Eine Fortsetzung der fremden-

feindlichen Abwehrdiskussion in den Parteien wird die Zahl der Pogrome weiter vermehren.

V Unsere Bevölkerung muß die Wahrheit erfahren, damit sie Einsicht in das Notwendige gewinnen kann.

Verleidung und Verfolgung bestimmen in großen Teilen der Welt, auch in Europa, das Schicksal der Menschen. Keine Verfassungsänderung, kein Gesetz werden verhindern, daß Menschen in Europa Schutz vor Elend oder Verfolgung suchen.

In einer Festung Europa werden wieder der Rechtsstaat noch Wohlstand bestehen bleiben.

VI Wahrheit ist, daß die Mehrheit der Flüchtlinge vor Abschiebung rechtlich geschützt ist. Wer nicht ausreisen muß und deshalb nicht abgeschoben werden kann, mißbraucht kein Recht und betrügt niemanden.

VII Wahrheit ist, daß weder Bevölkerungsdichte noch der Aufwand für Sozialleistungen es rechtfertigen, von Überlastung der Bundesrepublik zu sprechen. Probleme der Versorgung sind lösbar, wenn der politische Wille dazu besteht.

VIII Wahrheit ist, daß Europa an Vertriebungen durch Elend und Verfolgungen mitwirkt, durch Waffenexporte, die Schuldenkrise der Dritten Welt und die Verweigerung gerechter Rohstoffpreise.

Deshalb fordern wir politische Planung, die Einwanderung und den Schutz von Flüchtlingen verwirklicht.

Durch Entscheidungen, die festlegen:

— wieviel Einwanderung unsere vergrößerte Gesellschaft braucht, um den Sozialstaat zu erhalten;

— daß wir Menschen aufnehmen, deren Leben durch Verfolgung, Hunger oder Krieg akut gefährdet ist und vor Ort nicht geschützt werden kann;

— daß Menschen Schutz finden, die sich weigern, an Kriegen und Verfolgungen teilzunehmen;

— daß Menschen Schutz finden, die verfolgt werden wegen ihrer Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat oder Herkunft, ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung. Unsere Verfassung sichert diesen Schutz allen Menschen, nicht nur Deutschen zu.

IX Erst dann, wenn dies festgestellt und politisch vertreten wird, kann unserer Bevölkerung vermittelt werden, daß Europa seinen Wohlstand teilen muß und der demokratische Rechtsstaat die Menschenrechte zu wahren hat.

Der Prozeß der Einigung Deutschlands findet Sympathie in der Welt aber weckt auch skeptische Befürchtungen.

Wir verlieren viel, wenn als Ergebnis der Vereinigung Fremdenfeindschaft und Pogrome als erneuertes Nationalbewußtsein verstanden werden.“

Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit

Oldenburg. Am 9. 10. folgten ca. 1000 dem Aufruf der SV des Neuen Gymnasiums zu einer Demonstration durch die Oldenburger Innenstadt. In dem Flugblatt dazu heißt es: „In den letzten Tagen und Wochen wurden unzählige Asylantenheime, unter anderem in Hoyerswerda von rechtsextremen Skinheads mit dem Ziel angegriffen, die dort leben. Flüchtlinge aus den Städten zu vertreiben. Auch die Zunahme der Wählerstimmen für neofaschistische und ausländerfeindliche Parteien ist Grund genug, sich mit den Ursachen einer solchen Entwicklung und möglichen Lösungsansätzen des Problems auseinanderzusetzen.“ Dem Zug wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten“ vorangetragen. — (jot)

„Wird Deutschland Zigeunerland?“

München. Mit dieser provokativen Überschrift wirbt die DVU in einer Anzeige der *Nationalzeitung* vom 11. 10. 91 für die Mitarbeit in der DVU, der Initiative für Ausländerbegrenzung und dem Ehrenbund Rudel: „Wer will, daß unser Land deutsch bleibt und nicht Zigeunern ausgeliefert wird, muß sich jetzt sofort zu den politischen Kräften bekennen und die unterstützen, die sich dem Wahnsinn entgegenstemmen.“ Ausgehend vom Wahlergebnis in Bremen wird die nächste Großkundgebung der DVU als der „stärkste rechte Kraft“ für den 14. 3. 92 in Passau angekündigt. An den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 5. 4. 92 will sich die DVU mit einem „Sensationsergebnis“ beteiligen. — (uth)

Freilassung von Knud und Ralf!

Wie der Staatsschutz den Widerstand einschüchtern will

Hamburg. Am 29. 7. verfolgten zwei Zivilpolizisten vom Stadtteilzentrum Rote Flora (Hamburger Schanzenviertel) aus die beiden Aktivisten aus den dortigen politischen Zusammenhängen, Knud und Ralf, auf einer Fahrt nach Pinneberg. Dort wollen die Observanten die beiden in einem Café verloren haben. Einige Zeit später raste ein Eilzug der Bundesbahn über eine 8 cm dicke Gehwegplatte, ohne daß ein Schaden entstand. Kurz darauf nahmen die beiden Zivilfahrer Knud und Ralf an deren Auto unter dem Vorwand fest, sie hätten die Gehwegplatte auf die Gleise gelegt.

Die „Beweise“ sind geradezu lächerlich: Sie behaupten, Knud und Ralf beobachtet zu haben, als diese zum Zeitpunkt, als der Zug über die Betonplatte fuhr, auf der Hochbrücke gestanden hätten. Trotz der Aufforderung Knuds und Ralfs zu sofortiger „Spurenicherung“ (ob sich etwa an ihrer Kleidung Betonspuren fanden) wurde diese abgelehnt.

Knud und Ralf sitzen seitdem wegen des Vorwurfs des „schweren Eingriffs in den Schienenverkehr“ in Untersuchungshaft in Itzehoe. Am 20. 9. wurde die Anklage vom Amtsgericht Itzehoe auf „versuchten Mord“ erweitert, obwohl nicht nachgewiesen werden konnte, daß eine 8 cm dicke Gehwegplatte einen Zug zum Entgleisen bringen könnte. Eine Sendung im Regionalfernsehen,

in dem der angebliche Vorfall nachgestellt wurde, ergab zudem, daß die Polizisten die beiden aus der behaupteten Entfernung überhaupt nicht erkannt haben können. Zudem käme es an der betreffenden Stelle der Bundesbahnstrecke häufig vor, daß Kinder aus der Umgebung Gegenstände auf die Gleise legten.

Knud und Ralf haben in einer Erklärung u.a. geäußert: „Den uns vorgeworfenen Anschlag auf die Bahnstrecke in Pinneberg haben wir nicht begangen. Aus der persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag auch völlig ausgeschlossen ... Eine Aktion, die irgendwelche Menschen in irgendeinem Zug zu irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genau Gegenteil zu unserem Denken. Der Anschlag auf die Bahnstrecke ist nichts als terroristisch.“

Vermutlich handelt es sich um einen weiteren Versuch der Einschüchterung gegen die Szene rund um die Rote Flora. Öffentliche Aktionen sind dringlich, um nicht wieder Opfer eines Staatsschutzkalküls für Jahre hinter Gittern verschwinden zu sehen. Zur Begründung der U-Haft werden bislang keine auch halbwegs stichhaltigen Anhaltpunkte für eine Tatbeteiligung vorgelegt. An einer Demonstration am 5. 10., zu der u.a. die Volksfront aufrief, nahmen rund 150 Leute teil. — (uga)

Gewonnener Überstunden-Prozeß

Arbeitsgericht gibt Betriebsrat recht

Hamburg. Am Standort Hamburg hat die Jungheinrich AG die Fertigung der Hochregalstapler, den Kundendienst, aber auch die gesamten zentralen Verwaltungsfunktionen angesiedelt. Waren bis 1990 die unterschiedlich strukturierten Betriebsteile auch im Hinblick auf die Interessenvertretung der Belegschaft getrennt, so haben die Beschäftigten voriges Jahr einen einheitlichen Betriebsrat gewählt.

Seitdem wogt eine permanente Auseinandersetzung um Überstunden und um die Einhaltung der durch das Betriebsverfassungsgesetz vorgegebenen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates.

Überstundenanträge zu stellen wird in der Hitze des Produktionsgeschäfts einfach vergessen, die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft macht „unvorhergesehene“ Wochenendarbeit erforderlich, Kolleginnen werden bei Vernissagen, dem künstlerischen Hobby des Vorstandes, mal eben bestimmt, am Abend Sekt zu servieren.

Seit einem Jahr hat der Betriebsrat all diese Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz regelmäßig moniert und auf Gesetz und Tarifvertrag verwiesen, die eine rechtzeitige und begründete Antragstellung für Überstunden beim Betriebsrat vorsehen: Sehr häufig ist das vergebens geschehen.

Für eine solche Situation hat das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) den Paragraphen 23 Abs. 3 geschaffen, der sehr wohl in der Lage ist, einem allzu selbstherrlichen Vorstand etwas die Zügel anzulegen. Mit diesem Paragraphen kann der Betriebsrat „bei groben Verstößen des Arbeitgebers gegen seine Verpflichtungen aus diesem Gesetz (BetrVG) beantragen, dem Arbeitgeber aufzugeben, eine Handlung zu unterlassen, die Vornahme einer Handlung zu dulden oder eine Handlung vorzunehmen“.

Im arbeitsgerichtlichen Beschlussvorfahren, das sich seit Dezember 1990 hinzog, hat nun der Hamburger Betriebsrat einen Beschuß des Gerichtes erstritten, der es der Firma Jungheinrich untersagt, Überstunden ohne vorherige Zustimmung des Betriebsrates anzurufen oder zu dulden, soweit diese nicht durch unvorhergesehene Einfälle ... erforderlich werden und zugleich droht die Entscheidung des Arbeitsgerichtes der Firma Jungheinrich für jeden Verstoß gegen dieses Verbot ein Ordnungsgeld an.

Sicher, Jungheinrich wird in die zweite Instanz gehen und das Strafgeld aus der Portokasse zahlen. Aber das gerichtsnotorische Öffentlichmachmachen solcher Betriebsinnereien ist doch für den so aufs Renommee bedachten Vorstand schon recht ärgerlich ... — (hel)

Gewerkschaftsbeschlüsse gegen Deregulierung des Arbeitsmarkts

Stuttgart. Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV beschloß am 10.9.1991: „Gegen die Vorschläge der Deregulierungskommission ist Widerstand der Gewerkschaften notwendig!“ und fordert den ÖTV-Hauptvorstand auf, Aufklärungsarbeit und öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen diesen „Katalog sozialer Grausamkeiten und massiver Angriff(e) auf die Tarifautonomie“ durchzuführen. Die Mitgliederversammlung der IG Medien Stuttgart forderte am 17.10.1991 in einer Entschließung von der Bundesregierung und den Länderregierungen, alle geplanten Gesetzesänderungen zur Deregulierung des Arbeitsmarkts zu unterlassen bzw. ihnen im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern; auch wird der IG-Medien-Hauptvorstand zu Aufklärung und Aktionen aufgefordert. — (ulk)

Blaupunkt: Betriebskrankenkasse unerwünscht

Hildesheim. 62,8 Prozent der Belegschaft von Blaupunkt haben gegen die Einführung einer Betriebskrankenkasse gestimmt. Mit diesem überraschenden Ergebnis endete am 3. Oktober die Auszählung. Die Beschäftigten haben sich — trotz der in einer Betriebskrankenkasse mindestens 30 DM geringerer Beitragssummen — gegen die Konzernintressen ausgesprochen. Ausschlaggebend war dabei nicht nur die Aufklärungsarbeit der AOK, die in 2500 Hausbesuchen für die weitere Mitgliedschaft von 4000 Blaupunkt-Beschäftigten warb, sondern auch das jüngst wieder praktizierte rücksichtslose Verhalten des Boschkonzerns gegen kranke Lohnabhängige. — (mal)

Stadtobere gegen Ausländerfeindlichkeit

Norderstedt. Nach dem Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft Buchenweg am 3.10.91 war die folgende Stadtvertretersitzung von vielen mit Spannung erwartet worden: Würde es einer großen Kraftanstrengung der Öffentlichkeit bedürfen, die Stadtoberen zu bewegen, schleunigst Telefone und bessere Feuerwehranlagen in den Baracken zu installieren?

Der Magistrat war aber tatsächlich tätig gewesen und hatte z.B. Notrufanlagen bereits vor der Sitzung beschlossen. Die Grünen nutzten die Gunst der Stunde, um eine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung am 8.10.91 zu setzen: „Die Norderstedter Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter — nehmen mit Abscheu die Übergriffe auf Ausländer in Norderstedt und anderswo zur Kenntnis und verurteilen diese mit aller Entschiedenheit als menschenverachtende Akte gegen unsere Mitmenschen!

— erklären sich solidarisch mit den hier lebenden Ausländern und sichern ihnen Schutz und Hilfe in jeder geeigneten Form! — fordern alle Verantwortlichen in Regierung, Politik und Gesellschaft auf, sich gemeinsam vor Ausländer und ihre Familien zu stellen und wieder ein politisches Klima in unserem Lande herzustellen, in dem die Würde aller Menschen geachtet wird.“

Bis heute sind die notwendigen Fernmeldeeinrichtungen allerdings noch nicht eingebaut worden. Die wirklich praktische Hilfe wird von der Antifa Norderstedt und den Freunden der Flüchtlinge z.B. durch ständige Nachtwachen organisiert. — (hel)

Illegal produziert: Belegschaft soll die Folgen tragen

Geschäftsführung will nach entsprechendem Gerichtsurteil Entlassungen durchsetzen

Konstanz. Seit längerer Zeit produzierte der in Konstanz ansässige Chemiebetrieb Ravensberg auf nicht genehmigten Anlagen nach nicht genehmigten Verfahren, was ihm jetzt gerichtlich verboten wurde. Die Folgen will die Ge-

schäftsleitung auf die Belegschaft abwälzen. Verhandlungen mit der Gewerkschaft über einen Sozialplan torpedieren die Ravensberg-Kapitalisten. Für die IG Chemie sind die Verhandlungen gescheitert.

fragt danach in den Apotheken, wenn keinerlei Werbung gemacht wird?

Woher der Zuwachs kommen soll, der die Firma allein durch die Produktion der Medikamente aufrecht erhält, ist das Geheimnis des Rolf Lägeler.

Einer Einigung mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft widersetzt sich Lägeler mit den albernsten Mitteln. Der vom Betriebsrat beauftragte Rechtsanwalt mußte als „Betriebsfremder“ eine Betriebsversammlung verlassen. Dieser wird jetzt vom Arbeitsgericht feststellen lassen, daß er berechtigt ist, an solchen Versammlungen teilzunehmen. Einerseits klagt Lägeler darüber, daß der Betriebsrat sich „teure Hilfe“ sucht, andererseits ist er zu keinerlei Verhandlungen bereit.

Letztes Jahr sollte ein neuer Haistarifvertrag für die Firma Ravensberg abgeschlossen werden, es kam zu keinen Verhandlungen. Die aufgebrachte Belegschaft wurde mit fünf Prozent mehr Weihnachtsgeld beruhigt. Die IG Chemie hat den Tarifvertrag zum 31. Juli 1991 gekündigt. Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit Rolf Lägeler sind nicht in Sicht. — (db/jüg)

Unter leuchtendem Stern

Bremen: Immer mehr Sonderschichten bei Daimler

Bremen. Im Jahre 1978 begann Daimler-Benz in Bremen mit der Automobilproduktion. Bei 5,5 % lag damals die Arbeitslosenquote in der Stadt, und sie drohte weiter zu steigen. Der Senat feierte die Ansiedlung als einen großen Erfolg. Die Hoffnung bei vielen, dieser metallverarbeitende Betrieb würde die Entlassungen in der Branche auffangen, wurde enttäuscht.

Obwohl Daimler Jahr für Jahr expandierte, stieg die Arbeitslosigkeit in den Metallberufen drastisch an. 1975 waren 1288 Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallbranche arbeitslos. 1985 lag diese Zahl schon bei 4543. Es zeigte sich, daß dieser Konzern eiskalt mit den Entlassungen im Schiffbau und dem zuliefernden Maschinenbau kalkulierte, um dem Senat jedes Zugeständnis in der Bereitstellung von Gewerbeplätzen, ihrer Erschließung mit der entsprechenden Infrastruktur, Genehmigung für Nacht- und Wochenendarbeit und direkten Investitionszuschüssen abzutrotzen.

Bei heute hat sich die Werkleitung eine Belegschaft von 16000 Beschäftigten zusammengestellt, deren Durchschnittsalter mit 30 Jahren noch 3 Jahre unter dem Konzerndurchschnitt liegt. Der größte Teil pendelt täglich aus dem Umland und dem Werk hin und her. Alle Strategen der Marktwirtschaft können heute wohl kaum behaupten, daß ihre damalige Rechtfertigung für die finanziellen und anderen Standortgeschenke eingetroffen sind. Weder wurde die Arbeitslosigkeit, besonders in der Metallbranche, gedämpft, noch erhöhte die Stadt ihre Einnahmen z.B. aus der Lohnsteuer der Beschäftigten. Die vielen Pendler zahlen ihre Lohnsteuer an ihrem Wohnort — außerhalb Bremens. Trotzdem umgibt dieses Werk eine seltsame, bewundernde Aura in der Öffentlichkeit. Um die Auffassung „Man verdient gut bei Daimler“ etwas zu verunsichern, wollen wir in das Werk schauen.

Das letzte Jahr konnte die Werkleitung eine Produktionssteigerung von 11,5 % an die Konzernzentrale melden. In diesem Jahr wird fieberhaft daran gearbeitet, die Vorgabe des Vorstands zu erfüllen, die Fertigungskosten um 20 % zu senken. „Natürlich beschäftigen sich die rund 10 Rationalisierungs-Projektkräfte hier nicht mit den Gehältern unserer Vorstandsmitglieder oder ähnlichen Größenordnungen, sondern mit dem Arbeiter ... Über 19 Arbeitszeitmodelle grübeln die Herren nach. Von der 9-, der 10-Stunden-Schicht bis hin zu 3 mal 7 Stunden täglich.“

Für die 5000 Beschäftigten in der SL- und T-Modellproduktion begann das Jahr mit verlängerten Spätschichten. Zusätzlich zu den 9-Stunden-Spätschichten waren für die erste Jahreshälfte zehn Sonderschichten an Samstagen

Quelle: verschiedene Ausgaben der mutigen Belegschaftszeitung „Kollegen von Daimler informieren“ — (mij)



Als „bittere Pille“ bezeichnete das ÖTV-Tarifsekretariat, daß die ÖTV beim letzten Tarifabschluß den öffentlichen Arbeitgebern in der Frage der Wege- und Umkleidezeiten „entgegenkommen“ mußte. Nachdem die Beschäftigten auf die Straße gegangen sind (Bild: 2.10. in Hamburg) soll nun auch ein Spitzengespräch zwischen ÖTV und Krankenkasse geführt werden. — (kar)



Dortmund. 14 000 Beschäftigte von Hoesch legten am 11.10. aus Protest gegen die Übernahme durch Krupp die Arbeit nieder. Am 17.10. demonstrierten 20 000. In Gesprächen mit den Betriebsräten und der IG Metall sicherte NRW-Ministerpräsident Rau zu, daß die West LB keine Aktien an Krupp verkaufen wird, bevor ein Konzept zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen vorliegt. — (wof; Bild: M.Sch.)

Aus Ländern und Gemeinden

Ambulante Aids-Dienste nun doch gesichert?

München. Nach heftigen Protesten der Münchner Aids-Hilfe gegen die Streichung der Mittel für Pflege und Versorgung hat nun das Bayerische Staatsministerium für Arbeit, Familie und Soziales die Anschlußfinanzierung der ambulanten Dienste für Aids-Kranke in München, Augsburg und Nürnberg gesichert. Im Rahmen der Bundesmodellförderung waren den Angaben des Bundesgesundheitsministeriums zufolge bei den drei bayerischen ambulanten Diensten im Jahre 1991 24,5 Pflegekräfte mit einer Gesamtsumme von 1,25 Mio. DM als förderfähig anerkannt worden. Ab 1992 soll der Wegfall der Bundesförderung aus dem Staatshaushalt mit 1 Mio. DM sowie durch ergänzende Leistungen der Kommunen ausgeglichen werden. Die Staatsregierung hat den Ansatz für die Aids-Bekämpfung im Entwurf des Nachtragshaushaltes um 2,5 Mio. DM auf 10 Mio. DM (1992) erhöht und glaubt damit eine Förderrate von 80 % erreicht zu haben. Allerdings täuscht das finanziert wird aus diesem Haushalt auch der anonyme Aids-Test, der nicht zum Aufgabenbereich ambulanter Aids-Hilfe gehört. — (egg)

Drittmittel: Akteninsicht für Studenten verweigert

Stuttgart. An der Universität gibt es seit längerem eine Auseinandersetzung über Drittmittel im Zusammenhang mit zahlreichen militärischen Forschungsprojekten. Von studentischer Seite wird die Offenlegung der Forschungspolitik und eine Prüfung der Bewilligung von Drittmitteln gefordert. Das Verwaltungsgericht hat am 16.10.1991 die Klage des studentischen Mitglieds im Verwaltungsrat auf Akteninsicht abgewiesen: Der Student sei nicht klageberechtigt, sondern nur der gesamte Verwaltungsrat. Darüber hinaus bestehe kein Rechtsanspruch auf Einsichtnahme in alle die Drittmittelverwendung betreffenden Akten, dies liege vielmehr im „pflichtmäßigen Ermessen“ des Rektors. Die Studenten haben bereits Berufung gegen dieses Urteil eingelegt. — (evc)

Gemeinderat fordert von ABB Einhaltung von Zusagen

Mannheim. Der Mannheimer Gemeinderat verabschiedete einstimmig eine von der SPD eingebrochene Resolution an die Adresse der ABB-Konzernleitung. Wie berichtet, plant ABB allein in Mannheim 600 Entlassungen. In der Resolution heißt es: „Mit Betroffenheit hat der Gemeinderat der Stadt Mannheim von Kenntnis nehmen müssen, daß gegen früheren Aussagen die Konzernleitung von ABB weitere Einschränkungen im ABB-Standort Mannheim-Käfertal plant. Die Durchsetzung dieser Absicht würde die Bemühungen der Stadt Mannheim um Ausbau und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Mannheim in der Region Rhein-Neckar erheblich stören ... Der jetzt durch das Unternehmen angekündigte Personalabbau widerspricht früheren Erklärungen, Standort Mannheim qualitativ und quantitativ langfristig zu sichern ... Der Gemeinderat der Stadt Mannheim ordnet die ABB-Konzernleitung auf, die Maßnahmen zurückzunehmen in Gesprächen mit den Arbeitnehmervertretungen Maßnahmen zur Fortsicherung zu beraten.“ — (tht)

Fahrpreiserhöhungen bei der Stadtbahn

Hannover. Zum 1.2.92 sollen die Fahrpreise für Bus und Stadtbahn erhöht werden. Obwohl die Benutzung der Stadtbahnen gestiegen ist (5,2 % Fahrgastplus bis August '91), erhöhte sich das Defizit um 15 Millionen, weil die Kosten um 5 % gestiegen und der Ausbau des Verkehrsnets vorangetrieben worden sei. Deshalb sei eine lineare Erhöhung von mindestens 7 % notwendig, so der ÜSTRA-Vorstand. Dabei liegen die hannoverschen Verkehrsbetriebe mit einer Kostendeckung von 60 % hervorragend im bundesweiten Vergleich. Angeblich aus Steuergründen werden sogar Mindestgewinne der Verkehrsbetriebe an den Dachverband VVG abgeführt. Zahlen müssen vor allem auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesene Berufstätigkeiten und Schüler. — (ibm)

SPD-Fraktion beantragt Studium ohne Abitur

Stuttgart. Die Landtagsfraktion der SPD hat die Zulassung zum Studium an Universitäten, Fachhochschulen und PHs für Arbeitnehmer auch ohne Abitur gefordert. Als Zugangsvoraussetzung soll die Vollendung des 24. Lebensjahrs, eine mindestens vierjährige Berufstätigkeit sowie ein Berufsabschluß genügen. Neben „Gerechtigkeitszielen“ verfolge die SPD mit dem Antrag vor allem eine Erschließung bislang ungenutzter Qualifikationen für den verschärften Konkurrenzmarkt im EG-Binnenmarkt. Dennoch: eine Abschwächung der Bedeutung des Abiturs für die soziale Stellung wäre eine gute Sache. — (alk)

Opposition gegen den Sparhaushalt '92 ist schwach

Berlin. Als „Wendepunkt in der bisherigen, von Empfängermentalität gekennzeichneten Berliner Haushaltspolitik“ bezeichnete Finanzsenator Pieroth (CDU) den von ihm vorgelegten Entwurf. Der Haushalt sei „ökonomisch vernünftig und sozial ausgewogen. Ausstattungs- und Leistungsvorsprünge gegenüber anderen Bundesländern würden abgebaut, der Personalplan um 10 000 Stellen reduziert“. Der weitere Abbau um 15–20 000 Stellen ist bereits angekündigt. Die Opposition kritisiert die soziale Unausgewogenheit. Von der Notwendigkeit des Sparsens scheinen aber alle mehr oder weniger überzeugt. Dabei sind viele Vorhaben des Senats pure Augenwischerei. Die Übertragung von Kitas an freie Träger bedeutet zukünftig mehr Zuschüsse, die Fremdvergabe von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten wie Wäschewaschen Erhöhung der Sachausgaben. Für die Beschäftigten bedeuten sie schlechtere Tarife und Arbeitsbedingungen. Viele „Sparbeschlüsse“ sind arbeitnehmerfeindlich. Die geplante Schließung der Betriebskrankenkasse und Eingliederung in die AOK führt zur Beitragserhöhung für Arbeiter, da diese nicht zu einer Ersatzkrankenkasse wechseln können. Die damit bezweckte Senkung des AOK-Satzes nützt hauptsächlich den Kapitalisten, die diesen Plan deshalb befürworten. Die einzelnen Sparmaßnahmen treffen unterschiedlich große Bevölkerungsgruppen. Der Widerstand z.B. in Form von Demonstrationen der Erzieher, Behinderten- und Selbsthilfegruppen beginnt, ist aber vereinzelt. Es fehlt eine zusammenfassende Kraft. — (har)

Schließung von Adler bisher verhindert

Erfolgversprechende Verbindung von gewerkschaftlichem und städtischem Widerstand

Frankfurt. Am Dienstag den 22.10.91 stand auf der Tagesordnung des Aufsichtsrates der zu 98,5 % zum Olivetti-Konzern gehörigen Triumph-Adler AG: Verkauf des Grundstücks der Adler-Werke in Frankfurt; Stilllegung des Betriebs Frankfurt Kleyerstraße von Triumph-Adler mit seinen 650 Beschäftigten bis spätestens Jahresende 1992. Mit dem erhofften 500 Mio-Erlös aus dem Grundstücksverkauf will der Olivetti-Konzern Verluste an anderer Stelle ausgleichen. Ist der Betrieb Frankfurt erst dichtgemacht, würde die Stilllegung der beiden letzten Betriebsstätten von TA in Nürnberg und Schwandorf beschleunigt, da Frankfurt auch Zulieferer im Konzern ist. Die Schreibmaschinenproduktion würde nach Singapur verlegt. Vier Monate braucht man dafür, so ein Olivetti-Manager, und die Lohnkosten würden dort mit 3 DM/Stunde nur mit einem Zehntel der hiesigen zu Buche schlagen. Die Laptop- und Notebook-Produktion würde nach Italien verlegt.

Seit die Belegschaft von diesen Plänen erfahren hat, kämpft sie. Innerhalb der letzten 20 Tage waren wohl 8–10 Tage Betriebsversammlung: im Saal, auf dem Hof, auf der Straße, auf dem Weg zum Römer, auf dem Römerberg. Betriebsrat und IG Metall haben ein Produktionskonzept vorgeschlagen, mit dem das Frankfurter Werk über Jahre noch rentabel zu betreiben sei. Die Laptop- und Notebook-Produktion könnte wie geplant verdreifacht werden und der Rückgang der Schreibmaschinenproduktion ausgleichen. Weiterentwicklungsmöglichkeiten bei PCs und Laptops mit Schrift- und Spracherkennung sind vorhanden, für Kunststoffbearbeitung in unterschiedlichen Formen ist Fachwissen und Maschinerie vorhanden.

Den Olivetti-Konzern interessiert aber nicht mehr die Industrieproduktion

in Frankfurt. Sind doch nicht weit von der Kleyer-Straße für das Telenorma-Gelände am Eingang zum Gallus-Viertel bereits über 20 000 DM für den Quadratmeter erlost worden. Die stückweise Umwandlung des Wohnquartiers in Büro- und gehobenen Wohnraum im Gefolge der Grundstücksspekulation kann man täglich beobachten. Das Ende der Adlerproduktion wäre auch der Anfang vom Ende weiterer Gewerbebetriebe und günstigen Wohnraums für die Arbeiterbevölkerung im Gallus. Für Verlagerungs- und Schließungsabsichten anderer Betriebe — nach Auskunft der IG Metall Frankfurt sind zur Zeit ca. 5000 Jobs in der Metallindustrie bedroht — wäre kein Halten mehr.

Die Zentralisierung der Konzern- und Bankverwaltungen nach Frankfurt, die Auslagerung oder Einstellung der Industriebetriebe hat die Kommune vor immer schwerer lösbarer Verkehrs- und Wohnraumprobleme gestellt. In den Gewerken haben in den letzten Jahren intensive Diskussionen über die Stadtentwicklung eingesetzt. Das bereitet den Boden für den überraschenden Stadtverordnetenbeschuß vom 2. Oktober:

„... Die Stadtverordnetenversammlung solidarisiert sich mit den Interessen der Belegschaft und ihrer Gewerkschaft IG-Metall und unterstützt den Magistrat bei seinen Bemühungen um den Erhalt der Arbeitsplätze im Gallus.“

Sollte das Unternehmen Triumph-Adler nicht bereit sein, zum Erhalt der gewerblichen Arbeitsplätze beizutragen, so wird die Stadtverordnetenversammlung nicht zögern, von ihren planungsrechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Sie beauftragt den Magistrat für diesen Fall, einen Aufstellungsbeschuß für einen Bebauungsplan vorzulegen, der

einen spekulativen Grundstückserlös ausschließt.“ Der Beschuß wird auch von der CDU mitgetragen, auf die die Handwerkskammer einwirkt.

Die Möglichkeit, das Gelände weiter für Industriebetrieb, Wohnungsbau oder gar Sozialwohnungsbau auszuweisen, könnte den Grundstückswert bis auf ein Zehntel fallen lassen. Dieser Beschuß entfalte enorme Wirkung. Inzwischen hat der TA-Vorstand dem Betriebsrat 200 Arbeitsplätze an anderer Stelle vorgeschlagen. Die Drohung der Belegschaft, mit 100 Leuten nicht nur nach München zur Aufsichtsratssitzung zu fahren, sondern auch dem Olivetti-Stand auf der gleichzeitigen dort stattfindenden Computer-Messe Systems einen Besuch abzustatten, hat jetzt bewirkt, daß der Beschuß über die Schließung des Werks Frankfurt für die Sitzung am 22.10. von der Tagesordnung genommen wurde.

Die IHK Frankfurt bekämpft den städtischen Plan. Frankfurt sei nur noch als Industrieverwaltungsstandort sinnvoll: Vertrieb, Service, Forschung und Entwicklung und natürlich Konzernleitung solle sich hier niederlassen, nicht jedoch „einfache Produktion“. Er halte nichts davon, „Industriereservate“ aufrechtzuerhalten, daraus würden nur „Industriemuseen“ — so Dr. Wolfgang Lindstaedt am 12.10.91 in der Hessenschau.

Erhält der Magistrat jetzt weiter öffentliche Rückendeckung für seine Haltung und die Belegschaft von Adler aktive Solidarität? Ein Solidaritätskomitee hat sich — auch unter Beteiligung der örtlichen „Industriefarre“ gegründet. Solidaritätsadressen sollten an den Betriebsrat Triumph-Adler, Kleyerstr. 32, 6000 Frankfurt geschickt werden.

Ein Konto ist eingerichtet: Kennwort „Adler bleibt“, Frankfurter Sparkasse Kto 373079, BLZ 50050201. — (gst)



Mehrere Betriebsversammlungen der Triumph-Adler-Belegschaft wurden auf die Straße vor dem Werksgelände verlegt.

CDU-Mehrheit beschließt Polizeigesetz

Neue Geheimpolizei/Uferlose Polizeigewalt gegen „Verdächtige“ und „Kontaktpersonen“

Stuttgart. Am 16. Oktober beschloß der baden-württembergische Landtag gegen die Stimmen von SPD, FDP und Grünen ein neues Polizeigesetz. Kernpunkte sind der Einsatz „verdeckter Ermittler“ und die Ausstattung der Polizei mit nachrichtendienstlichen Befugnissen. Unter dem Deckmantel der „Prävention“ werden schrankenlose und unkontrollierbare Praktiken der Besitzelung und Verfolgung von Leuten, die „verdächtig“ sind oder werden könnten oder „Verdächtige“ kennen..., legalisiert. Die CDU forderte, das Polizeigesetz müsse bundesweit Schirmherrschaften leisten, und warf der Opposition vor, die „Aufweichung“ des Gesetzes zu betreiben. Es sei zu bedauern, daß in Bonn beim Gesetz gegen organisierte Kriminalität „... wirksame Maßnahmen zur Straftatenbekämpfung, wie die Abhörunterstützung des nichtöffentlichen gesprochenen Worts, gestrichen wurden“.

Die Grünen haben das Gesetz bereits in der ersten Lesung im Juni als „Ernächtigungsgesetz“ abgelehnt und im Innenausschuß beantragt, alle Regelungen über verdeckte Ermittlungsmethoden

zu entfernen bis zur Klärung durch Bundesgesetz, „inwieweit im Vorfeld eines konkreten Verdachts polizeiliche Eingriffsbefugnisse statuiert“ werden können. Die SPD begründete ihre Ablehnung vor allem mit der Nichtaufnahme eines Richter vorbehalt bei den verdeckten Ermittlern und der Rasterfahndung sowie mit der Erlaubnis des finalen Rettungsschusses. Die FDP hatte ebenfalls Richter vorbehalt und die Aufnahme eines ausdrücklichen Verbots von „milieugerechten Straftaten“ verlangt.

Am Vorabend fand eine Veranstaltung der Baden-württembergischen Strafverteidiger e.V. und der Neuen Richtervereinigung e.V. statt mit etwa 20 Leuten, ganz überwiegend Juristinnen und Juristen. Von den Referenten — Rechtsanwalt Rainer Röder, Richter Rainer Wolf und Heiner Busch von der Redaktion „Bürgerrechte und Polizei“, Berlin — wurde dort begründet, warum das Gesetz rundweg abzulehnen sei. Ein paar der mit vielen Fakten und Beispielen dargestellten Kritikpunkte: Das Konzept der „vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten“ bedeute Polizeipräsenz

überall, wo die Begehung oder Planung von Straftaten für möglich gehalten werden; die bisher immer gezogene Trennung zwischen Prävention und Strafverfolgung sei nicht mehr möglich. Parallelen zur faschistischen Rechtsordnung seien deutlich. Über den verdeckten Ermittlern werden Teile des Strafverfolgungsapparats in kriminelle Strukturen eingebunden und mafiahähnliche Verhältnisse geschaffen. Zum Hauptargument der CDU — „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ — wurde angeführt, daß es dabei z.B. im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität zu so gravierenden Verletzungen rechtsstaatlicher Grundsätze einerseits und so geringen „Erfolgen“ andererseits komme, daß das Mittel-Zweck-Verhältnis nicht vertretbar sei. Zudem müsse man sich fragen, warum so viele Menschen glauben, es in unserer Gesellschaft ohne Drogen nicht aushalten zu können. Gegen diese neue Geheimpolizei, gegen die polizeiliche Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche rufen die Veranstaeter zur Gründung einer Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ auf. — (evc)

Fremdenhaß in den neuen Bundesländern

Hoyerswerda ist zum Negativsymbol geworden, das steht fest! Aber wo liegen die Ursachen? Wenn man einigen Fernseh- und Pressestimmen Glauben schenkt, dann ist es der in der DDR nie aufgearbeitete, vielmehr in einer Art „komunistische Form“ verwandelte deutsche Faschismus, der hier wirkt, die jetzt sichtbaren Verhaltensweisen wurden durch die SED-Herrschaft sozusagen konserviert. Für ehemalige DDR-Bürger erinnert das alles ganz fatal daran, daß in diesem untergegangenen Staat die Schuld für alle nicht gelösten Probleme immer beim imperialistischen Feind lagen.

Tatsache ist, daß es in der DDR nicht gelungen war, die Ausländer wirklich zu integrieren, aber offenen Haß wie heute gab es nicht, und er brauchte folglich auch nicht mit polizeistaatlichen Mitteln unterbunden zu werden. Bei allen Fehlern, die die SED gemacht hat, hilft der ausschließliche Blick nach hinten nicht, die wirklichen Ursachen umfassend zu finden.

Der jetzt in den neuen Bundesländern sichtbar werdende Fremdenhaß richtet sich nicht, wie es gern dargestellt wird, gegen die Ausländer an sich, sondern zuerst, vielleicht sogar ausschließlich, gegen Ausländer, die in Deutschland arbeiten oder, was schlimmer ist, auf so-

ziale Unterstützung angewiesen sind. Menschen, die in dieses Land kamen, um ein wenig besser zu leben. Ausländer, die die Grenze der ehemaligen DDR nach Deutschland überschritten, kamen in der Regel auf der Grundlage von Regierungsabkommen, d.h. nicht illegal, sondern auf ausdrücklichen Wunsch. Die Unterbringung dieser Menschen in der ehemaligen DDR war kein ausgemachter Luxus, aber gemessen an den in der DDR vorhandenen Wohnungsproblemen nicht unter dem Durchschnitt der ehemaligen DDR-Bürger. Diese Ausländer sind mit dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft fast ausschließlich zu ungeliebten Kostgängern geworden.

Andere Ausländer, die zahlungsfähig sind, die hier ihr Geld ausgeben wollen, sind willkommen.

Die ungeliebten Ausländer sind die, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen und, falls das nicht gelingt, uns auf der Tasche liegen. Die sollen dahin zurückgehen, wo sie hergekommen sind. Wir haben hier selbst keine Arbeit, und unser Arbeitslosengeld beträgt weniger, als die jeden Monat erhalten. Außerdem verhalten sie sich nicht so, wie sie sich verhalten sollten. Das sind Argumente der Menschen von Hoyerswerda, die die aktiven Maßnahmen der Neonazis gegen

die Ausländer zum Teil befürworteten oder nicht verhinderten.

Es ist nicht zu bestreiten, daß der deutsche Faschismus auf dem Nährboden sozial ungeloßter Probleme entstanden ist. Das deutsche Volk war 1933 bereit, jenen zu folgen, die im Lichte der Weltwirtschaftskrise eine bessere Welt versprachen. Die sozialen Probleme, die aus ungeloßten ökonomischen Problemen entsprangen, waren es, die den Weg ins Chaos vorbereiteten. Wie ist es

Geschichte wiederholt sich nicht, das ist sicher eine richtige Erkenntnis. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß die Maßnahmen, die jetzt zur Entschärfung der durch die Ausländerpolitik hervorgerufenen Probleme ergriffen werden sollen, keine Lösung bringen können. Jetzt soll, wenn man den Nachrichten Glauben schenkt, mit der ganzen Schärfe der Gesetze gegen Ausländerfeindlichkeit vorgegangen werden. Das gewalttätige Vorgehen gegen Ausländer kann mit polizeistaatlichen Mitteln nicht allein bekämpft werden. Wer garantiert, daß diese Maßnahmen auf die Personengruppe begrenzt bleiben, die Gewalt ge-

gen Ausländer anwendet? Gewalt mit Gewalt zu beantworten, ist keine Lösung.

Weiter ist vorgesehen, die Masse der Ausländer, denen das Recht auf politisches Asyl verweigert wird, so schnell wie möglich abzuschließen. Das kann die Lage in Deutschland vielleicht zeitweilig entschärfen, aber kein Ausländer, der hier nur den Versuch gemacht hat, ein wenig besser als bisher zu leben, und abgeschoben wurde, wird seine Behandlung jemals vergessen. Ein Afrikaner hat oft nach seiner Abschiebung nur die Wahl, auf der Straße zu verhungern oder kriminell zu werden, um zu überleben. Falls er die Absicht hat, ins reiche Deutschland zurückzukehren, muß er den erfolglosen Versuch unternommen haben, seine Regierung zu stürzen, oder mit den Regierenden in seinem Lande zumindest in der Fehde liegen.

Das kann zu seiner Anerkennung als politischer Flüchtling führen. Die ist aber keineswegs automatisch gegeben, falls die Bundesrepublik Deutschland gute Beziehungen zu diesem Land unterhält. Jemanden indirekt aufzufordern, sich mit seiner Regierung zu überwerfen

als Bedingung für Asyl, scheint fragwürdig, auch wenn diese Formel die allgemeine Zustimmung der Öffentlichkeit hat. Diese Maßnahmen führen deshalb in eine Art Sackgasse.

Ein gangbarer Ausweg läge offenbar darin, die durch die Abrüstung und die Überproduktion freiwerdenden Mittel und Kapazitäten zu nutzen, um den Völkern, deren Mitbürger jetzt in die reichen Länder drängen, zu helfen, selbst ein menschenwürdiges Dasein zu organisieren. Solange aber mehr Geld aus diesen Ländern heraus- als hineinfliest, ist diese Aufgabe praktisch nicht lösbar. ein Konflikt größerer Ausmaßes programmiert. Dieser Konflikt wird wahrscheinlich zu einzelnen Terroraktionen von Menschen führen, die aus ihrer Sicht ungerecht behandelt wurden. Gewalt führte in der Geschichte zu neuer Gewalt, die dann, national betrachtet, Gerechtigkeit heißt. Wenn eine solche Entwicklung verhindert werden soll, müssen die Ursachen, die in den weltwirtschaftlichen und sozialen Dispositionen liegen, beseitigt werden. Falls das nicht erfolgt, sind weitere soziale Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden, unausweichlich. Offen bleibt, ob sie Faschismus oder Gerechtigkeit heißen.

— (W.T.)

Kommentiert

Monolog über den Dialog

45 Jahre lebten die Deutschen getrennt in zwei Staaten, die zu entgegengesetzten sozialökonomischen Systemen und militärischen Bündnissen gehörten und einander feindlich gegenüberstanden. Es hat lange gedauert, ehe das Eis des kalten Krieges zwischen ihnen aufbrach und ein beiden Seiten nutzender deutsch-deutscher Dialog in Gang kam. Die Dialogpolitik wurde zum Markenzeichen der DDR-Politik; Außenminister Fischer galt bei seinen Kollegen in Ost und West als Mann des Dialogs und des Ausgleichs. Glanzstück der DDR-Dialogpolitik war jenes „Dialog — jetzt erst recht!“ nach dem NATO-Doppelbeschuß und der Stationierung der ersten US-amerikanischen nuklearen Mittelstreckensysteme in der BRD. Moskau wollte damals bekanntlich anderes. Und natürlich zählt zu den Glanztaten auch das zwischen SED und SPD ausgehandelte und vereinbarte Papier über den „Streit der Ideologien“. Freilich war die zwischenstaatliche Dialogpolitik vor allem dem Ziel untergeordnet, den Anspruch Bonns, für alle Deutschen zu sprechen, zurückzuweisen und die DDR als gleichberechtigten Staat in der internationalen Gemeinschaft zu verankern.

Der von der SED bei Bedarf und dann spektakulär in Szene gesetzte Dialog im Innern der DDR war doppeltödig, hatte er doch das (unausgesprochene) Ziel, Andersdenkende zu neutralisieren, wo nicht gar zu bekämpfen. Ein Dialog von Partnern, die sich vorbehaltlos als gleichberechtigt und gleichwertig anerkennen, war das nicht, sondern stets ein Dialog in und mit aus der Sicht der SED klar bestimmten Grenzen. Nur einige (wenige) Intellektuelle und Oppositionelle versuchten, den Dialog grenzüberschreitend und grenzenlos zu führen.

Ein gesamtgesellschaftlicher Dialog entwickelte sich erst in der Endzeit der DDR; seine Blüte fällt mit der Amtszeit der Regierung Modrow zusammen. Die Institution des „Runden Tisches“ war etwas völlig Neues in der Entwicklung deutscher demokratischer Strukturen, auch wenn der dort geführte Dialog zuweilen eher einem Schlagabtausch denn einem kulturvollen Sachgespräch glich. Seine Wirkung war vielleicht auch deshalb so groß, weil er grell zu der vorangegangenen Periode der Sprachlosigkeit des SED-Politbüros kontrastierte. Bonn sympathisierte mit dem Dialog nur in jenen Aspekten, die zur weiteren Demontage der DDR und der sie noch stützenden Kräfte beitrugen. Sobald aber grundsätzlich neue demokratische Werte mit vielleicht sogar gesamtdeutschem Anspruch ins Spiel kamen, unternahmen Bonner Politiker alles, um diese Gefahren zu neutralisieren. Fol-

gerichtet begann mit der Regierung der Maizière auch der Abbau des gesamtgesellschaftlichen Dialogs in der DDR. Diskussionen über Wege zu einem echten demokratischen Umbau der Gesellschaft und des Staates paßten einfach nicht in ein Konzept, das allein darauf ausgerichtet war, das westliche System ohne jeden Abstrich und so schnell wie möglich dem Osten überzustülpen. Sieger wollen und brauchen keinen Dialog. Sie haben gewonnen. Auch die SPD versäumte — ob aus schlechtem Gewissen, blindem Revanchedenken der SED gegenüber oder auch nur aus Unfähigkeit, die historische Chance für eine demokratische Erneuerung der Gesellschaft in Deutschland zu erkennen — die Möglichkeit, sich an die Spitze des überfälligen neuen innerdeutschen Dialogs zu setzen. Das spricht für die Annahme, daß die SPD zu DDR-Zeiten im Dialog auch nur ein Mittel zur Aufweichung und Zersetzung der SED sah. Heute verweigert sie sich aus Konkurrenzverwägungen heraus dem Dialog mit der PDS. Wie aber erklärt sich das auffällig passive Dialog-Verhalten mancher Exponenten der einst so engagierten Bürgerbewegungen? Haben sie vor den nun zu lösenden Problemen kapituliert? Genügt ihnen die Welt bürgerlicher (Geld-)Scheindemokratie? War ihr Engagement auf der Dialogbühne der DDR nur kontraproduktiv konzipiert, und reicht es nun nicht mehr zur Konstruktivität des Mitredens und -tuns? Ihr politisches Überleben steht und fällt jedenfalls mit ihrem Willen und ihrer Fähigkeit, am Dialog in der verkrusteten Gesellschaft der nun größeren, aber nicht besser gewordenen BRD teilzunehmen. Die PDS kann das nicht; denn sie ist ausgegrenzt und verfeindet. Zwar übt sie sich bis zur Zerreißprobe im innerparteilichen Dialog, aber in den Augen der Öffentlichkeit mindert das eher ihren Wert als Dialogpartner. Und da das Dialogstreben der PDS zwangsläufig auch zugleich auf die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung in der Gesellschaft abzielt, gerät sie leicht in den Verdacht, nur den „Zweckdialog“ zu wollen. Die PDS kann dem nur entgegensteuern, wenn sie den Nachweis erbringt, daß sie in der Lage ist, politische Inhalte und gesellschaftliche Alternativen anzubieten, über die es sich lohnt zu streiten.

Die Linken in Deutschland-West wie -Ost haben keine Wahl: Wenn sie den demokratischen Umbau von Staat und Gesellschaft wollen, dann müssen sie im Dialog zueinander finden und zugleich den Dialog um die Gestaltung der Zukunft mit allen anderen Kräften einleiten. Versäumen sie diese Pflicht, wird in Deutschland — wieder einmal — jene gebündelte Kraft fehlen, die allein in der Lage ist, dem Rechtsradikalismus nach innen und außen sowie dem kein menschliches oder Naturgesetz achtenden Schalten und Walten des Kapitals Einhalt zu gebieten.

— (M. Walter)



Demonstration in Hoyerswerda (Bild: af/mz)

Anmerkungen zum Verhältnis der PDS zu den Gewerkschaften

Die PDS hat Probleme in der Bestimmung ihres Standortes. Die Programmdebatte ist langwierig. Unsicherheiten existieren nach wie vor auch in der Bestimmung des Verhältnisses zu den Gewerkschaften. Die Bandbreite der Positionen in der PDS ist sehr groß. Wohl beeinflußt durch Diskussionen und Positionen bei der Grünen Partei insbesondere im Zusammenhang mit den sogenannten „Überlebensfragen der Menschheit“ gibt es beispielsweise Stimmen, die statt einer aktiven Lohnpolitik einer Verzichtspolitik das Wort reden. Die Thesen der Grundsatzkommission der PDS drücken diese Haltung auch aus, indem sie feststellen: „Für viele treten diese Überlebensprobleme der Menschheit hinter den alltäglichen Sorgen um ihren eigenen Arbeitsplatz, ihr persönliches Wohl, das Wohl ihrer Familie und ihre eigene Lebensperspektive zurück.“

Die andere Seite der Bandbreite markieren Kräfte, die entschieden für die Mitarbeit in den Gewerkschaften eintreten, energische Aktionen proklamieren, obwohl sie den DGB als „sozialpartnerschaftlich“ einschätzen.

Erklärungen des Parteivorstandes, die Fragen der Gewerkschaftspolitik berühren, heben zwar immer wieder die Bedeutsamkeit der Einheitsgewerkschaften heraus, aber daraus folgt nicht viel. Öffentliche Stellungnahmen von Parteivorstandsmitgliedern lassen darauf schließen, daß die Vorstandsmitglieder auf jeden Fall nicht als welche dastehen wol-

len, die „nur“ für die Notwendigkeit des Führers von Verteilungskämpfen in den ostdeutschen Bundesländern eintreten. In dem Bestreben, als eine moderne Partei zu wirken, läßt sich u.a. auch Gregor Gysi gern auf Fragen der Zukunftsdiskussion in den Gewerkschaften ein. Das wäre nicht schlimm, wenn nicht die unterschiedlichen Aussagen über die zwei Drittel der Gesellschaft in den hochindustrialisierten Ländern und deren Verantwortung für globale Vereidlung und Umweltzerstörung so weit zurückfielen

hinter die gewerkschaftlichen Diskussionen. Selbst die Verlautbarungen des IG-Metall-Vorstands berücksichtigen bei der Problematik der sogenannten Zweidritt-Gesellschaften die Entwicklung der Profitmassen und der Profitatoren.

berücksichtigen die Umverteilung zu Gunsten der Lohnabhängigen und vergessen vor allem nicht die Interessen der gedrücktesten Schichten, der Beschäftigten nichtdeutscher Nationalität, die in hohen Maße in den DGB-Gewerkschaften organisiert sind.

Müssen die PDS-Mitglieder hinnehmen, daß der Kurs der Partei immer orientierungsloser wird? Warum kann diese Partei nicht das tun, was alle der PDS freundschaftlich gesinnten Menschen erwartet hatten?

Die PDS kann sich ohne Anmaßung der Vertretung der Interessen der Millionen Lohnabhängigen und Arbeitslosen aus den ostdeutschen Bundesländern annehmen. Die Tendenzen zur Deregulierung seitens der Kapitalistenverbände auch im Hinblick auf den Gemeinsamen Binnenmarkt verlangen nach Initiativen für gesetzlichen Mindestlohn und gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen. Die PDS kann ohne Anmaßung Errungenschaften der DDR, und es gab Errungenschaften, hinsichtlich der Sozialpolitik und der Verpflichtungen der Betriebe für Arbeitslose, für Rentner verteidigen, indem sie diese einklärt.

Die PDS kann ohne Anmaßung Elemente des selbstbestimmten Wirtschaftens in die kommunale und regionale Diskussion um neue Gesellschaftsformen und Genossenschaftseigentum einbringen und Bündnisse versuchen herzustellen.

Die PDS kann ohne Anmaßung Elemente des selbstbestimmten Wirtschaftens in die kommunale und regionale Diskussion um neue Gesellschaftsformen und Genossenschaftseigentum einbringen und Bündnisse versuchen herzustellen. Dies alles wären positive Beiträge, auf die sich Linke aus den westlichen Bundesländern gerne beziehen würden, auch in der gewerkschaftlichen Diskussion. Es käme darauf an, daß der PDS die Organisation ihrer Arbeit in den Gewerkschaften in einer Form gelänge, die ein Zusammenspiel mit anderen linken Kräften möglich macht. Dies geht in Strukturen außerhalb der Parteistruktur am besten, und es verlangt, daß man keine Fraktion mit vorgegebener Abstimmungsverhalten in den Gewerkschaften bilden will, sondern Arbeitsgemeinschaften, die frei diskutieren und arbeiten können — (brr)

Quellenhinweis: versch. veröffentlichte Dokumente der AG Gewerkschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS aus 1991

Wer lenkt die Treuhand?

Bundestag beschäftigte sich mit dunklen Geschäften der Treuhand

Grund der Anfragen von SPD-Abgeordneten im Bundestag zur Arbeit der Treuhand, insbesondere im Zusammenhang mit dem Verkauf des „Geräte- und Regler-Werks“ in Teltow, beschäftigte sich der Bundestag am 10. Oktober:

„Präsident! Meine Damen und Herren! Das erste Problem bei der Treuhand bestehen schon einmal darin, sie einen einzigartigen Zentralismus verkörpert, der sogar noch weit über den Zentralismus hinausgeht, den man in der anderen DDR bereits gewöhnt war.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Davon kennen Sie doch was!) Aber da gab es immerhin noch 15 Industrieministerien. Jetzt macht das alles Behorde.

Der zweite große Mangel besteht darin, daß in diesem Organ keinerlei Transparenz herrscht. Ich habe vor kurzem an einer Art Talk-Runde an der Humboldt-Universität teilgenommen. Dort erklärte der Stellvertreter von Frau Breuel auf eine entsprechende Frage: Kein Eigentümer redet über Verkaufspreise und gute Geschäfte.

Da liegt schon das Grundmißverständnis: Er ist nämlich nicht Eigentümer, sondern er verwaltet das Eigentum der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger, d.h. der Bewohnerinnen und Bewohner der neuen Bundesländer, jetzige Bundesägentum. Insofern hat die Öffentlichkeit sehr wohl einen Anspruch auf Information.

Das ist übrigens nicht nur unsere Forderung. Wenn Sie heute in der „Frankfurter Rundschau“ den Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung lesen, werden Sie feststellen, daß dieses Institut eine deutliche Kurskorrektur, Transparenz und Kontrolle verlangt. Das sind alles Industrielle und Wissenschaftler, die hier bisher gearbeitet haben und die aus ihrer Sicht sagen, daß die Treuhandanstalt so nicht weiter arbeiten kann.

Es wird in allen Zeitungen immer wieder über alte Seilschaften berichtet. Ich meine, wie hier schon angeklungen, daß die neuen Seilschaften dort beachtlichen Umfang angenommen haben. Wenn sie sich dann noch mit alten verbinden, wird es natürlich eine völlige Katastrophe.

(Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

— Ja.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates,

tober mit dieser Problematik. In der Diskussion dazu nahm auch der Abgeordnete Dr. Gregor Gysi (PDS/Linke Liste) das Wort. Nachfolgend der Wortlaut nach Bundestagsprotokoll:

Dr. Jens Odewald, ist zugleich Vorsitzender des Vorstandes der Kaufhof Holding AG, Köln, die sich u.a. mit der Durchführung von Immobiliengeschäften alter Art, einschließlich Immobilienentwicklung und der Verwaltung von Vermögen und Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an in- und ausländischen Unternehmen, beschäftigt. Über Beteiligung ist die Kaufhof AG an mehreren Grundstücksgesellschaften beteiligt. Dr. Odewald ist bei der Treuhandanstalt auch im Fachausschuß Immobilien tätig.

Zweites Beispiel: Das Verwaltungsratsmitglied Klaus Piltz ist Vorstandsvorsitzender der VEBA AG, Düsseldorf, und im Aufsichtsrat der VEBA Kraftwerke Ruhr AG sowie der VEBA Oel AG. Die VEBA AG, Düsseldorf, die in der Liste der 500 größten deutschen Unternehmen 1990 mit einem Umsatz von 49,2 Milliarden DM den vierten Platz belegte, hält z.B. 100 % des Aktienkapitals der Preussen Elektra AG, die am Zustandekommen des sogenannten Stromvertrages wesentlich beteiligt war, gegen den über 140 Kommunen der neuen Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Darin wird deutlich, worin diese Seilschaften bestehen.

Der Direktor des Unternehmensbereiches 4. Niederlassungen, Dr. Wolf R. Klinz, und der inzwischen beurlaubte Leiter des Bereichs Elektrotechnik/Elektronik, Harald Lang, kennen sich auf Grund ihrer gemeinsamen Arbeit für den schweizerischen Elektrokonzern Landis & Gyr. Klinz arbeitete dort im Vorstand, Lang wurde Chef der deutschen Tochtergesellschaft. Gemeinsam verscherbelten beide nach Pressemitteilungen die Geräte- und Reglerwerke, GRW, in Teltow für eine DM.

Da wird ersichtlich, wie ungeheuer kompliziert es ist, wenn man sozusagen Wirtschaftseigentümer und Manager von bestimmten Betrieben zu Beamten macht, die dann an sich selbst oder an die mit ihnen Verbündeten verkaufen.

Was brauchen wir? Wir brauchen als erstes eine öffentliche Bilanz des Vermögens der ehemaligen DDR per 3. Okto-

tober 1990, die immer noch nicht vorliegt. Wir brauchen eine öffentliche Bekanntgabe der Einnahmen und Ausgaben, und zwar konkret nach Regionen und Betrieben. Wir brauchen eine Einbeziehung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaften. Wir brauchen eine Rechenschaftslegung vor dem Bundestag, Länderparlamenten und Kommunen.

Wir brauchen endlich den Erlaß der Altschulden bei sanierungsfähigen Betrieben, insbesondere bei Wohnungsgesellschaften. Ich sage: Es kann doch nicht im Ernst so sein, daß Sie alles, was es in der DDR gab, vernichten, und nur die Schulden sollen bleiben und über Jahrzehnte hin abbezahlt werden.

Wir brauchen die Überführung von Betrieben in kommunales Eigentum, die nicht saniert und nur als Immobilie verkauft werden. Dann wäre dieses Interesse weg, und die Kommunen könnten sich damit materiell, finanziell stärken und gleichzeitig auf soziale und ökologische Lösungen hin orientieren.

Wir brauchen endlich auch die Bereitschaft, Betriebe dort, wo Belegschaften bereit sind, sie zu übernehmen, den Belegschaften zu übergeben und sie dabei zu unterstützen.

Als letztes und Wichtiges füge ich hinzu — das müßte man natürlich länger ausführen —: Wir brauchen statt Finanzpolitik Wirtschaftspolitik. Um hier ein Signal zu setzen, müßte die Treuhandanstalt endlich dem Wirtschaftsminister und nicht dem Finanzminister unterstellt werden.

(Zuruf von der FDP: Da hat er recht!) Wir brauchen eine degressive Subvention — DIW hat übrigends genau das vorgeschlagen —: Lohnsubventionierung statt Bezahlung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, und das degressiv, so daß sich die Betriebe darauf einstellen können, in welcher Frist — drei, vier Jahre — sie saniert sein müssen und marktfähig sein müssen. Dann hätten sehr viele Betriebe eine Chance. Arbeitslosigkeit könnte abgebaut werden, statt alles rundweg zu verschleudern, zu verkaufen und den Leuten keine Chance zu geben. — Danke.

tung, gewollten Preisverfall, Verkauf unter Wert, ja nahezu kostenlose Überlassung oder Verschenkung an die neuen Eigentümer!

- gegen die Niedrigbewertung bzw. radikale Abwertung unserer Betriebe!
- gegen den Verkauf unserer Betriebe an westliche Firmen aus der gleichen Branche, der deren Konkurrenzinteressen dient!
- gegen die Verschleuderung des Grund und Bodens durch Billigverkäufe der Betriebe . . .
- gegen den Vorrang der Interessen künftiger Käufer gegenüber Interessen der Betriebsbelegschaften!

Drittens: Orientierung der Treuhandtätigkeit an den Interessen der Bürger in den neuen Bundesländern entsprechend Art. 4.2 Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich der Allgemeinheit dienen.“ . . .

Deshalb fordern wir:

- ständige Kontrolle der Treuhandanstalt durch den Bundestag und die Landtage
- demokratische Kontrolle der Treuhand durch Mitwirkung der Betriebsräte betroffener Betriebe und der zuständigen Gewerkschaften an Treuhandentscheidungen
- transparente und demokratische Strukturen aller Entscheidungsgremien der Treuhandanstalt
- die vollständige Privatisierung ist keine Voraussetzung für die Marktwirtschaft, auch nicht die kapitalistische. Deshalb: Privatisierung ja, aber Verkauf nicht ausschließlich an natürliche Personen! Eine Chance der sozial vor teilhaften Eigentumsverfassung! Freie Bahn dem öffentlichen Eigentum, vor allem für Länder und Gemeinden! Kurzfristige Entscheidung der Anträge auf kommunales Eigentum zugunsten der Kommunen! . . .

Diese Bilanz ist mit Sicherheit nicht vollständig! . . .

Zweitens: Öffentliche Rechenschaft der Treuhandanstalt in regelmäßigen Abständen vor dem Bundestag und in den Medien über

— die neuen Eigentümer, an die Teile (welche?) des DDR-Eigentums verkauft wurden

- die Bedingungen, zu denen verkauft wurde . . .
- den bisherigen Erlös aus dem Verkauf des DDR-Eigentums
- die Verwertung der Gelderlöse: Was ist mit dem Geld geschehen?

Wir protestieren

- gegen die Art und Weise der Privatisierung unseres Eigentums, die einer Verschleuderung gleichkommt!
- gegen Spekulationen, Kaufrückhal-

Kurz berichtet

„Warteschleifenurteil“ — Umsetzung durch den Senat

Das sogenannte Warteschleifenurteil vom April d. J. hat die Außerkraftsetzung des Mutterschutzgesetzes im Einführungsvortrag für verfassungswidrig erklärt sowie für Schwerbehinderte, ältere Beschäftigte und Alleinerziehende „angemessene Berücksichtigung“ bei Neuaufstellungen im öffentlichen Dienst verlangt. Im September hat der Berliner Senat nun endlich reagiert. Entsprechend dem Urteil hat er die Berliner Dienststellen angewiesen, diesen Personenkreis bei Einstellungen zu bevorzugen. Den Dienststellen werden Listen mit den in Frage kommenden Personen geliefert. Um auf diese Listen zu kommen, müssen sich die Betroffenen allerdings selbst an ihre alte Dienststelle wenden (bzw. für den Fall, daß sie aufgelöst ist, an den Senat). Von dort erhalten sie einen Fragebogen zugesandt, der Fragen zur Person, Qualifikation und Einsatzmöglichkeit enthält. Da in der Regel jede Dienststelle mehrere Beschäftigungsbereiche umfaßt, die zu Einstellungsvorschlägen berechtigt sind, erlangen die Listen eine große Verbreitung. Ob unter diesen Umständen der Datenschutz gewährleistet werden kann, ist zumindest fragwürdig. — (har)

um eine Stufe herabzugegruppieren. Die ÖTV Berlin wirft dem Senator Bruch des Tarifrechts vor. Niemand habe sich eine Tarifgruppe selbst ausgesucht. Die Personalwirtschaftsstellen der östlichen Dienststellen seien überfordert gewesen. Ein von der Senatsverwaltung angekündigter „Bewertungs- und Vorbehaltkatalog“ sei erst Mitte August eingetroffen, also erst sechs Wochen nach dem Inkrafttreten der neuen Tarifstruktur und ein halbes Jahr nach Abschluß des Tarifvertrages. Jetzt die Schuld den Betroffenen und der HUB zuzuschieben, sei der Versuch, die schleppende Arbeit der Senatsverwaltung zu vertuschen. Im übrigen würden für viele die „Falscheingruppierungen“ ab 1. Dezember wieder stimmen, da dann die DDR-Vordenstzeiten berücksichtigt werden müssen. Die ÖTV forderte den Innensenator auf, den „Selbstbedienungsvorwurf“ zurückzunehmen. — (har)

Rache per Rentenrecht: BRD kürzt Renten von Antifaschisten

95 Mio. DM jährlich will die Bundesregierung an den Opfern des Faschismus in Ostdeutschland einsparen. Sie kürzt die Sonderrenten von über 10 000 meist über 75 Jahre alten Menschen, die nach DDR-Recht heute monatlich 1 400 DM (für Verfolgte) bzw. 1 700 DM (für Kämpfer gegen den Faschismus) beträgt. Diese 750 DM entsprechen, so verlautet aus dem Bundesarbeitsministerium, der durchschnittlichen Entschädigungsrente, die Geschädigte des NS-Staates nach westdeutschem Recht erhalten. Als wären die niedrigen Almosen, mit denen die verschiedenen Bundesregierungen die Opfer des Faschismus in der BRD seit über 40 Jahren abspeisen, ein Argument! Doch trifft die Behauptung der Bundesregierung, die Betroffenen im Osten nur mit denen im Westen gleichstellen zu wollen, nicht einmal zu. Sie hat nämlich bei der Berechnung der Durchschnittsrente einen Teil der Renten sowie bereits gezahlte Abfindungen nicht mit einbezogen, um möglichst harte Kürzungen durchsetzen zu können. Auch sollen die Sonderrenten für ostdeutsche Opfer des Faschismus nicht dynamisiert werden, während die entsprechenden Renten im Westen an die Erhöhung der Beamtenabfindungen gekoppelt sind! Hinter den Kürzungen stecke natürlich auch der Gedanke, daß der Schriftsteller Stefan Heym in einem Pressebeitrag die Absicht der Reaktion zusammen, daß unter den „Empfängern der Rente für Kämpfer gegen den Faschismus auch alte Kommunisten waren, und die müssen jetzt für ihre Schuld sühnen“. So soll Antifaschisten, die später zu Funktionären der DDR aufstiegen, die Sonderrente womöglich ganz gestrichen werden, und zwar bei Verstoß gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit oder wenn sie sich der BRD-Siegerjustiz durch Flucht ins Ausland entziehen! Er habe noch nie erlebt, sagte Heym, daß „alten Nazis von Herrn Blüm ihre Ehrenbeziege gekürzt worden wären“. — (scg)

Rasante Enteignung der Bauern



1989 waren noch 850 000 Menschen in der ostdeutschen Landwirtschaft beschäftigt — zwei Jahre Annexionspolitik haben diese Zahl auf rund die Hälfte reduziert, und Schätzungen gehen davon aus, daß 1992 sogar nur noch ein Drittel in der Landwirtschaft Arbeit findet. Bis zum 31.12.91 sollen die LPGs umstrukturiert, d.h. neu gegliedert und in Genossenschaften, GmbHs oder Gesellschaften bürgerlichen Rechts umgewandelt werden. Diese Frist ist für die übergroße Mehrheit der noch existierenden LPGs unmöglich einzuhalten. Viele LPGs sind bereits in Konkurs gegangen, unzähligen anderen droht das gleiche Schicksal, vor allem dann, wenn die auf ihnen lastenden Altschulden — insgesamt 7,5 Mrd. DM — nicht gestrichen werden. Die Folgen sind für die Bauern noch härter als für andere Werktätige. Bei der Berechnung von Arbeitslosengeld u.ä. werden nämlich nur ihre Einkommen aus der LPG, nicht aber aus ihrer privaten Landwirtschaft zugrundegelegt. — (scg)

Glasnost der Treuhandanstalt! fordern wir dreierlei“

Erstens: eine öffentliche Bilanz des Vermögens der DDR, das die Bundesrepublik nach dem 3. Oktober 1990 übernommen hat. Bestandteile dieses Vermögens sind unter anderem:

- 8000 volkseigene/staatliche Betriebe der DDR (heute in Verwaltung der Treuhandanstalt — selbst nach deren Niedrigberechnungen betrug ihr Wert 600 Milliarden DM)

Schlaglichter auf die „Treuhandanstalt“

Nach den eigenen Informationen o. g. Institution ergibt sich folgende Aufrechnung:

1. Bis April 1991
 - 1596 Privatisierungen
 - Erlöse ca. 7 Mrd. DM d.h. 4,4 Mio. DM / Unternehmen
2. Bis Juli 1991
 - Verkauf von 3178 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sowie 178 ha Forst d.h. 56,6 TDM / ha
 - 3. Gaststätten / Ladengeschäfte
 - 15 200 verkauft
 - Erlös 300 Mio. DM d.h. 20 TDM / Geschäft

Wir fragen:

An wen ist unser Eigentum verschleudert worden? Warum wurden wir nicht um Einverständnis gefragt? Wir fordern:

Glasnost in den Machenschaften mit unserem Eigentum! Perestroika in der „Behandlung“ unseres Eigentums!

Wir brauchen ein neues Treuhandgesetz und Mitspracherecht bei der Entscheidung über unsere Betriebe, Geschäfte und Bodenflächen!

Christian Friedrich Daniel Schubart, ein süddeutscher Dichter, Journalist und Revolutionär, starb am 10. Oktober vor 200 Jahren. 1739 in Obersontheim geboren, war er 1753 Schüler des Lyceums in Nördlingen, wurde als Theologiestudent in Erlangen in Schulhaft gesetzt, war Hilfsprediger, Hauslehrer, Musiklehrer und Musiker in Aalen, Geislingen, Ludwigsburg tätig. 1773 wurde er aus dem Herzogtum Württemberg ausgewiesen, suchte in Heilbronn, Mannheim, Schwetzingen und München Anstellung und gab schließlich ab 31. März 1774 in Augsburg die „Deutsche Chronik“ heraus: „Ich schrieb sie — oder vielmehr diktierte sie im Wirthshause, beim Bierkrug und einer Pfeife Tobak, mit keinen Subsidien, als meiner Erfahrung und dem Bischen Witz versehen, womit mich Mutter Natur besehnet hatte.“

Seine gegen den Feudalismus und u.a. gegen die gesellschaftliche Macht der Jesuiten gerichteten Artikel trugen ihm deren unversöhnlichen Haß ein, und im Januar 1775 mußte er auf Anweisung des Augsburger Bürgermeisters die Stadt verlassen. Schubart und die „Deutsche Chronik“ zogen um nach Ulm. Die Zeitung erreichte eine Auflage von bis zu 2000, und jedes Exemplar wurde nach Schätzungen von etwa zehn Lesern gelesen. Diese Tätigkeit war die einzige in Schubarts Leben, die ihm ein ausreichendes Einkommen sicherte.

Anfang 1777 wurde Schubart auf Anweisung des württembergischen Herzogs zu einem Ausflug nach Blaubeuren — also auf württembergisches Gebiet — gelockt und verhaftet. Über ein Jahr wurde er im Kerker unter brutalen Bedingungen gefangengehalten. Dann wurden die Haftbedingungen erleichtert, aber erst 1785 durfte er Besuch von Frau und Kindern erhalten. 1787 wurde er nach zehn Jahren Haft entlassen und in Stuttgart als Theaterdirektor und Hofdichter angestellt; die „Chronik“ konnte er ab Juli noch einige Jahre weiterführen, bis zu seinem Tod 1791. Die zehn Haftjahre waren an seiner Lebenskraft und an seinen Anschauungen nicht spurlos vorübergegangen.

Neben seiner journalistischen Tätigkeit schrieb Schubart vor allem Gedichte, die teilweise sehr populär wurden, kurze Prosa, Arbeiten über Musik und seine Lebenserinnerungen.

Uns interessierte vor allem seine Auffassung vom Journalismus und sein politisches Urteil zu einigen wichtigen Fragen seiner Zeit, die auch für die heutige Zeit noch von Bedeutung sind. Dementsprechend sind die folgenden Zitate aus Schubarts Schriften, vor allem aus der „Deutschen Chronik“, ausgewählt.

Die amerikanische Revolution hat Schubart lebhaft unterstützt, trotz seiner Bewunderung für England, die sich im wesentlichen auf die publizistische Liberalität bezog.

Andererseits war er Rebellionen gegenüber skeptisch, seine Haltung zu den Baueraufständen

Christian Fr. D. Schubart (1739—91)

Standfester Journalist im 18. Jh.

200. Todestag des lange eingekerkerten Dichters

den z.B. 1775 in Böhmen ist deutlich ablehnend, und er rechtfertigt auch Gewaltmaßnahmen gegen die Aufständischen. Andererseits relativiert er hier wie auch an anderen Stellen die im Artikel dargelegte Haltung teilweise in einem anschließenden Kommentar, der mit einem * vom Artikel abgesetzt ist: Peter der Große habe erklärt, daß Aufruhr auch eine notwendige und nützliche Strömung im Volk sein oder werden kann.

In ähnlicher Weise modifiziert er sein Urteil über die „Gelehrten Weiber“. Aus heutiger Sicht ist vielleicht am interessantesten, daß er diese Entwicklung bemerkte und notiert, allerdings schroff ablehnend. Aber dieser Ablehnung („Was soll das alles werden?“) nimmt er die Spitze durch die Ergänzung, daß ein Trauerspiel von Madame de Staél voll „herzzerstörenden Stellen“, also ergreifende Dichtung sei.

Seine hier nur punktuell wiedergegebenen Auffassungen zu den schwarzen Sklaven und zu den entrichteten Juden sind bemerkenswert, da sie von der Überlegung ausgehen, daß es die gesellschaftliche Situation der Entrechtung ist, die das Vorurteil von der Minderwertigkeit erst hervorbringt.

Beachtlich auch der pädagogische Ansatz des „Schuldiktats“, das nicht aus der „Chronik“, sondern aus seiner früheren Lehrzeit stammt — Unterricht wird als Mittel zur Überwindung der Armut gesehen, nicht als selbstverständliches Privileg der Reichen.

Quellen: Schubarts Werke, Aufbau Verlag, Berlin/Weimar, 1988; Schubarts gesammelte Schriften, Stuttgart, 1839; Wilfried F. Schoeller, Schubart — Leben und Meinungen eines schwäbischen Rebellen, Berlin, 1979, Wagenbach Taschenbuch Nr. 54 — (chf, mif)

I. Publizistische Positionsbestimmung

Nachricht an das Publikum (1774)

Wir kündigen unsern Lesern unter dem Titel „Deutsche Chronik“ ein neues Journal an, ohne von der Menge gelehrter und ungelehrter deutscher Tagebücher zurückgeschreckt zu werden ... Wochentlich werden zwei Blatt, jedes einen halben Bogen stark, erscheinen und bei dem Buchhändler Stage in Augsburg ausgegeben ... Beinahe scheint's in Deutschland nach der *itzigen* Verfassung unmöglich zu sein, eine gute politische Zeitung zu schreiben. Bei jedem kühnen Gedanken, der dem Novellisten entwischte, muß er einen Seitenblick auf öffentliche Ahndungen werfen; dann wird er furchtsam und kalt. Daher der schlaftrige Ton der meisten Zeitungsverfasser, der in schwülen Tagen so

manchen Politiker im Großvatersstuhl in Schlummer wiegt.

Amerika (1776)

Unter allen kriechenden Kreaturen des Erdbodens ist der Zeitungsschreiber die kriechendste.

Wie er da mit kindischer Bewunderung den Pomp der Großen anstaunt! Wie er in pedantischer Ehrfurcht ... nach dem Schlafrockzipfel eines ausgetrockneten Hofmarschalls schnappt und ihn demütig küßt! Wie er mit dem Hütlein unterm Arm krumm und sehr gebückt im Vorsaal steht und dem riesenden Fürsten und Höfling sein Salut entgegenkehkt! Wie jedes Hoffest für ihn wichtiger ist als das Fest der Andacht, von einem frommen Volke dem Herrn geweiht! — Alle unsere Schriften haben das Gepräge unsrer sklavischen Jahrhunderts und die Zeitungen am meisten. Kann man unter diesen Umständen wohl was Besseres tun als wegslüpfen über unsere entartete Halbkugel und sehen, was auf der andern Hälfte vorgeht! Dort gibt's doch noch Menschen, die's fühlen, daß ihre Bestimmung nicht Sklaverei sei, die mit edlem Unmute das Joch eines herrschsüchtigen Ministeriums vom Nacken schütteln und diesen Volkspenigern bald zeigen werden, daß man ohne sie leben könnte.

II. Positionen zu wichtigen Fragen

Frankreich (1775)

Der Geist des Aufruhrs ist auch in diese glückliche Provinzen eingedrungen. Es scheint, der Friede daure den Europäern zu lange; daher diese Tätigkeit, dies Murren, dies Ungestüm in den meisten Provinzen. Die Bauren in Reims empörten sich wider die Fruchtteilung, die ohne Not, bloß durch die abscheuliche Gewinnsucht der Kornwucher so hoch angewachsen, daß es den Untertanen unerträglich fällt. In Versailles ist das Volk ebenfalls in Aufruhr, sowie in St. Germain. Am meisten befürchtet man wegen Paris; dann Aufruhr in einer Stadt, wo beinahe eine Million Menschen wohnet, ist was Schreckliches. Man hat bereits die möglichen Maßregeln ergriffen, um diesem Aufruhr vorzubeugen. Jeder Bäcker selbst hat eine Wache vor dem Hause, um ihn vor Anfällen des Pöbels sicherzustellen; und an verschiedenen Plätzen der Stadt stehen Soldaten in Bereitschaft ... So wohltätig und gnadenvoll der Charakter Ludwigs XVI. ist, so wenig ist das Volk mit ihm zufrieden. Es werden täglich in Paris die schändlichsten Pasquille (frz. Schmähchriften, Red.) wider den besten König ausgestreut.

* Wir Deutsche unterscheiden

uns auch dadurch auf eine rühmliche Art von andern Völkern, daß wir mit unsren Regenten zufrieden sind, sie mögen sein, wie sie wollen. Deutsche sind die besten Untertanen, ob sie gleich auch unterm Drucke des Despotismus niemals das Gefühl ihrer eigenen Würde verlieren.

Böhmen (1775)

Der Geist der Unruhe steckt noch immer den Bauren im Kopfe. Da in Böhmen bei 60 bis 70000 Mann kaiserlicher Völker stehen, so gehört in der Tat sehr viel Mut dazu, sich wider die Obrigkeit des Landes zu empören. Dem Ansehen nach hat bloß die Verzweiflung die Bauren zu diesem Entschluß gebracht ... Der General Graf Wallis ist aber vor einiger Zeit wider sie ausgezogen, hat 1000 dieser Aufrührer bei Prag gefangen genommen, verschiedene andere Kommandos mit Priestern und Scharfrichtern in die tumultuarten Kreise geschickt, mit dem Befehle, die Anführer, so bald man sie habhaft würde, sogleich hinrichten und die übrigen durch Bande, Schläge und Drogen zum Gehorsam zu bringen. Dies hat bereits den heilsamen Erfolg gehabt, daß die Bauren mit ihren Äxten, Dreschflegeln und verrosteten Flinten selbst wieder nach Hause gegangen und durch den ganzen Sturm nichts gewonnen haben, als daß sie ihren Zustand verschlimmerten.

* Peter der Große pflegte zu sagen: Ein Volk, das zu keinem Aufruhr geneigt ist, ist gemeinlich feig, phlegmatisch und unbrauchbar im Kriege. Die größten Rebellen, wenn sie durch weise Mäßigkeit zum Gehorsam gebracht werden, geben die besten Soldaten.

Juden (1776)

Durch unser bisheriges Betragen gegen die Juden zwingen wir sie, entweder Müßiggänger oder Betrüger zu werden.

Sklaverei (1776)

Man würde staunen, so viel Herhaftigkeit, Größe der Seele und Heldennatur bei Sklaven anzutreffen ... kurz, man bemerkte bey den Negern, daß sie alle menschliche Anlagen haben, und daß sie nur der Sklavenstand, den sie so schrecklich dulden müssen, unter uns herab setze.

Gelehrte Weiber (1789)

Ganz Europa wimmelt derzeit von gelehrten Weibern. In Portugal ist der erste Dichterkopf — ein Weib; in Spanien haben Weiber eine gelehrte Gesellschaft errichtet; in Frankreich ist's Hochton unter den Damen, in den Versammlungen über Größen-

lehre, Metaphysik, Naturlehre, Staatskunst, Geschichte, schöne Wissenschaften zu sprechen; in England sind Weiber im Besitz des Romanschreibens; in Rußland präsidiert eine Dame in der Akademie; — und in Deutschland? — gibt's derzeit 50 Schriftstellerinnen, und drunter 20 Dichterinnen. — Was soll das alles werden? ...

* Hierher gehört das neuste Beispiel aus Frankreich — Neckers Tochter, Madame de Staél. Die soll ein Trauerspiel „Johanna Gray“ gemacht haben, voll schöner, empfindsamer, herzerschmelzender Stellen.

Schuldiktat Nr. 5 (ca. 1766—69)

Mein lieber Schüler.

Du fragst mich, ob ein Schüler manchmal mit gutem Gewissen eine Schule versäumen könne? Wann ich hoffen darf, daß diese Frage aus einem guten Gewissen hergeflossen sei, so will ich dir mit Vergnügen darauf eine Antwort erteilen. Man versäumt die Schule gemeinlich aus fünferlei Absichten. Erstlich aus Krankheit, zweitens aus Armut, drittens wegen der Geschäfte. 4tens aus Leichtsinn und 5tens aus offenbarer Bosheit. Die erste Ursache ist die stärkste, dann Krankheit entschuldigt allenthalben, wann es nur keine verstellte Krankheit ist oder eine solche, die sich der Schüler durch sein liederliches Leben selbst zugezogen hat. Bei der andern Ursache muß man schon behutsamer verfahren. Freilich brauchen arme Eltern, die keinen Gesellen und keine Dienstboten vermögen, ihre Kinder manchmal zum Handwerk, zum Holztragen und zu andern, häuslichen Verrichtungen. Aber muß man deswegen die Kinder fast gar von allen Schulen abhalten? Je ärmer man ist, je mehr sollte man eigentlich lernen. Der Reiche kommt durch sein Geld fort, aber durch was sollen dann die Armen fortkommen? Ist es nicht ein Jammer, wann man einen armen Knaben sieht, der weder lesen noch schreiben und kaum das Vaterunser recht beten kann und dem der Hunger und die Dummheit zugleich aus denen Augen heraussieht? Verachtet von jedermann, verschmäht und verworfen muß er sein Brot vor der Tür suchen, und wann ihn Krankheit und Alter drückt, noch froh sein, wann er als ein Scheusal mit Bettelfuhren im Lande herumgefahrene wird und wie ein armer Sünder sein Leben auf einem Karren endigen kann. O meine lieben Kinder, Gott bewahre euch vor Armut, aber noch weit mehr vor Dummheit.

* Peter der Große pflegte zu sagen: Ein Volk, das zu keinem Aufruhr geneigt ist, ist gemeinlich feig, phlegmatisch und unbrauchbar im Kriege. Die größten Rebellen, wenn sie durch weise Mäßigkeit zum Gehorsam gebracht werden, geben die besten Soldaten.

Als die Beteubung mit ihrem eisernen Arm von mir abließ, da versank ich in die tiefste, dicht an Verzweiflung grenzende Schwermet. Ich saß einige Stunden starr und unbeweglich auf meinem Strohbette, betrachtete die öde, schweigende Wand und den eisernen Ring, der darein gemauert war, um mich nach dem Befehl des Fürsten daran zu ketten, wenn ich nur im geringsten was

versehen sollte ... Nichts war um mich herum, was mich trostete. Die Menschen, die mir mein Tränenbrot und das Zisterne Wasser brachten, hatten den strengsten Befehl, nicht ein Wort mit mir zu sprechen. Kein Buch, kein Klavier, nicht Tinte, Feder, Bleistift und Papier — und ach! keine Mutter, kein Weib, kein Kind, kein tröstender Freund! — Alles war stumm um mich her, was das Grab um einen Toten

Die Langeweile war die erste Geißel, die ich aufs empfindlichste fühlte. Ich zählte nicht mehr Tage, sondern Stunden. Ich wiederholte nach dem Alphabet alles, was ich aus verschiedenen Wissenschaften und Künsten wußte; aber dieser Zeitvertreib verleidete mir am ersten, denn alle Wissenschaft ist ohne die Wollust der Mitteilung eine Qual für die Seele ...

Eine der schrecklichsten Empfindungen in langwierigen Gefangenschaften ist das Gefühl — der langsamen Verwesung — fühlte es tief in mir, wie sich die Seelenkräfte, gleich der Rose im sengenden Strahl, neigten, krümmten, einschrumpften

Der Mangel an Umgang bei einem zur Geselligkeit so bestimmten Herzen war für mich eine der größten Qualen. Ich töte nichts, was sich in meinem Kerker regte. Das Gewebe der Spinnen, ihre Triebe zum Fang und zur Nahrung — vertrieben mir ganze Stunden. Der leuchtende Wurm, der meine Wand bekroch, war mir nun ein lieber Gesellschafter bei Nacht. Eine Welt ohne lebende Geschöpfe, wenn diese Welt auch noch so schön wäre, könnte nach meiner Vorstellung nichts anderes als eine Hölle sein, für den, der sie allein bewohnte.

Ich machte anfangs Entwürfe zu Romanen, Gedichten und andern Büchern, und versuchte es zuweilen, ob ich, wie Moser, mit der Lichtputze schreiben könnte. Es gelang mir ... Aber man merkte es bald und feilte die Spitze der Lichtschere ab.

Zeitgeschichtlicher Hintergrund

1773 Österreich: Aufhebung des Jesuitenordens

Nordamerika: Boston, „Tea Party“

Lit.: Goethe, Götz von Berlichingen

1774 Frankreich: König Ludwig XVI., Höhepunkt der Krise des feu

dal-absolutistischen Regimes

Lit.: Lenz, Der Hofmeister

1775 Nordamerika: Unabhängigkeitskrieg gegen England (bis 1783)

1776 Hessen-Kassel: Schutz- und Trutzbündnis mit England; Landgraf verkauft 17000 Soldaten

1778 Bayerischer Erbfolgekrieg bis

1779

1780 Preußen: Friedrich II. maßregelt Richter zugunsten des Musters Arnold

Lit.: Lessing, Nathan der Weise

1781 Aufhebung der Leibeigenchaft in Österreich und Böhmen. Aufhebung der Bücher- und Zeitschriftenzensur

Lit.: Schiller, Die Räuber; Kant, Kritik der reinen Vernunft.

(nach: Günter Albus, Kulturge-

schichtliche Tabellen zur deutschen

Literatur, Band I, Berlin: Volk und

Wissen VEB, 1986.)

Politisches Berichterstattung — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

Im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).

Im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).

Zahle nach Rechnungserhalt.

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: Straße: Postleitzahl/Ort: Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzähliglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000

Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.

0221/21 64 42

Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische

Berichte: Hüseyin Celebi (über Kurdistan-Komitee,

Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Corries

(über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1),

Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 2